Nr. 48. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 27. Februar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Crispi im Glorienschein.

Die italienische Kammer ist eröffnet. Wilde Szenen spielten sich schon in der ersten Sitzung ab und führten zu einer halbstündigen Aufhebung der Verhandlungen. Imbriani (Republikaner) und Agnini und Prampolini (Sozialisten) riefen dem Ministerpräsidenten Crispi die Worte zu, die von der Regierungspresse todtgeschwiegen werden, aber heute in Millionen Arbeiterherzen Italiens wiederhallen: Verräther! Freiheitsmörder Italiens! — Die sozialistischen Deputirten, fünf an der Zahl, haben einen gleichfalls bei der Eröffnung verlesenen Antrag eingebracht, das Gesammtministerium wegen brutalen Verfassungsbruches in Anklagezustand zu versetzen. — Die Mittheilungen des Finanzministers Sonnino, von denen deutsche Bourgeoiszeitungen berichten, sie wären von der Kammer und vom Lande vorzüglich gut aufgenommen worden, haben in Wahrheit einen entsetzenerregenden Eindruck hervorgerufen, und die Wirkung dieses Schreckens offenbart sich selbst in sehr gemäßigten italienischen Blättern. 177 Millionen beträgt das Defizit, welches zu decken ist! Mit diesem stolzen Ruf begrüßt der Verkünder des Belagerungszustandes das Land! Da noch vor drittehalb Monaten die besten Finanzkenner des Landes die höchste Höhe des Defizits auf 120 Millionen berechneten, so hat Crispi's achtwöchentliche Bourbonenwirthschaft in Italien dem Lande 57 Millionen gekostet. Und welche Maßregeln schlägt das Ministerium Crispi vor, um dieses Defizit zu decken, um den unausbleiblichen bevorstehenden Bankerott aufzuhalten? Ganz wie es seiner Zeit gemeldet wurde: 100 Millionen neuer Steuern, Erhöhung der Grundsteuer, der Salzsteuer, der Alkoholsteuer, vor allem Erhöhung des Getreidezolles, das heißt unmittelbare Versteuerung des Brotes für die Armen und Aermsten! Dafür will der Finanzminister ganze 27 Millionen Ersparnisse im Budget gewähren, darunter — bezeichnend genug — Ersparnisse in den öffentlichen Bauten, Landstraßen und Wegen, die im letzten Jahre zur Hilfe für die Arbeitslosen angeordnet waren. Schon heute hat Crispi offen in der Kammer erklärt, daß Hungerzustände in Sizilien und in Massa-Carrara gar nicht existiren, daß die ganzen Revolten, die sog. Hungerrevolten nur von den Einbläsern („sibillatori"), zum Theil mit fremder ausländischer Beihilfe hervorgerufen seien. Er werde dies aus Aktenstücken der Verhafteten, darunter auch des Abgeordneten De Felice beweisen. Alles dies, was schon vielfach in den Berichten aus Italien mitgetheilt wurde über die Einsicht Crispi's in sozialen Dingen, über seine feststehende Meinung von der sozialen Frage, die nach ihm, zumal „für Italien, garnicht existirt" — alles dies, was heutzutage den deutschen Lesern fast unglaublich und märchenhaft erscheint, hat der Säkularmensch Italiens schon in seinen ersten Erklärungen vollauf bestätigt. Er hat nicht nur die empörenden Urtheile der Kriegsgerichte als vollkommen gerecht vertheidigt, sondern hält alle Greuel des Belagerungszustandes in Sizilien und Massa-Carrara noch jetzt und weiter für nothwendig. („lo stato d'assedio non cesserà", zu deutsch: „der Belagerungszustand darf nicht aufhören", dies sind seine Worte.)

Haben wir in diesen kurzen Mittheilungen Crispi als Bourbonen handeln sehen, so erregen gerade in diesem Augenblick das ungeheuerste Aufsehen die offiziellen Enthüllungen aus den Akten der Untersuchungskommission über den Sumpf der öffentlichen Geldkorruption, über die Bankskandale, die erst jetzt im Wortlaut veröffentlichten Mittheilungen und Aktenstücke, welche uns in vollem Glanz Crispi als Babylonier zeigen.

Die Betheiligung Crispi's an den schmutzigen Bankgeschäften ist bisher wie von der bezahlten Presse Italiens, so in rührender Uebereinstimmung von allen großen liberalen Blättern Deutschlands bis zu bürgerlich demokratischen hinauf sorgsam verhüllt und verschwiegen worden. Das größte, einflußreichste liberale Blatt der Schweiz, die „Neue Züricher Zeitung", hat nie bis zum heutigen Tage eine Silbe darüber gebracht. Noch vor drei Wochen schrieb ein geistvoller italienischer Publizist, erbittert über dieses Todtschweigen, die realistische Bemerkung nieder: „Wie die Katze ihren Koth in der Asche verbirgt, so hält Crispi sorgsam in allen von ihm beeinflußten zahlreichen Journalen seine Bankskandale verborgen." —

Nun beginnen soeben die Aktenstücke der Untersuchungskommission ihr trauriges Licht zu verbreiten, ein Licht, welches den tiefsten Niedergang der Bourgeoisherrschaft, vielleicht sehr bald den Untergang einer Monarchie grell beleuchtet! Sieben Bände stark ist der Bericht der Kommission der acht Deputirten, die zur Untersuchung der Bankkorruption niedergesetzt wurde. Zunächst ein kleines Vorspiel: auf Seite 17 desjenigen Bandes, der die Aktenstücke der Banca Nationale enthält, findet sich verzeichnet unter Nummero 190 ein vorgefundener Briefumschlag, enthaltend: Crispi-Effekten, nämlich Wechsel von Crispi:

1. 10 000 Franks, fällig Januar 1893.
2. 25 000 Franks, fällig 13. Februar 1893.
3. 20 000 Franks ohne Verfallzeit.
4. 58 000 Franks ohne Verfallzeit.

Die letztgenannte Summe soll, wie der Bericht sich sehr sorgfältig ausdrückt, „von der Bank an Crispi bezahlt sein, um einen Skandal zu vermeiden, in den eine sehr, sehr hoch gestellte Persönlichkeit Italiens mit verwickelt worden wäre". — Nun das Hauptspiel. Crispi hat von der Banca Nationale einen Wechsel auf 244 000 Franks bezogen. Er mußte der Untersuchungskommission darüber Erklärungen geben und sagt wörtlich aus: „Der Wechsel wurde aufgenommen am 3. April 1887; er wurde dann wiederholt prolongirt, bis er bei meinem jetzigen Regierungsantritt bezahlt wurde (nämlich von dem Bankhause Weill-Schott in Mailand). Ich wurde im März und April 1887 beständig gedrängt, in das neue Ministerium einzutreten. Es drückten mich um diese Zeit die starken Schulden des Blattes „La Riforma" zu Rom, für welches mein Name und meine Firma garantirt war. Da meine Freunde dies wußten, so kam der Ritter Grillo, um seitens der Bank mir diese Summe anzubieten. Ich nahm sie mit schwerem Herzen an („a malincuore"), aber erklärte gleich, den Wechsel erst später in Jahren bezahlen zu können. Dies konnte ich um so getroster, als mir der Direktor der Banca Nationale wiederholt versicherte, mein Wechsel sei nicht in den Registern seiner Bank eingetragen." — Jetzt das Nachspiel, es handelt von dem Weibe Cäsars, des gegenwärtigen Diktators von Italien, von der Frau Lina Crispi. Das Aktenfascikel Nr. 185 der Untersuchungskommission enthält gerade ein süßes Mandel, nämlich 15 Briefe von Frau Lina Crispi, die erhebend und erbaulich zu lesen sind. — Am 13. Juli 1890 wünscht Lina Crispi zu wissen, bis zu welcher Höhe Herr Tonlongo ihr eine Summe auf Wechsel zu leihen im stande sei. An demselben Tage empfängt Madame Lina 14 000 Franks und bittet den Wechsel wohl aufzubewahren. Am 14. August 1890 bedankt sich Madame bei den Herrn Tirreni und Tonlongo, daß beide so höflich ihrer gedacht haben (del gentile ricordo). Im August, September und November 1890 sendet Madame an Tonlongo kleine Abzahlungen von 500 Franks. Am 15. Juni 1891 bittet sie Herrn Tonlongo um einen neuen Kreditbrief auf Wien und versichert ihn hierbei, daß Crispi ihretwegen durchaus nicht in Sorge oder Unruhe ist.

So sieht der Exrevolutionär Crispi, der gegenwärtige Freiheitsmörder Italiens, in bourbonisch-babylonischer Beleuchtung aus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar.

Aus dem Reichstag. Die „große" Entscheidung ist also nahe gerückt und die Armeen stehen sich in geschlossener Schlachtordnung gegenüber. Obwohl noch immer Abgeordnete von allen Parteien fehlen — besonders jene Herren, die den diversen Landtagen angehören, sind noch nicht eingetroffen — so hat doch die laufende Session noch kein so volles Haus gesehen, wie heute.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [Alle Rechte vorbehalten

Helene. [53

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Vielleicht Spencer gefällig?" scherzte Ostrowski, auf den Band vor ihm deutend.

„Was immer, er zerreißt es nicht, er hat bereits Achtung vor Büchern; bei einlaufenden Druckschriften z. B. reißt er nur die Adreßschleifen herunter, während er die Blätter mir säuberlich überbringt."

„Ja, er weiß auch, daß Gedrucktes einen Inhalt hat," versicherte Rina.

„Aber nicht immer," bemerkte Ostrowski.

„Nun er giebt ihm wenigstens einen und während er in den Büchern blättert, erzählt er sich lange Geschichten vor, die darin stehen könnten."

„Du bist ja ein famoser Junge; da, ich liefere Dir den Spencer aus," und Ostrowski übergab dem Kleinen das Buch, der damit vergnügt zum Fenster lief und es auf den daselbst befindlichen Sessel niederlegte.

Tania hatte sich zuerst eine Zigarette angezündet und nun ahmten die Uebrigen ihrem Beispiele nach.

Sie hatte die kleinen Füße wieder herauf gezogen und lehnte sich in das Kissen zurück, in der lässigen Stellung des dolce far niente. Ihr Haar erschien auf dem weißen Polster rabenschwarz und bauschte sich hoch in dichten Partien um dieses kleine Gesichtchen, dessen leidender Zug in diesem Augenblick der Ruhe einen mehr schmachtenden Ausdruck erhielt.

In zwei Fingern hielt sie gar zierlich ihre Zigarette, die sie von Zeit zu Zeit an den Mund führte, um einen Zug zu thun, und dann in Absätzen den Rauch langsam von sich zu blasen.

Da ward an die Thüre geklopft, zwei kurze und harte Schläge ertönten.

„Das ist Atschin," sagten Alle. „Entrez".

Ein schlanker, mittelgroßer Mann trat herein, es war Atschin.

Er begrüßte alle mit einem „Guten Tag" und warf dann seine Mütze bei Seite.

Ostrowski bot ihm seinen Stuhl an, er aber schwang sich auf die Kommode und blieb vorgebeugt sitzen, mit hohler Brust und aufgezogenen Schultern. Er war ein Kleinrusse, ein körperlich schwächlicher und unschöner Mensch, aber wer dies Kosakengesicht mit den tiefliegenden Augen, von gewaltigen Brauen beschattet, einmal gesehen hatte, konnte es nicht so leicht wieder vergessen.

Er war noch jung, aber die niedere Stirne zeigte Falten und sein zerwühltes Haar, wie sein kurzgeschnittener Vollbart waren von Silberfäden durchzogen. Die grausame Behandlung in dem Gefängniß von Kiew hatte ihre Schuldigkeit gethan; er erkrankte daselbst und kam in das Hospital. Von dort war es ihm gelungen, zu entfliehen. Er hatte sich nach Genf gewendet, wo er viel mit dem ebenfalls aus dem Gefängnisse entflohenen Fürsten Krapotkin verkehrte. Seit einigen Monaten erst lebte er in Zürich, wo er als Chemiker in dem Laboratorium des Polytechnikums arbeitete. Unter den Genossen hieß es, er hätte ein neues Sprengmittel erfunden, genaues wußte man indeß nicht, denn er war ein schweigsamer und zurückhaltender Mann.

An theoretischen Diskussionen betheiligte er sich nie, er belächelte sie. Aber trotzdem schenkte er ihnen sein Ohr und im gegebenen Moment fuhr er mit einem schneidigen Ausspruch dazwischen, der eine Verurtheilung enthielt, oder ein Vorwärtsdrängen zur That.

Er war eine ganz aktiv angelegte Natur, wie Tania, und die Beiden verstanden sich wohl. Beide brustkrank, wußten sie, daß ihre Zeit gemessen war und doch mußten sie sich resigniren und warten.

Als Tania hustete und ihr Sacktuch gegen den Mund führte, blickte er mit finsteren Augen zu ihr hinüber.

„Warum rauchst Du?" fragte er, „hast Du mein Mittel genommen, das ich Dir gegeben habe?"

„Nein," sagte sie kurz, dann fast höhnisch, „meinst Du, daß Du mit Deinem Mittelchen mir helfen könntest?"

Er zuckte die Achseln: „Wollen und Können ist zweierlei; wir können nicht viel, und thun nicht einmal das, was wir können."

Dankend nahm er das Glas Thee aus der Hand Helenens und stellte es zwischen seine Beine auf die Kommode.

Die Konversation hatte sich bisher leichtflüssig in heiteren Bahnen bewegt, jetzt hatte sie eine andere und ernstere Wendung genommen.

Ostrowski sprach von dem Grad der Unzufriedenheit, die bereits alle Reihen erfülle, die sich noch immer steigere, da alles Hoffen und Harren auf die allerdringendsten Reformen vergeblich sei. Er berichtete voll Schadenfreude, daß jetzt selbst die liberalen Zeitungen die Einberufung einer Landesversammlung verlangten. Natürlich thaten sie es, wie immer, in einem schüchternen, servilen Ton und ebenso natürlich verharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt und antwortete ihnen, daß Rußland noch nicht reif für Reformen sei.

„Nicht reif! hört Ihr's?" Ostrowski verzog seinen Mund ironisch nach einer Seite hin. „Die Intelligenz Rußlands soll nicht reif sein zur Mitwirkung an den Staatsgeschäften, aber Rußlands durchfaulte und korrumpirte Beamtenschaft, die ist reif, die besitzt das Verständniß für die Bedürfnisse des Volkes, die ist würdig des Vertrauens der Regierung!" Er begann sich die Hände zu reiben, während seine Augen noch kleiner wurden, aber um so intensiver aus den tiefen Höhlen hervorfunkelten.

Dies gilt besonders auch von den Tribünen. Hunderte mußten umkehren, weil kein Plätzchen mehr zu ergattern war, aber auch die Diplomaten- und Hoflogen, sowie die Journalistenloge waren überfüllt. Letztere erinnern wir uns seit Jahren nicht mehr so voll besetzt gesehen zu haben.

Am Bundesrathstisch erschienen der Kanzler und der Staatssekretär von Marschall und außerdem ein halbes Dutzend preußischer Minister, darunter auch der Kriegsminister.

Als erster Redner nahm Graf Mirbach gegen den Handelsvertrag das Wort. Dieser Herr spielt gern den liebenswürdigen, aber vornehmen Schwerenöther und von den meisten seiner Reden, die wir von ihm gehört haben, erinnern wir uns, daß er von der „guten Erziehung" sprach, welche er genossen hat. Heute bewunderten wir, daß diese Erziehung den Herrn Grafen nicht abgehalten hat, den Reichstag mit diesem alten, schon Dutzende Male gehörten Trödelkram heimzusuchen, aus dem seine Rede zu neun Zehnteln bestand. Auch nicht einen Gedanken wußte der ahnenstolze Herr vorzutragen, der nicht in der Presse und gelegentlich der früheren Handelsvertrags-Debatten bereits längst todt geritten wäre.

Im übrigen scheinen die Konservativen noch geschlossen gegen die Verträge zu sein, doch beantragte ihr Redner eine Kommission von 28 Mitgliedern, welche überflüssig wäre, wenn ein Theil der Herren nicht doch nach einer Brücke suchten, auf der sie auf die Regierungsseite hinüber zu gelangen hoffen.

In sachlich sehr gut begründeter Rede trat der Staatssekretär von Marschall für die Vorlage ein. Daß dieser hochkonservative gewesene Staatsanwalt und Parteigenosse der Grafen Mirbach, Kanitz ꝛc. nun mit diesen die Zollschlachten ausfechten muß, ist wirklich Humor in der Geschichte. An derselben Stelle haben diese Herren vor wenigen Jahren noch gemeinsam jeden einen Feind des Vaterlandes gescholten, der im 5 M.-Getreidezoll nicht den Schlußstein aller sozialpolitischen Weisheit erkennen wollte. Und heute plauderte von Marschall aus, daß dieser Zollsatz überhaupt nicht aus Rücksicht auf die Getreidebauer eingeführt wurde, sondern als Repressalie gegenüber den Erhöhungen der russischen Eisenzölle. Also die Interessen der Herren von Stumm und Genossen waren es, um derentwillen sich die deutschen Konsumenten jahrelang durch den höchsten Getreidezoll der Welt haben schröpfen lassen müssen. Diese Mittheilung wirft ein recht interessantes Licht auf die „idealen" Grundlage des Bündnisses zwischen Industrie und Landwirthschaft.

Außer den genannten Herren kamen heute noch der Graf v. Moltke, für die Majorität der Freikonservativen, gegen und Rickert für den Vertrag zum Worte.

Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt. Das Schicksal des Vertrags liegt beim Zentrum. Ist die Zahl der gegnerischen norddeutschen Mitglieder dieser Partei — die süddeutschen Zentrumsmitglieder sollen geschlossen dagegen stimmen — irgend nennenswerth, dann scheint die Ablehnung und damit die Auflösung des Reichstags sicher zu sein. —

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage, betreffend den abgeänderten Entwurf eines Abgaben-Tarifs für das Befahren der Strecke des Nord-Ostsee-Kanals zwischen der Holtenauer Mündung und der Rendsburger Schleuse den betreffenden Ausschüssen überwiesen, sowie dem mündlichen Berichte der betreffenden Ausschüsse über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 die Zustimmung ertheilt.

Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern. Für die Zeit vom 1. April 1893 bis zum Schlusse des Monats Januar 1894 sind von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie von anderen Einnahmen im Deutschen Reich zur Anschreibung gelangt:

Zölle 315 829,101 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres — 13 298 548 M.), Tabaksteuer 9 318 909 M. (— 6260 M.), Zuckermaterialsteuer 1 087 959 M. (+ 58 187 405 M), Zuckersteuer 65 209 583 M. (+ 6 207 363 M.), Salzsteuer 37 480 496 M. (+ 978 658 M.), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 12 978 672 M. (— 1 536 275 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu dieser 100 927 959 M. (+ 4 801 932 M.), Brausteuer 22 004 672 M. (+ 623 738 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 019 463 M. (+ 86 756 M.); Summe 565 080 898 Mark (+ 51 044 769 Mark). — Spielkarten-Stempel 1 119 578 Mark (+ 14 564 Mark), Wechselstempel-Steuer 6 855 950 M. (+ 229 286 M.), Stempelsteuer für a) Werthpapiere 2 914 025 M. (+ 455 610 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 6 612 039 M. (— 813 004 M.), c) Loose zu Privatlotterien 1 414 838 M. (— 181 843 M.), Staatslotterien 5 525 234 M. (— 54 496 M.), Post- und Telegraphen-Verwaltung 215 406 245 Mark (+ 8 549 297 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 52 017 000 M. (+ 2 519 000 M.). Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Januar 1894: Zölle 282 950 689 M. (— 23 287 479 M.), Tabaksteuer 9 522 190 M. (— 187 621 M.), Zuckermaterialsteuer 1 680 744 M. (— 17 095 199 M.), Zuckersteuer 62 159 682 M., darunter Verbrauchsabgabe nach dem Gesetz vom 9. Juli 1887 1 499 663 M. (+ 18 501 720 M.), Salzsteuer 34 621 809 M. (+ 966 144 M.), Maischbottich- und Branntwein-Materialsteuer 13 120 809 M. (— 1 747 271 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu dieser 83 635 680 M. (+ 5 087 654 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 21 261 425 M. (+ 601 290 M.); Summe 505 591 540 M. (— 17 110 702 M.), Spielkartenstempel 1 083 698 M. (+ 6487 M.).

Wie's gemacht wird. Nachstehendes, uns „vertraulich" mitgetheilte Zirkular wird freiwillig unter allen Postbeamten Deutschlands verbreitet, und soll nächsten Donnerstag in Berlin zur freiwilligen Unterzeichnung kommen:

Auf
den Aeltesten der Herren Unterbeamten
des kaiserlichen Postamtes
in Berlin.

Greifswald, den 24. Februar 1894.

Werthe Herren Kollegen!

Wir 33 Unterbeamte des Postamts Greifswald sind entrüstet über die harten Schmähungen und unwahren Aeußerungen, welche der Abgeordnete Schoenlank in der Sitzung des Reichstages am 9. d. M. über die Verhältnisse, die Stellung und die Behandlung der Unterbeamten seitens der Postverwaltung gemacht hat. Durch diese wahrheitswidrigen Schilderungen wird unser ehrenvoller Stand, sowie unsere ganze Verwaltung in den Augen unserer Mitbürger tief herabgesetzt.

Unserer Entrüstung haben wir in einer Protesterklärung Ausdruck gegeben, welche wir am 12. Februar dem Reichs-Postamte übersandt haben.

Wir halten uns überzeugt, daß wohl alle Kollegen dieses Gefühl der Entrüstung mit uns theilen, und daß alle von dem Wunsche beseelt sind, jene Schmähungen von sich zu weisen.

Wir gestatten uns daher, Ihnen, werther Herr Kollege, als dem Aeltesten der Unterbeamten, eine Abschrift unserer Protesterklärung zu übersenden und Sie zu bitten, diese zur Kenntniß aller dortigen Kollegen zu bringen, sie von ihnen unterschreiben zu lassen und alsdann dem Reichs-Postamte zuzusenden. Eine Beschleunigung der Sache liegt in unser aller Interesse!

Mit kollegialischem Gruß
Die 33 Unterbeamten des Postamts Greifswald.
Im Auftrag derselben:
Der älteste Unterbeamte Hahn, Postschaffner.

* * *

Der Abgeordnete Schoenlank hat in der Sitzung des Reichstags vom 9. Februar sich angemaßt, als Beschützer der Postunterbeamten aufzutreten und unsere Stellung, sowie unsere Behandlung seitens der Verwaltung vor der Oeffentlichkeit als Vertreter der Unterbeamten zu erörtern. In seiner Rede hat er angeführt, daß wir der Willkür der Verwaltung preisgegeben seien, und daß unsere Arbeitskraft in unerhörter Weise ausgenutzt werde; er hat unsere Stellung mit der der Kulis verglichen, uns Postsklaven, Postkulis, Postproletarier und verhungerte Postbeamte genannt. Diese Aeußerungen stehen in direktem Gegensatz zu den thatsächlichen Verhältnissen. Unsere Stellung in der Postverwaltung ist keine andere, namentlich keine schlechtere, als die der Unterbeamten bei anderen Verwaltungen; nicht nach Willkür, sondern nach ganz festen Grundsätzen, bei deren Durchführung Humanität und Rücksicht überall und in jeder Weise obwalten, werden wir behandelt; wenn unsere Arbeit auch verantwortungsvoll und nicht leicht ist, so wird doch keine, unsere Kräfte übermäßig anspannende, unbillige Forderung an uns gestellt, am allerwenigsten werden wir in gewinnsüchtiger Weise ausgenutzt.

Hunger brauchen wir nicht zu leiden.

Weder die Art der Beschäftigung, noch unsere Behandlung seitens unserer Vorgesetzten läßt einen Vergleich zwischen uns und den Kulis zu; wir werden in humanster, wohlwollendster Weise behandelt. Die wahrheitswidrige Schilderung unserer Stellung setzt uns und die Verwaltung in den Augen der Mitbürger herab.

Der von dem Abgeordneten Schoenlank angegriffene Spar- und Vorschußverein ist eine segensreiche Schöpfung unserer Verwaltung, für welche wir derselben ebenso dankbar sind und sein müssen, wie für die anderen, zu unserem Besten eingerichteten Wohlfahrtsanstalten: „Die Kaiser Wilhelm-Stiftung, die Post-Unterstützungskasse, die Lebensversicherung, der Töchterhort, die Post-Kleider-, Sterbe- und Krankenkasse, sowie für die Sorge um unsere Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung."

Wir **protestiren** daher mit aller Entschiedenheit gegen alle Aeußerungen des Abgeordneten Schoenlank, müssen sie als der Wahrheit und den thatsächlichen Verhältnissen gerade entgegenstehend bezeichnen und weisen seine Absicht, als unser Vertreter und Beschützer erscheinen zu wollen, als Anmaßung zurück.

Zugleich sprechen wir Sr. Exzellenz dem Herrn Staatssekretär Dr. von Stephan und Sr. Exzellenz dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Fischer für die Widerlegung der falschen Angaben des Schönlank und für den uns zu Theil gewordenen Schutz gegen denselben unsern aufrichtigsten Dank aus.

Die Unterbeamten des Postamts zu .....

Glückliche Leute, diese wohlsituirten Post-Unterbeamten von Greifswald, die so viel Geld übrig haben, diese zwei Schriftstücke in splendider Ausstattung an zehntausende deutsche Postämter versenden zu können.

Zur Silberkonferenz. Seit einigen Tagen ist wieder ein heftiger Preisfall des Silbers zu beobachten. Noch vor einer Woche wurde die Unze Standard-Silber in London mit rund 29½ Pence notirt. Seither ist der Preis bis auf 27½ Pence gesunken, und am letzten Sonnabend wurde vorübergehend der Preis von 27 Pence gestreift. Man kann hieraus ersehen, daß die betheiligten Kreise sich keinen praktischen Erfolg von der Silberkonferenz versprechen. Die Ursache des letzten Preissturzes bildet die Besorgniß, daß die indische Regierung nun doch mit den Prohibitiv-Maßregeln gegenüber dem weißen Metalle Ernst machen und einen Silberzoll einführen werde. Am 22. März soll nämlich das indische Budget publizirt werden. Dasselbe dürfte infolge des Preisrückganges der Rupie wieder ein sehr ungünstiges Resultat aufweisen, und deswegen wird vermuthet, daß die Regierung gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Budgetziffern einer weiteren Silbereinfuhr und der damit verbundenen Verschlechterung der Währung durch Statuirung eines Silberzolles den Riegel vorschieben werde. Die Londoner Banken weigerten sich deshalb, Silber zu kaufen und darauf wird der heftige Preisfall zurückgeführt. Unter den Bimetallisten Englands und Ostindiens hat sich in der letzten Zeit eine lebhafte Agitation zu gunsten der Wiedereröffnung der indischen Münzstätten bemerkbar gemacht; die bengalische Handelskammer hat sich jedoch in diesen Tagen mit sehr großer Majorität gegen die Zulassung des Silbers zur freien Prägung ausgesprochen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sich die gegenwärtige oder eine spätere englische Regierung zu einer solchen Maßregel entschließt. Bei dem heutigen Silberpreise stellt sich das Preisverhältniß zwischen den beiden Edelmetallen auf 1:36,9, und der Silberpreis ist gegenüber der lateinischen Relation um mehr als die Hälfte gesunken.

Es wäre vermessener Wahnwitz, bei einer derartigen Marktlage unser geordnetes Geldsystem aufgeben und die Doppelwährung mit dem Preisverhältnisse 1 Kilogramm Gold gleichwerthig 15½ Kilogramm Silber einzuführen. Ein solches Experiment hätte keine andere Folge, als die Verdrängung des Goldes und den Uebergang zur Silberwährung. Die deutschen Agrarier, die so gerne in volltönenden Worten ihren Patriotismus zu rühmen verstehen, müßten sich doch klar werden, daß bei Fortsetzung ihrer Agitation für die Doppelwährung, endlich jedermann klar werden muß, daß sie die rücksichtsloseste und das allgemeine Interesse durchaus verkennende Politik in ihrem eigenen Geldinteresse treiben. Wir werden diese Erkenntniß nicht zu bedauern haben.

In der vertraulichen ersten Sitzung der Silberkonferenz soll der Reichsschatzsekretär erklärt haben, daß die auswärtigen Staaten nicht geneigt sind, einen internationalen Vertrag zum Zwecke der Einführung der Doppelwährung abzuschließen. —

Ein Gesetzentwurf betr. den Strafvollzug im Deutschen Reiche soll seit einiger Zeit im Reichs-Justizamt vorbereitet werden. Ueber den Inhalt desselben ist bisher nichts bekannt geworden. Wir müssen befürchten, daß eine Aenderung in der Behandlung politischer „Verbrecher" nicht zu erwarten ist. Unsere amtlichen Gefängnißautoritäten

---

„Nur fort so, nur zu! Die Regierung sorgt dafür, daß die Empörung immer wächst und zu einer unüberwindlichen Macht wird."

„Ich sehe, Ihr wollt darauf warten, bis sie sich selber ihr Grab gegraben hat," krächzte der kleine Pirogow.

„Wir brauchen gar nicht zu warten," nahm Lazar das Wort, seine Stimme klang sonor und ruhig, „die Ereignisse selbst treiben uns vorwärts, Schritt für Schritt; und wie die Dinge heute stehen, müssen sie eine Konstitution geben."

„Konstitution!" Pirogow wiederholte das Wort im Ton unsäglichster Verachtung und spuckte dabei aus, „wenn sie eine Konstitution geben, dann wird sie auch danach sein, dafür danke ich."

Pisanoff, der gierig seinen Thee getrunken hatte, nickte beistimmend: „ein Schemen würde es sein, ein Nichts, auch ich sage, nur terroristisch läßt sich etwas erreichen."

„So ist's," schrie Pirogow, „der Schuß der Sassulitsch ist der Beweis dafür."

„Die Sassulitsch! — die Sassulitsch!" ertönte es von allen Seiten.

Der Name übte eine elektrisirende Wirkung. Tania richtete sich auf, warf ihre Zigarette bei Seite und sie und alle, Atschin ausgenommen, sprachen nun erregt durcheinander.

Jeder und Jede wußte etwas über diesen Schuß zu berichten, der diejenige, die ihn abgefeuert, zu so allgemeiner und unbestrittener Berühmtheit gebracht hatte.

„Durch sie wurde der ganzen Welt erst offenbar, wie Rußland seine politischen Gefangenen behandelt," sagte Lazar.

„Es läßt sie auspeitschen!" schrie Pirogow.

„Einen Gefangenen seiner politischen Meinungen wegen auspeitschen lassen, das ist doch zu abscheulich!" rief Rina in ihrer lauten Weise.

Tania aber preßte konvulsivisch ihre kleinen Hände zusammen und stöhnte kaum hörbar:

„Das dürfen sie — das —!"

„Dieser Schuß ist ein großer, ein unvergleichlich agitatorischer Effekt gewesen", versicherte Ostrowski.

„Das ist ja, was ich sage", rief Pirogow heftig gestikulirend.

„Dieser Schuß hat das ganze schlafmützige Rußland aufgeweckt."

„Es war die That einer Heldin," bestätigte Sofia.

„Und doch besitzt Wera Sassulitsch nichts in ihrem Wesen, das den landläufigen Vorstellungen einer Heldin entsprechen würde," sagte jetzt Georg Andrejewitsch, der bisher bescheiden geschwiegen hatte, mit sanfter melodischer Stimme.

Helene, die ihm zunächst stand, wendete sich nach ihm um.

Das schöne Gesicht des Jünglings war etwas nach aufwärts gewendet und die klaren, sonst so ruhigen Denkeraugen erstrahlten im Glanze innerer Begeisterung.

„Sie kennen sie?" fragte ihn Helene, von dieser allgemeinen Erregung mit erregt, in warmer Antheilnahme.

„Gewiß, Wera steht seit ihrem 16. Jahre in der Bewegung; ich bin mit ihr in Petersburg oft und oft zusammengekommen."

„Und wie sieht sie aus, wie ist sie in ihrem Wesen?"

„Anders als je eine Heldin vorher gewesen ist — unschön, ja unpoetisch; ihr Aeußeres verräth nichts von ihrer heroischen Sinnesart, es erscheint ganz gewöhnlich."

„Und sie liebte den Mann, den sie gerächt hatte?" fragte Helene weiter.

Georg Andrejewitsch schüttelte sein Haupt.

„O nein, auch darin ist sie den Heldinnen ungleich. Sie kannte Bogoljubow nicht einmal persönlich; er war ihr ein Gesinnungsgenosse, ein Mitkämpfer. Aber da sie selbst eine glühende Sozialistin ist, wußte sie am besten, daß das, was die Menschen zu diesem Kampfe treibt, edel und gut ist, und als sie erfuhr, daß der Stadthauptmann Trepow über den politischen Sträfling Bogoljubow die entehrendste Strafe verhängt hatte und ihn auspeitschen ließ — er hatte hundert Stockstreiche empfangen — da erfaßte sie eine Empörung, die an Verzweiflung grenzte.

„Sie aß nichts, sie schlief nicht mehr, immer und überall hatte sie das grinsende Bild vor sich: die Bestialität im Gewande und mit dem Schwert der Gerechtigkeit ... Da ging sie zu Trepow, und —"

„Und schoß die Bestie nieder!" ergänzte Atschin.

Kalt und scharf, wie eine Klinge, fiel das Wort in die warmblütige Darstellung des Jünglings; es machte Helene erschaudern und mochte auch auf die Uebrigen eine starke Wirkung üben, denn eine allgemeine Stille trat ein.

Dann aber wendete sich Helene, die Einzige in diesem Kreise, der diese Ereignisse nicht in allen Einzelheiten bekannt waren, an Georg Andrejewitsch und fragte leise in tiefer Ergriffenheit:

„Sie war zu Trepow auf die Stube gekommen, was war denn unmittelbar nach dem Attentat mit ihr geschehen?"

„Sie hatte sich ruhig gefangen nehmen lassen. „Ihr könnt jetzt mit mir machen, was Ihr wollt", hatte sie gesagt. Sie war der Meinung, daß man sie hängen würde; aber sie hatte den Stadthauptmann nur verwundet, nicht getödtet, und sie kam vor ein Geschworenen-Gericht."

„Ihre That hatte in der Bevölkerung indeß eine namenlose Begeisterung erweckt; die ganze öffentliche Meinung Rußlands hatte sich für sie erklärt und als sie jetzt vor ihre Richter trat, einfach und schlicht, nachlässig in ihrem Aeußeren — die Sassulitsch dachte nicht daran, vortheilhaft zu erscheinen — da fühlten alle, der war es nie und nimmer um sich zu thun. Und als sie fest und ruhig sich zu ihrer That bekannte, nicht, als hätte sie damit etwas Großes, Ungewöhnliches gethan, sondern einfach eine Pflicht erfüllt, da erschien sie wie das lebendig gewordene Gewissen Rußlands, das sich dagegen erhebt, daß das Höchste, was eine Menschenbrust erfüllt, von einem Feigling als das Niedrigste gebrandmarkt wird.

„Sie wurde freigesprochen."

„Ja, freigesprochen, und trotzdem nicht frei gegeben," rief Helene.

Atschin lachte hohnvoll.

„Weil in unserem heiligen Rußland Freisprechung keineswegs gleichbedeutend mit Freiheit ist."

(Fortsetzung folgt.)

haben, wie die lex Heinze beweist, andere Ideale, so das Lattengefängniß. Auch die Einführung der in Kamerun energischer als erfolgreich angewandten Prügelstrafe in unseren heimathlichen Strafvollzug hat trotz des einstimmigen Urtheils über den Kanzler Leist seine hohen Gönner, hat sich doch erst am letzten Freitag der Kaiser in einer Abendgesellschaft für dieselbe erwärmt. Von diesem Gesprächsstoffe sprang er dann sofort auf die Sozialdemokratie über. Er dürfte sich täuschen, wenn er annehmen sollte, daß man dem deutschen Volke die Sozialdemokratie auspzügeln könne. —

Der Etat für das Finanzjahr 1894/95 wird, wie wir voraussahen, bis zu Beginn desselben nicht fertig gestellt werden können. Jede Möglichkeit ist jetzt ausgeschlossen. Die Regierung wird also ein Nothgesetz einbringen, so daß nach den Osterferien die zweite Lesung beendigt und die dritte vorgenommen werden kann. —

Ein neues Militär-Choralbuch ist auf Veranlassung des Kriegsministeriums herausgegeben worden, nachdem bereits 1892 ein sorgfältig vorbereitetes Melodienbuch zu dem evangelischen Militär-Gesang- und Gebetbuch erschienen war.

Jetzt ist der Sieg im nächsten Kriege gesichert. —

Zum Nothstande. Die Anzahl der Arbeiter in den preußischen Staats-Bergwerken ist von 1891/92 auf 1892/93 von 57 989 auf 57 807, demnach um mehr als 1 pCt. zurückgegangen. Erwägt man, daß schon das Jahr 1891/92 ein ungünstiges war und daß die Entlassungen in den Staatsbetrieben doch nicht mit der gleichen Rücksichtslosigkeit vorgenommen werden wie in den Privatbetrieben, so ist diese Verminderung der Belegschaft werth, als ein Zeichen des Nothstandes registrirt zu werden. —

Saubere Leute. In einem hiesigen Blatt findet sich folgende Notiz, die es verdient, aus dem Winkel, in dem sie einige Tage unbemerkt blieb, hervorgezogen zu werden. Sie lautet:

Herr Diederich Hahn hat es sich an dem von seiner eigenen Partei desavouirten Auftreten im Reichstage nicht genügen lassen und in der Versammlung des Bundes der Landwirthe vom vorigen Sonnabend seine damalige Hetzrede fortgesetzt. Mit dieser Thatsache macht es Herr Hahn erforderlich, von neuem der Frage näher zu treten, ob er zu einem derartigen Auftreten berechtigt ist. Die Ausführungen Hahns gipfelten im Bunde der Landwirthe wie im Reichstage in einer Hetze gegen die Börse. Wir sind die Letzten, die die Ausschreitungen der Börse billigen; im Gegentheil haben wir dagegen stets energisch Stellung genommen und heißen jedes Mittel, diese Ausschreitungen zu bekämpfen, willkommen. Aber die ernsten Bestrebungen gegen die Mißstände an der Börse müssen darunter leiden, wenn sich zu ihren Wortführern Personen melden, die dazu so wenig berufen sind, wie Herr Hahn. Wenn die Klagen, zu denen die Börse Anlaß giebt, in einem Ausdruck zusammengefaßt werden, bestehen sie darin, daß das Publikum an zahlreichen Börsenpapieren schwerere Verluste erleidet. Während der jüngsten Jahre hat nun das Publikum kaum an irgend welchen anderen Papieren schwere Verluste erlitten als an den argentinischen Papieren und an den Bonds der Northern Pacific Bahn. Gerade diejenigen Auslassungen der deutschen Presse aber, in denen zum Erwerb dieser Papiere angeregt worden ist, sind von Herrn Hahn, der damals Archivar der Deutschen Bank war, verfaßt worden. Noch ein anderer schwerer Vorwurf wird gegen die Börse erhoben, nämlich der, daß sie die Presse korrumpire. Auch das hat gerade Herr Hahn, wie irgend Einer gethan. Das eine Mal suchte er die Zeitungen zur Aufnahme solcher stimulirenden Artikel mit süßlichen Redensarten zu gewinnen; die Zeitungen, die den Abdruck ablehnten, strich er von der Liste der Blätter, denen sein Institut Inserate zuzuwenden habe. Wenn Leute, die so wenig zur Mitwirkung an der Reform der Börse qualifizirt sind, sich als Agitatoren gegen die Börse aufspielen wollen, kann es nicht Wunder nehmen, daß sie Eindruck zu machen suchen, indem sie, wie Herr Hahn, in die Gossen des Antisemitismus steigen. Wir aber behaupten rundweg, Schlimmeres als Herr Hahn haben sich weder die von ihm genannten Cohn oder Lewy, noch irgend ein Müller oder Schulze in dem Verhältniß der Börse zum Publikum zu Schulden kommen lassen. Herr Diederich Hahn ist aber der rechte Bundesgenosse des Herrn v. Plötz, der jetzt ebenfalls so sehr gegen die Börse und die Juden wettert, früher aber es nicht verschmäht hat, in einem jüdischen Bankgeschäfte Spekulationen „mit beschränktem Risiko" zu betreiben und mit einem jüdischen Agenten wegen Umwandlung seines Bergwerks in eine Aktiengesellschaft zu verhandeln.

Dies die Notiz. Das Blatt, das sie schon vor mehreren Tagen — am 20. Februar — veröffentlichte, wird von uns nicht geachtet und in der Regel auch nicht beachtet — es ist das „Berliner Tageblatt". Wir wurden aber auf die Notiz von jemandem aufmerksam gemacht, der die Geschäftsthätigkeit der Herren Hahn und Plötz kennt, und uns die Richtigkeit der Mittheilung bestätigte, deren einziger Fehler ihre Unvollständigkeit ist. Das jüdische Bankhaus, mit dem Herr v. Plötz die bewußten „Spekulationen" machte, ist das Haus Jean Fränkel. Der Schleier, der die Geschäftsthätigkeit der Herren Hahn und Plötz so lange bedeckte, dürfte demnächst noch weiter gelüftet werden. Wie die Sache, so die Menschen. —

Ein kleines Stimmungsbild aus dem brandenburgischen Provinzial-Landtag wird uns folgendermaßen geschildert. Die Tagesordnung war erledigt; der Präsident entläßt die Provinzialboten mit der Hoffnung, daß die Herren sich später noch bei einem Glase Bier bei „Rothenhan" treffen würden.

Stimme aus dem Hintergrunde:
„Wo ist Rothenhan?"
Der Präsident: „In der Jägerstraße."
Neue Frage: „Wo ist die Jägerstraße?"
Hierauf wieder der Präsident von seinem Platz aus: „Jägerstraße? In der Nähe des „Café National" und das werden die Herren doch kennen."

Was werden die besseren Hälften der Agrarier dazu sagen, daß ihren „nothleidenden Männern" die Kenntniß des „Café National" zugemuthet wird. —

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel betrugen im Januar d. J. im Vergleich zu den in Klammern beigefügten Preisen für den Dezember v. J.:

Für 1000 Kilogramm Weizen 141 (141) M., Roggen 125 (127) M., Gerste 142 (142) M., Hafer 157 (159) M., Kocherbsen 223 (227) M., Speisebohnen 241 (247) M., Linsen 458 (455) M., Eßkartoffeln 40,9 (39,8) M., Richtstroh 61,2 (59,8) M., Heu 93 (93,6) M.; Rindfleisch im Großhandel 1021 M., für 1 Kilogramm Rindfleisch von der Keule 1,31, vom Bauche 1,10 (1,22) M., Schweinefleisch 1,33 (1,33) M., Kalbfleisch 1,21 (1,22) M., Hammelfleisch 1,17 (1,17) M., inl. geräucherten Speck 1,68 (1,70) M., Eßbutter 2,29 (2,43) M., inländisches Schweineschmalz 1,65 (1,67) M., Weizenmehl zur Speisebereitung 0,27 (0,28) M., Roggenmehl 0,24 (0,25) M., für ein Schock Eier 4,26 (4,48) M.

Die österreichische Wahlreform. Der Wahlreform-Entwurf des Ministeriums Windischgrätz ist gestern den Obmännern der Klubs der Koalitionsparteien vorgelegt worden, nachher soll erst der Entwurf definitiv ausgearbeitet werden. Selbst Optimisten meinen, daß die Wahlreform in diesem Jahre nicht zur Erledigung kommen wird.

Die Resolution, welche in 21 Versammlungen in Wien angenommen wurde, lautet:

In Erwägung, daß die politische Rechtlosigkeit von zwei Dritteln des Volkes ein fortan unmöglicher Zustand ist:

daß das arbeitende Volk laut und deutlich erklärt hat, nicht weiter zu dulden, daß diejenigen, welche es wirthschaftlich ausbeuten, auch politisch knechten;

in Erwägung, daß durch die von der Krone sanktionirte Einbringung der Taaffe'schen Wahlreformvorlage, und durch die übereinstimmenden Erklärungen der herrschenden Parteien, sowie der derzeitigen Regierung selbst eingestanden wurde, daß die heutige Wahlordnung ein Unrecht bedeute, dessen weitere Aufrechterhaltung unmöglich ist;

in Erwägung, daß trotz dieser Thatsache die zu einer reaktionären Koalition vereinigten herrschenden Parteien und ihre Regierung noch immer Versuche machen, die Wahlreform zu verschleppen, sowie durch Aufrechterhaltung und Ausbau der Kurien zu verderben, erklärt die heutige Versammlung:

Das derzeitige Parlament, Konfiszirt! — Konfiszirt! für eine wirkliche Volksvertretung.

Die Versammlung protestirt schließlich gegen die Versuche der Klassenherrschaft Ausdruck zu geben durch Aufrechterhaltung der ungerechten Kurienvertretung und erklärt, daß die Volksbewegung, welche die Verfassungsrevision in Fluß gebracht hat, nicht früher ruhen und vor keinem Opfer zurückschrecken wird, bis das einzig Gerechte und Vernünftige erreicht ist: das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. —

Valutavorlagen in Oesterreich. Während im Deutschen Reiche die Silberenquete tagt, bemüht sich Oesterreich die Goldwährung durchzuführen. Zwei hierauf bezügliche Gesetzentwürfe sind dem österreichischen Abgeordnetenhause zugegangen. Vorerst handelt es sich freilich mehr um die Durchführung der Goldrechnung, hundert Millionen Gulden (zirka 169 Millionen M.) Papiergeld werden eingezogen und hierfür Silberscheidemünze in den Verkehr gesetzt. 160 Millionen in Goldkronen (136 Millionen Mark) sollen bei der österreichisch-ungarischen Bank (entsprechend unserer Reichsbank) hinterlegt werden. —

„Zwanzig Tage des Bombenwerfens haben den Sozialismus um **zwanzig Jahre** zurückgeworfen!" jubelt der bonapartistische Gassenbube Garnier aus Cassagnac in der „Autorité" von Paris, und stellt sich damit dem würdigen Ordnungsheld an die Seite, der, noch ehe der Rauch des Vaillant'schen Kochtopfs sich verzogen hatte, entzückt in den frommen Ruf ausbrach: Gesegnet sei die Bombe! Nun, für den Augenblick haben die Bombenanbeter Recht. Die „heilige Bombe" hat Wunder für sie gethan, wie weiland das Chassepot für Napoleon. Wenige Jahre nach dem Chassepot-Wunder war Napoleon entthront und in Kriegsgefangenschaft. Und wenige Wochen werden genügen, die Wirkung der Bombenwunder in's Gegentheil zu verwandeln. Wie wenig die Massen in Frankreich sich durch das Treiben der anarchistischen Attentate nach Oben und derer nach Unten beirren lassen, das erhellt zur Genüge aus der Thatsache, daß bei den gestrigen Ersatzwahlen in Paris von sechs Wahlkreisen fünf der Sozialdemokratie zugefallen sind. —

Sonnino, der Finanzminister im Kabinet Crispi, soll wegen seiner Finanzpläne zum Rücktritt gezwungen werden. Das ist leicht, aber das italienische Defizit aus der Welt zu schaffen, ohne vollständigen Systemwechsel, bei dem noch andere als Crispi über die Klinge springen müßten, ist unmöglich. —

In China findet dieses Jahr ein großes Nationalfest statt. Vor 250 Jahren ist durch kaiserliches Dekret einem jeden Chinesen bei Todesstrafe das Tragen eines Zopfes zur patriotischen Pflicht gemacht worden. Alles was vaterländischen Sinn hat und für Kaiser und Reich schwärmt im Reich der Mitte, bereitet sich eifrigst vor auf das Zopf-Jubiläum. —

Parteinachrichten.

Militarismus und Sozialdemokratie. Im Leipziger Aerzteverein, der bisher ein ruhiges und beschauliches Dasein geführt, haben bekanntlich die zwei sozialdemokratischen Mitglieder eine heillose Verwirrung angerichtet. Mehrere dem Verein angehörende aktive Militärärzte traten, veranlaßt durch ihre militärischen Vorgesetzten, aus dem Verein aus. Die Bezirkskommandeure von Leipzig und Bitterfeld haben dem Verein bekannt gegeben, daß sie, falls diese zwei Sünder nicht entfernt werden, die ihnen unterstehenden Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenstandes ebenfalls zum Austritt veranlassen werden. Der Aerzteverein ist nun in hellen Nöthen, da die zwei Genossen den ihnen „nahegelegten" Austritt nicht freiwillig erklären wollen. Nun soll das Ministerium aus der Klemme helfen; es ist ein Gesuch seitens des Vereins an dasselbe abgegangen, einen Nachtrag zur Geschäftsordnung zu genehmigen, dahin lautend, daß „Aerzte, die sich öffentlich zu sozialdemokratischen Ansichten bekennen, von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sein sollen." Eine Antwort des Ministeriums des Innern ist noch nicht erfolgt. Wir zweifeln keinen Augenblick, wie sie ausfallen wird; wie könnte es in einem Militärstaat anders sein, als daß dem Militarismus eine Reverenz gemacht wird und so werden wohl die beiden Genossen — hinausfliegen.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Ein ganzer Rattenkönig von Anklagen lag gegen den Redakteur der „Thür. Tribüne", den Genossen Hülle, vor, die am 22. d. M. zur Verhandlung kamen. Am 20. hatte er sich wegen Fabrikantenbeleidigung zu verantworten und wurde zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Am 22. nun hatte er sich zunächst wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten, welche begangen sein sollte in der am 28. Januar 1892 erschienenen „Thür. Tribüne", sowie dem zur selben Zeit herausgegebenen „Nordhäuser Volksblatt". Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Dr. Kloß, beantragte für jeden Fall 9 Monate Gefängnis, welches Strafmaß auf 1 Jahr 3 Monate zu reduziren sei. Herr Rechtsanwalt Dr. Harmening plädirte in längerer Rede für Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Vertheidigung an und erkannte demgemäß. Ferner hatte sich Genosse Hülle wegen Beleidigung von Militärpersonen zu verantworten, welche enthalten sein soll in einem Lokalartikel, der am 22. September v. J. unter der Spitzmarke: Benutzung königlicher Dienstpferde zu Privatzwecken, in der „Thür. Tribüne" erschienen war. Die Staatsanwaltschaft beantragte 1 Monat Gefängniß. Die Beleidigung wurde in der Form des Artikels, und zwar in den „höhnischen" Worten „Die Herren Schneidig" gesucht. Für den geschilderten Sachverhalt selbst wurde der Beweis der Wahrheit erbracht. Das Urtheil lautet: 50 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängniß. Der Zudrang zum Zuhörerraum war ein ganz enormer. 40 Zeugen waren im ganzen zu allen Terminen geladen. Darunter befanden sich Offiziere, Stadträthe, Stadtverordnete, Oberbürgermeister, Postbeamte vom Direktor bis zum Briefträger u. s. w. Weitere Verhandlungen gegen Hülle stehen noch aus.

— Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen wurde der verantwortliche Redakteur der „Arbeiter-Wahlzeitung" Genosse Lorenz vom Landgericht zu Königsberg zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt, trotzdem er behauptet hatte, daß er den inkriminirten Artikel selbst nicht veröffentlicht habe und durch andere Arbeiten verhindert gewesen sei, die betreffende Nummer vor der Veröffentlichung durchzusehen. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil dasselbe den erwähnten Einwand des Angeklagten ungeprüft verworfen und damit gegen den Plenarbeschluß des Reichsgerichtes über die Präsumtion der Thäterschaft (§ 20, 2 des Preßgesetzes) verstoßen habe.

— Verbotene Versammlung. In Hannover war eine öffentliche Versammlung für Kellner, Köche 2c. verboten worden, weil sie des Nachts 12 Uhr stattfinden sollte, wodurch die „öffentliche Ordnung" und die „guten Sitten" leiden „könnten". Auf eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten erhielt der Einberufer die Antwort, daß der Polizeipräsident angewiesen worden sei, in Zukunft die Bescheinigung über die Anmeldung spät am Abend anzuberaumender Versammlungen nicht zu verweigern. Merkwürdig, daß in der Stadt des „ollen ehrlichen Seemann", Meyerink und Genossen man jetzt auf einmal glaubt so sehr bedacht sein zu müssen auf „öffentliche Ordnung" und die „guten Sitten". Wie die letzteren bedroht sein sollen durch Abhalten einer Nachtversammlung, wo Leute, die am Tage hierzu keine Zeit haben, über die Verbesserung ihrer schlechten Lage, die viel eher zur „Unsittlichkeit" führt, berathen, das wird wohl das Geheimniß der hannoverschen Polizei bleiben.

— Der Vorstand des Maurerverbandes zu Stendal stand unter Anklage, Mitglieder nicht rechtzeitig abgemeldet zu haben. Nach der Aussage des Polizei-Inspektors und seiner Akten sollte die Abmeldung in einem Falle um 10 Tage zu spät sein. Der erste Zeuge bewies, daß der Angeklagte richtig abgemeldet hatte. Doch bei dem zweiten Zeugen entstand eine ziemliche Aufregung. Der Polizei-Inspektor erklärte auf grund seiner Akten, daß diese Abmeldung schon am 11. Februar 1892 stattgefunden hätte. Der Zeuge erklärte, er habe sich am 18. oder 19. Februar abgemeldet. Der Vorsitzende hielt ihm nun vor, daß aus den Akten hervorgehe, er habe sich schon früher abgemeldet, er sollte doch nicht zu gunsten des Angeklagten einen Meineid leisten, denn der Angeklagte bekäme ein paar Mark Geldstrafe und er, Zeuge, würde wegen Meineid ins Zuchthaus kommen, doch der Zeuge blieb bei seiner Aussage und der Polizei-Inspektor bei seinen Akten. Jetzt wurde die Verhandlung unterbrochen und der Polizei-Inspektor beauftragt, die Abmeldung herbeizuschaffen. Dies war so schnell wie möglich. Jetzt erklärte der Zeuge, er wollte die Bescheinigung holen. Und er lief, daß ihm der Schweiß auf der Stirn stand und holte die Bescheinigung. Er hatte recht, die Polizei sich aber geirrt. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Wie aber, wenn die Bescheinigung verloren war und die Eintragung in die Akten unrichtig, dann hätte der Zeuge unschuldig Monate lang im Zuchthause zubringen müssen.

Vermischtes.

Ein Attentat im Theater. Aus Pisa wird vom 26. Februar gemeldet: Gestern Abend wurde im „Teatro nuovo" während der Vorstellung des „Othello" eine Petarde durch ein Fenster hinter der Bühne geworfen. Es erfolgte eine heftige Explosion, die Fenster zersprangen. Der Orchesterdirigent ließ die Königshymne und die Garibaldihymne spielen. Das Publikum glaubte, es handele sich um einen zur bengalischen Beleuchtung gehörenden Effekt; ein Unglücksfall ist nicht vorgekommen. Der muthmaßliche Thäter wurde verhaftet.

Eisenbahnunfall. London, 26. Februar. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Port-Louis: Am vergangenen Donnerstag ging über die Insel ein heftiger Orkan, welcher schweren Schaden verursachte. Um 11 Uhr Vormittags wurde ein aus neun Wagen bestehender Eisenbahnzug beim Ueberschreiten einer Brücke durch den Sturm aus dem Geleise geworfen und fiel in den Fluß. Fünf Eisenbahnbeamte sind todt und zehn verwundet. Die Stadt Port-Louis hat wenig Schaden erlitten, auch der Ernteschaden in den benachbarten Distrikten ist nicht erheblich.

Der Bürgermeister von Wien, Dr. Prix, ist gestern auf einem Ausfluge plötzlich verstorben. Dr. Prix war Rechtsanwalt und ein eifriger Verwaltungsbeamter. Er zeichnete sich durch Energie bis zur Rücksichtslosigkeit aus. Mit den Antisemiten stand er in unversöhnlicher Fehde, seine Person nicht minder wie die Angriffsweise der Antisemiten führten zu den unerquicklichsten Szenen im Wiener Gemeinderathe und im niederösterreichischen Landtage, deren Vizepräsident er war. Die aufregenden letzten Sitzungen der niederösterreichischen Provinzialvertretung mögen an dem raschen Ende des Wiener Bürgermeisters nicht ohne Schuld gewesen sein.

Statistik der Tollwuth. Im Pasteur'schen Institut in Paris wurden im Jahre 1892 nicht weniger als 1790 Personen behandelt, von denen 600 von Hunden, die der Tollwuth verdächtig waren, gebissen wurden, während in allen übrigen Fällen bei den Hunden, von denen die Bisse herrührten, die Tollwuth direkt nachgewiesen werden konnte. Seit dem Beginn der Pasteur'schen Impfungen, also seit dem Jahre 1886, starben von den dort behandelten Personen 1,48 pCt. der in den Kopf gebissenen, 0,55 pCt. der in die Hand gebissenen und 0,24 pCt. der in andere Körpertheile gebissenen — die schwersten Fälle betrafen überhaupt den Biß in den Kopf. In dem Institut wurden im letzten Jahr wegen Bißwunden von tollwüthigen Hunden behandelt 1584 Personen aus Frankreich und Algerien, 96 aus Portugal, 26 aus England, 19 aus Griechenland, 14 aus Holland, ebenfalls 14 aus Spanien, 12 aus Egypten, 11 aus Belgien, 9 aus Indien, 3 aus der Schweiz, je eine aus Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Einen ganz ungewöhnlichen Fall bildet der eines jungen Engländers, welcher im Jahre 1887 von einem tollen Hund gebissen wurde und im Jahr 1892, also nach einem Zeitraum von 5 Jahren, der Wuthkrankheit erlag. —

Eingelaufene Druckschriften.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinr. Braun (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 22 hat unter anderen folgenden Inhalt:

Die Einführung der Berufung. Von Dr. Hugo Heinemann. — Die Zahl der stehenden Gewerbe in Bayern. — Aktiengesellschaften in Großbritannien und Irland. — Die 8stündige Arbeitszeit in den Werkstätten des englischen Kriegsministeriums. — Konzentration der britischen Bergarbeiter. — Aussperrung der schottischen Schiffsbauer.

Die neue Silberkommission. Von Ludw. Bamberger. Berlin. Verlag von Rosenbaum u. Hart. Preis 60 Pf.

Die Ferienkolonie. Humorist. Soloszene von Rich. Heise. Berlin. Verlag Zionskirchstr. 11.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 27. Februar.

Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Zopf und Schwert.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Berliner Theater. Narciß.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Brautjagd.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. A Basso porto.
Central-Theater. Ein Blitzmädel.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Der Südstern.
Alexanderplatz-Theater. Charley's Tante. Vorher: Bajazzi. Hierauf: Der Teufel in Berlin.
National-Theater. Die Weber.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
„Die Weber".
Schauspiel in 4 Akten v. **Carl Peters.**
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 5. Male:
Ein Blitzmädel.
Posse m. Gesang in 4 Akten v. K. Costa.
Musik von C. Millöcker.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Novität! Novität!
Ein gesunder Junge.
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jean Kren.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8½ Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" **Josephine Delclisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix,**
sowie **Hugo Schulz, Alfred Bender.**
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolypp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schußkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Neues Programm.
In Vorbereitung:
Bummel-Fritze.
Wochentags 15 Pf. Reserv. 30 Pf.
R. Winkler.

Böhmisches Brauhaus,

Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
Stettiner Sänger

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Großes Ulk-Programm
Zum Schluß:
Fidele Studenten.
Ensemble von Meysel.
Donnerstag: **Sanssouci.**

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
und **Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft Columbia (10 Damen), Ballettmeisterin **Rosa Fricka.**
Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe Hermandez. Ein Liebesabenteuer. Komische Orig.-Pantomime. Fräulein **Berkany,** Kostüm-Soubrette. **The Willon's,** Dopp.-Jongleure. Geschw. **Gläser,** Gesang- u. Instrument.-Duettisten. **C. Cordes,** Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska"
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Täglich Auftreten des
Fräulein Miss Wobb,
Taubenkönigin,
mit ihren 24 dressirten Tauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Kegelbahnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrinus.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Circus Renz,

(Karlstraße.)
Dienstag, den 27. Februar cr.:
Abends 7½ Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!
Großes Original-Sport-Schaustück mit Parforce- u. Kaskadenritt vom Direktor **Fr. Renz.** Glänzender Wagen-Korso. Ballet von 100 Damen. Meute von 40 Hunden. Dressirter Fuchs.
Außerdem: **6 trakehn. Rappen und Monstretableau v. 60 Pferden,** vorgef. v. Direktor **Fr. Renz;** das Schulpferd **Mikado** u. d. Steiger **Solon,** geritten v. Frau **Renz-Stark; Die Post,** mit 12 Pferden geritten v. Herrn **Gustav;** d. vorzügl. Jockeyreiter **Mr. Wassiliams.** Die Trapezkünstlerinnen **Geschwister Hoffmann.** 2c.
Mittwoch: **Auf auf zur fröhlichen Jagd!** **Fr. Renz,** Direktor.

Unserem Genossen, dem Restaurateur
Adolf Engel
zu seinem 41. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! von seinen Gästen.
R. H. W. Sch. E. N. H. Sch. H. W. H. G. E. St.

Wegen des Polizei- und Militair-Boykotts brauchst Du Dich nicht so sehr zu ärgern! 56842

Unserem Genossen **R. Scholz** zu seinem 28. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! daß alle Gläser tanzen. **Seine Stammbrüder.**

Nach kurzem aber schwerem Leiden starb am 26. Februar cr. im Lazarus-Krankenhause unsere gute Mutter, Schwester und Schwiegermutter
Emilie Gölfert
geb. **Rosky**
im beinahe vollendeten 72. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am 1. März, Nachmittags 5 Uhr, auf dem Zions-Kirchhofe in Weißensee statt. 20895
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Dem Gesangverein „Freiheitsgruß", sowie allen Verwandten, Freunden und Bekannten, welche unserem Sohn Oskar am 25. d. M. so zahlreich die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hierdurch unsern tiefgefühlten Dank.
Robert Mewes und Frau.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und verwandter Berufsgenossen

(E. H. Nr. 86),
Oertliche Verwaltungsstellen Berlins.
Die außerordentlichen Mitglieder-Versammlungen finden am **Mittwoch, den 28. Februar,** Ab. 8½ Uhr, statt:
Bezirk **A:** Melchiorstr. 15 b. **Stehmann.**
„ **B:** Reichenbergerstr. 16 b. **Pätzold**
„ **C:** Mariendorferstr. 3 bei **Grube.**
„ **D:** Elisabethkirchstr. 14 b. **Hirthe.**
Die Tagesordnung für sämmtliche Versammlungen lautet:
1. Besprechung über die neu beantragte Generalversammlung, eventuell Delegirtenwahl. 2. Verschiedenes.
137/2 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Stockarbeiter!

Am Mittwoch, den 28. Februar 1894, Abends 8½ Uhr,
bei **Ehrenberg,** Annenstraße Nr. 16:
Große Versammlung
des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Stockarbeiter":
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. **Zustände in der Stockfabrik von H. Roa.** 4. Abrechnung vom Kränzchen. 5. Verschiedenes.
Gäste willkommen. 288/19
Der Vorstand.

Ich erkläre die gegen Herrn **Johann Michalowski** ausgesprochene Behauptung für unwahr und nenne denselben einen Ehrenmann. 2030b
Jähner.

Hierdurch warne ich Jedermann, meinem Sohn, dem Maurer **Wilhelm Bartelt** (Berlin N.) etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für keine Zahlung aufkomme. 2029b
Königsfelde b. Wilhelmsdorf (Pomm.)
Ferdinand Bartelt,
Eigenthümer.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
Donnerstag, den 1. März (Großer Saal):
Extra-Soirée
der
Norddeutsch. Sänger
Großartige Dekorationen:
Eine italienische Nacht
am Strande der Ostsee.
Nachdem: **Gr. Strandball.**
(Matrosenkapelle.)
Anfang 8 Uhr.
Familienbillets, Passe-partouts u. Freibillets haben Giltigkeit.
Mittwoch, den 28. Februar:
Concert des Berliner Liederkranz Chormeister:
Herrn Direktor **Wilh. Handwerg.**
73/6 **C. Saeger.**

Castan's

Panoptikum.
Grossartige Ausstellung
Viele Novitäten!
Irrgarten. Illusionen. Märchen-Cyclus.

Achtung! Große Achtung!

Volks-Versammlung

Mittwoch, den 28. Februar, Abends 8 Uhr,
in **Martens' Salon,** Friedrichstraße Nr. 236a.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Steuervorlagen und die Frauen des Proletariats."
2. Diskussion. 460/17
Referentin: Frau **Klara Zetkin-Stuttgart.**
Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bittet
Die Frauen-Agitationskommission.
Die nächste Versammlung, in der Frau Zetkin referiren wird, findet Freitag, den 2. März, in Sanssouci statt.

Große öffentliche

Volks-Versammlung

Donnerstag, den 1. März, Abends 8 Uhr,
im **Berliner Prater,** Kastanien-Allee Nr. 6—9.
Tagesordnung:
1. **Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Bueb-Mülhausen.**
2. Diskussion.
Der Einberufer: Augustin.

Achtung! Wahlberechtigte Mitglieder der Ortskrankenkasse der Steindrucker und Lithographen Berlins.

Auf die am **Dienstag, den 27. Februar,** Abends 7½ bis 9½ Uhr, im **Handwerker-Saal,** Sophienstr. 15, stattfindende Wahl der **Delegirten** zu obiger Kasse machen wir hiermit nochmals aufmerksam, mit der Bitte, sich recht **pünktlich** einzufinden, da die Wahl, für ungefähr 4000 Stimmberechtigte, vom Vorstande auf **nur zwei Stunden** festgesetzt ist. Sollten durch die Kürze der Wahlzeit, **trotz pünktlichem Erscheinen,** Viele vom Wählen ausgeschlossen werden, so werden die Betreffenden ersucht, ruhig im Saale anwesend zu bleiben und ihre Adresse behufs Begründung eines Protestes an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.
Kollegen! Haltet die Augen offen, auf daß Ihr nicht übervortheilt werdet und meldet jede Wahlbeeinflussung sofort. Erscheint recht zahlreich, um den Sieg, den wir am Donnerstag erfochten, zu einem vollständigen zu machen, verbreitet dieses unter alle Mitglieder und agitirt, daß am Dienstag Keiner fehle. Mitgliedsbuch legitimirt. Die Stimmzettel von **Friedewald** und Genossen werden am Eingang zum Saale vertheilt.
Mit solidarischem Gruß J. A.: **Die Kommission.**
491/3 **Fr. Scherer,** Lith., Liegnitzerstr. 34.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Vertrauensmänner-Versammlungen:
Westen: Mittwoch, den 28. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Werner, Bülowstraße 59;
Südwesten: Donnerstag, den 1. März, Abends 8½ Uhr, bei Lüdke, Zossenerstraße 10.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 432/11
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gypser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit".

Oertliche Verwaltung Berlin.
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 1. März, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn **Brochnow** (früher **Orschel**), Sebastianstraße 39.
Tages-Ordnung:
1. Stichwahl der noch zu wählenden fünf Delegirten zu der am 16. April 1894 in Dresden stattfindenden ordentlichen Generalversammlung.
2. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimirt.
255/20 **Die örtliche Verwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher.

Dienstag, den 27. Febr., Abends 8½ Uhr, bei Joël, Andreasstr. 21:
Oeffentliche Versammlung der Mitglieder.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Zentralisation der Orts-Krankenkassen.
Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. 464/13

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein

des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, in der Adler-Brauerei, Badstraße, Ecke Hochstraße:
Versammlung der Filiale „Nord".
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. **Joël** über: „Wie sollen wir uns ernähren?" 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. — Herren und Damen als Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 460/18 **Der Vorstand.**

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 4. März, findet für die **4. Abtheilung,**
11. 5.
eine Vorstellung im **National-Theater** statt. Zur Aufführung gelangt:
Kabale und Liebe.
Die Vorstellung am 4. März ist die im Februar fällige Vorstellung, es brauchen demnach für diese Vorstellung nur die Beiträge für Februar gezahlt werden.
Wegen der Länge des Stückes beginnt die Vorstellung bereits um
2 Uhr.
Beginn der Verloosung 1 Uhr.
Am Sonntag, den 4. März, findet für die **1. Abtheilung,**
11. 2.
eine Vorstellung im **Lessing-Theater** statt. Zur Aufführung gelangt:
Sodoms Ende.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Mitwirkende Damen: M. Elsinger, Frau v. Pöllnitz, Frl. Reisenhofer, Frl. Waldegg. Mitwirkende Herren: Guthery, Kober, Reicher und Waldow.
Die Vorstellungen beginnen um **2½ Uhr.**
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: **Julius Türk.** SW., Solmsstr. 24. 397/14

Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nervtödten 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8—7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 48. Dienstag, den 27. Februar 1894. 11. Jahrg.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, von Marschall, von Boetticher, Graf Posadowsky, von Schelling, Thielen, von Heyden, von Berlepsch.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Handels- und Schifffahrts-Vertrages zwischen dem Reich und Rußland.

Abg. Graf **Mirbach** (dk.): Herr von Marschall hat zweimal mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zustimmung zum Vertrage mit Rumänien nicht die Zustimmung zum russischen Vertrage bedinge. Er hat gesagt: Diese beiden Dinge müßten selbständig behandelt werden. Ich bin ihm dafür sehr dankbar. Zwischen unserer Stellungnahme und den Personen der Regierung besteht kein Zusammenhang. Wir vermeiden es, in die Prärogative der Krone einzugreifen; das überlassen wir anderen Parteien. (Lachen links. Zuruf Rickert: Herr v. Plötz!) Herr v. Plötz steht nicht in so verantwortlicher Stelle wie ich hier. Die Grenzen, welche uns gezogen sind gegenüber Männern, welche auf Befehl Sr. Majestät hier stehen, sind sehr eng. Wir müssen uns nach der Tradition unserer Partei einer großen Zurückhaltung befleißigen. Die Politik ist viel zu viel vermischt worden mit rein wirthschaftlichen Fragen. Die Handelspolitik sollte lediglich nach wirthschaftlichen Rücksichten beurtheilt werden. (Sehr richtig! rechts.) Beim Vertrag mit Oesterreich und Italien hieß es, wir müßten unsere Verbündeten wirthschaftlich stärken. Ich akzeptire diese Prämisse nicht, aber wenn sie richtig ist, dann folgt daraus, daß Rußland, welches den Dreibund am schwersten bedroht, niemals wirthschaftlich gestärkt werden darf. (Sehr richtig! rechts.) Die Konzessionen, welche wir Oesterreich gemacht haben, verlieren durch diesen Vertrag vollständig ihre Bedeutung, denn Rußland produzirt billiger als Oesterreich, kann es also in jeder Beziehung unterbieten, zumal es bequeme Wasserstraßen nach Deutschland und eine längere Grenze hat. Die russischen Konzessionen verlieren aber an Bedeutung, weil sie nur gelten, soweit nicht landesgesetzliche Vorschriften und Polizeiverordnungen entgegenstehen. Ich erinnere nur an die Behandlung der Fürstin Hohenlohe, einer Schwester des russischen Militärbevollmächtigten Fürst Wittgenstein in Paris, welche von ihrem Bruder große Ländereien erbte. Was ihr, trotzdem man doch ihr gegenüber große Milde walten ließ, widerfahren ist, das wird in viel schärferem Maße jedem anderen widerfahren, der in Rußland Land erwerben wollte. Wir konzediren dagegen ein werthvolles Recht; bei uns ist es unmöglich, daß wir fremde Nationen behindern in ihrem Erwerbe bei uns. Unsere Grenznachbarn werden also dieses Recht bei uns im vollsten Umfange ausüben, während Deutsche in Rußland durch die Polizei behindert werden dürfen. Unseren Städten im Osten werden dadurch gefährliche Konkurrenten auf den Hals geladen. (Sehr richtig! rechts.) Die wichtigste Bestimmung ist im Artikel 19 enthalten bezüglich der Gütertransporte auf den Eisenbahnen. Früher war man der Meinung, daß die Einräumung solcher Rechte an einen fremden Staat in Bezug auf die Tarife der Eisenbahnen sehr gefährlich sei! Der Export Rußlands ist ja 300 Millionen Mark (Zuruf rechts: Rubel) oder Rubel größer als der deutsche Export nach Rußland. Rußland importirt Massenartikel und für diese binden wir uns in Bezug auf die Gütertarife. Ich halte das für bedenklich und spreche mein Bedauern darüber aus, daß dies auch seinerzeit Oesterreich konzedirt ist. Man kann den Artikel 19 ganz verschieden beurtheilen, je nachdem man annimmt, daß er deutscherseits oder russischerseits verlangt wurde. Ich glaube, die Fassung ist von deutscher Seite verlangt worden. Es handelt sich darum, den Zustand beizubehalten, daß der russische Export über deutsche Ostseehäfen erfolgt. Wir haben Differentialtarife nach Königsberg und Danzig etwa auf den Satz von 1,10 Pfennig. Wenn Rußland seine Tarife noch mehr ermäßigt, würden wir auf 1 Pfennig kommen. Der Waggon von der russischen Grenze bis zum Hafen kostet danach 20 Mark Fracht, während im inneren Verkehr 70 Mark erhoben werden. Nehmen Sie uns aber die Staffeltarife, so schädigen Sie die Eisenbahn-Einnahmen Preußens. Das Ergebniß der Handelsvertrags-Politik ist also ein wesentliches Herabgehen der Reichseinnahmen und der preußischen Eisenbahneinnahmen (Sehr richtig! rechts) Wenn Sie die Importe aus Rußland sich ansehen, müssen Sie die Zeit vor 1891 betrachten. 1883—91 war die Importziffer nach Rußland durchschnittlich rund 164 Mill. Mark, also bei 10 pCt. Nutzen ein Ertrag von 16 Millionen. Aber der Schaden, der der Landwirthschaft zugefügt würde, würde viel größer sein. (Zuruf links: Wo ist er denn?) Von dem Kampfzoll-Tarif von 1891 sind Konzessionen gemacht, außerdem fallen uns infolge des russisch-französischen Vertrags einige weitere Konzessionen zu. Die Industrie jubelt laut auf (Widerspruch links). Aber was erreicht worden ist, haben Sie durch die Agrarier erreicht (Sehr richtig! rechts); wenn wir die Karten nicht gemischt hätten durch die Abstimmung zum rumänischen Handelsvertrag, dann wäre nichts erreicht worden. Man kann doch die Lage der Landwirthschaft nicht vergleichen mit der Lage der Industrie. Die Industrie kann sich eine Koalition schaffen, die Landwirthschaft nicht. Die Zölle dürfen nicht in Relation gesetzt werden zu den Werken der Produkte, sondern zur Lage der Landwirthe und der Industrie in den betreffenden Staaten. Deshalb sind z. B. die Industriezölle in Rumänien höher als bei uns. Alle Parteien bemühen sich ja, der deutschen Landwirthschaft zu helfen, um Stimmen zu fangen. Man wirft dem Bunde der Landwirthe vor, daß er von dem Grundsatze ausgeht: Majorität, nicht Autorität! Solange das allgemeine Wahlrecht, dieser Hohn auf die Autorität, besteht, müssen wir uns fest organisiren und diese Organisation ist der Bund der Landwirthe, dessen einzige Gegner die Herren vom Bundesrath und von der Linken sind. (Heiterkeit rechts.) Wie sagte Fürst Bismarck? Artige Kinder verlangen nichts, artige Kinder bekommen auch nichts. (Sehr richtig! rechts.) Welche angeblichen Konzessionen hat denn eigentlich Rußland gemacht? Es bestand früher ein großer Fischimport nach Rußland von deutschen Häfen, der aber zerstört ist durch die hohen russischen Zölle, die auch jetzt nicht erheblich ermäßigt sind. Für Hopfen ist der Zollsatz ebenfalls ein sehr exorbitanter geblieben, zumal die Arbeitsbedingungen in Rußland billiger sind als in Deutschland. Die Zugeständnisse sind sehr mäßig auf dem Gebiet der Textil- und Eisenindustrie; sie bleiben weit zurück hinter dem Zolltarif von 1885, denn der Tarif von 1891 ist ein Kampfzolltarif. Es liegt eine drohende Gefahr vor des Exports der russischen Industrie, welche sich einer Fürsorge der Regierung, billiger Löhne und der Valutadifferenz zu erfreuen hat. Die polnisch-russische Textilindustrie wird der deutschen gegenüber bald konkurrenzfähig sein. Die Ermäßigung der Kohlentarife ist sehr wichtig, aber ihre volle Bedeutung erreicht sie doch erst, wenn der Rubelkurs auf pari stehen würde. Dazu kommen die großen Fabrikations-Prämien, welche in Rußland gezahlt werden für Lokomotiven, Schienen u. s. w. Die Opfer, durch welche die Verträge erkauft werden, werden nur der Landwirthschaft auferlegt; nur dadurch ist die Industrie in der Lage, Vortheile zu erringen. Der Export Rußlands besteht zumeist aus landwirthschaftlichen Produkten und Holz. Ich bedauere, daß der Zoll für gesägte Blätter herabgesetzt ist; dadurch wird die nationale Arbeit gefährdet. Hunderttausende von Menschen könnten beschäftigt werden bei der Bearbeitung des Nutzholzes, die jetzt nicht möglich ist durch die russische Konkurrenz. Die Preisbildung bestimmt der am billigsten Produzirende. Wenn wir dem russischen Produzenten eine direkte Verbindung gewähren, so kann er noch billiger als jetzt produziren, und gerade für Roggen und Hafer hat der deutsche Markt für Rußland eine sehr große Bedeutung. In Rußland lagern große Mengen Roggen. (Kopfschütteln des Staatssekretärs von Marschall.) Das ist nicht richtig; nun dann hätten wir keinen Preissturz zu befürchten; ich glaube aber, das Gegentheil wird der Fall sein. Wir brauchen aus Rußland außer Kaviar nichts. (Heiterkeit.) Der Import von Roggen ist daher für uns von größter Bedeutung und er trifft gerade die ärmsten Böden. Wenn es irgend möglich ist, müßte man für Roggen den Differentialzoll aufrecht erhalten. Daß die ostpreußischen Häfen ein Interesse daran haben, sich den Handel nach Rußland zu sichern, ist selbstverständlich. Das Gebiet, welches hinter ihnen liegt, ist zu gering. Aber man brauchte ihnen doch nicht die Interessen der gesammten Landwirthschaft preiszugeben. Wir haben das Gefühl, daß die verbündeten Regierungen der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises gern nahe treten würden. Ob wir das als artige oder schlechte Kinder bekommen sollen, lasse ich dahingestellt. Aber eine Kompensation für die Schädigung durch den russischen Handelsvertrag liegt darin für uns nicht (Sehr richtig! rechts), wenn wir auch die Frage an sich nicht unterschätzen wollen. Ich habe nachgewiesen, aus welchen Gründen die Landwirthschaft zusammenhalten muß; deshalb steht für uns die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises erst in zweiter Linie. Die offiziöse Presse hat es uns ja zum Vorwurf gemacht, daß wir die imperative Ehrlichkeit aufrecht erhalten wollen gegenüber gegebenen Versprechungen. Auf Grund dieser Versprechungen müssen wir das Wohl der gesammten Landwirthschaft im Auge behalten. Wenn die Landwirthschaft durch die Handelsverträge geschädigt wird, während der Export der Industrie sich steigert, so ist damit jedenfalls das Fundament verschoben, wenn auch an der Spitze eine Verbesserung eingetreten ist. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß alle Fragen untersucht werden müssen in bezug auf ihren Werth gegenüber der Sozialdemokratie. Ich halte allerdings jede Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten für vollständig nutzlos; denn sie halten die Gesellschaftsverhältnisse, die wir in ruhiger Entwickelung fortbilden wollen, für vollständig zerrüttet. Zu einer solchen Partei müssen wir stehen wie Feuer zum Wasser. (Zustimmung rechts.) Man muß aber den Aufbau der sozialdemokratischen Anschauungen verfolgen. Da ist eine Schrift mir aufgefallen, welche ausführte, daß die Basirung des Staates auf der exportirenden Industrie die Arbeiter zur Sozialdemokratie erzieht, weil alle patriarchalischen Verhältnisse aufgelöst werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn eine Krisis eintritt, werden die Arbeiter der Industrie brotlos und die Landwirthschaft ist ruinirt. Frankreich steht mit seinem autonomen Zolltarif trotz des Zollkrieges sehr viel besser da als wir. Redner beruft sich auf die Ein- und Ausfuhrzahlen von 1892. (Zuruf links: 1893! Da steht es ganz anders!) Die Zahlen für 1893 habe ich nicht. Auf die Frage der Valutadifferenz will ich nicht eingehen, trotzdem sie von großer Bedeutung für den Werth der Zollsätze ist. Aber der Rubelkurs ist natürlich nicht allein maßgebend, aber er ruft Ungleichheiten hervor und beim heutigen Rubelkurs von 2,25 M. müßte der Zollbetrag für Getreide 5,50 M., beim Kurse von 2,00 aber 6,20 M. betragen. Herr v. Kardorff hat also eigentlich die Verpflichtung, seinen Antrag umzuändern und zu stellen zum russischen Handelsvertrag. Das System unserer Handelsverträge besteht in der konsequenten Durchführung der Schädigung der einheimischen und der Begünstigung der auswärtigen Landwirthschaft. Ich will von der Zollherabsetzung um 1,50 M. nicht sprechen; sie kann einmal unbedenklich, ein ander Mal verhängnißvoll sein. Ich will mich nur beziehen auf die Ausführungen des Herrn Vopelius, der sich gegen eine Vertragspolitik auf Kosten der Landwirthschaft aussprach. Daß die Sozialdemokraten für die Handelspolitik der Regierung eintreten, ist vollkommen begreiflich. Die Freisinnigen halten die Handelsverträge für wirthschaftlich nicht bedeutend, trotzdem stimmen sie für dieselben. Wir sind aber Anhänger des Fürsten Bismarck und seiner Wirthschaftspolitik und deshalb stimmen wir gegen die jetzige Handelspolitik. Wir können uns hier seit dem 26. Januar auf den Fürsten Bismarck berufen, ohne daß darin irgend eine Schärfe gegen irgendwelche Person liegt. Die Kerntruppen gegen die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck sind zwar nicht ganz einig; sie werden getrennt marschiren, aber vereint schlagen. 1891 hat die Minorität meiner Partei ihre prinzipiellen Bedenken gegen die Handelsvertrags-Politik fallen lassen. Wir bekämpfen die Handelspolitik, weil wir es für unrecht halten, daß stets und allein die Landwirthschaft die Opfer tragen soll. Wir sehen darin eine schwer wieder auszugleichende Schwächung unserer Finanzen und eine besondere Erschwerung liegt in der Bindung der landwirthschaftlichen Zölle auf lange Zeit gegenüber der sinkenden Tendenz der Weltmarkt-Preise für Getreide. Wenn uns Konzessionen auf anderen Gebieten gebracht worden wären, hätten wir unsere Bedenken vielleicht jetzt beim Abschluß der Handelsvertragspolitik fallen lassen. Aber sie sind uns nicht gebracht worden. Wir wollen daran festhalten, daß der Landwirth, weil er der größte Produzent und auch der größte Konsument ist, geschützt werden muß. Wenn in der „Norddeutschen Zeitung“ am Ende des vorigen Jahres steht, daß der Zollausfall zuerst allerdings eintritt, aber sich nachher ausgleicht, während das deutsche Volk niedrigere Preise bezahlt, so folgt daraus, daß jede weitere Herabsetzung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte ein Vortheil für das deutsche Volk ist. Dann könnte man ja schließlich die Landwirthschaft in Deutschland überhaupt verbieten. So weit sind wir aber doch wohl noch nicht. (Zustimmung rechts.) Unsere Handelspolitik wäre richtig, wenn die Preistendenz für landwirthschaftliche Produkte eine steigende wäre, da das Gegentheil der Fall ist, halte ich die Politik für verhängnißvoll. Wir sind in der Periode scharfer Konkurrenz der verschiedenen Produktionsgebiete. Frankreich hat seine Zollautonomie vertheidigt und betrachtet sie als das werthvollste Gut. (Sehr richtig rechts.) Das Deutsche Reich ist allerdings nicht in der Lage, für den Einzelnen ein Erwerbsminimum zu fixiren, aber es hat wohl die Macht, die größte Produktion zu sichern durch seine Gesetzgebung gegenüber der Konkurrenz des Auslandes. Wir werden die Nothwendigkeit eines solchen Schutzes vertheidigen bis zum letzten Athemzuge. (Beifall rechts.) Wir schlagen Ihnen vor, die Vorlage an eine ad hoc zu wählende Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. **Marschall**: Wenn der Vorredner darauf hinwies, daß Sozialdemokraten und Freisinn als Kerntruppen der Regierung für den russischen Handelsvertrag eintreten, so konstatire ich, daß dieselben Parteien auch in den 80er Jahren, zur Zeit der von dem Vorredner so gerühmten Zollpolitik, für die von der Regierung vorgelegten Verträge gestimmt haben, ohne daß man sich auf der Rechten gegen diese Zustimmung entrüstet hätte. Der Vorredner ist ein prinzipieller Gegner aller Tarifverträge und er würde heute im wesentlichen dieselbe Rede gehalten haben, wenn wir von Rußland auch noch so große Konzessionen erlangt hätten. Ich selbst empfinde kein Bedürfniß, auf das politische Gebiet einzugehen. Wenn ich für einen Vertrag eintrete, der bestimmt ist, den wirthschaftlichen Frieden zu schaffen zwischen zwei großen Nationen, die traditionell in politischer Freundschaft leben, so weiß ich nicht, warum es nothwendig sein sollte, diesen naturgemäßen Vorgang mit politischen Momenten zu rechtfertigen, zumal die wirthschaftlichen Gründe für diesen Vertrag so durchschlagend sind, wie es politische Gründe niemals zu sein vermögen. Ohne große politische Bedenken können wir unserem großen und mächtigen Nachbar nicht das versagen, was wir unseren anderen Nachbarn gewährt haben. (Widerspruch rechts.) Wir haben von Anfang an nicht daran gedacht, die russische Fremdengesetzgebung bei uns einzuführen oder Rußland dazu anzuhalten, unsere Fremdengesetzgebung bei sich einzuführen. Wir haben in dieser Beziehung das erreicht, was wir wollten. Der Artikel betreffend die Eisenbahntarife enthält in der Hauptsache nichts weiter als die Sanktionirung des Zustandes, wie er jetzt besteht. Es ist nicht wahr, daß wir uns blindlings niedrigen russischen Tarifen unterwerfen.

Wenn wir mit einer Erhöhung der Getreidezölle von 5 auf 6 M. gekommen wären, der Reichstag hätte uns keinen schönen Empfang bereitet (Sehr richtig! links). Die Thatsache wird man nicht aus der Welt schaffen, daß das Jahr 1892 einen Merkstein bilden werde in der Handelspolitik der europäischen Welt (Sehr richtig! links). Die Erfolge haben wohl gezeigt, daß Deutschland auf dem richtigen Wege war. Zum ersten Mal hat Rußland seit seinem Bestehen mit diesem Vertrage sich von einem System losgesagt, welches es bisher unentwegt festgehalten hat, von dem System des autonomen Zolltarifs, und es ist ein Zeichen der Zeit, daß in diesem Augenblick die verbündeten Regierungen in Deutschland scharfen Angriffen ausgesetzt sind, die auch der Vorredner wiederholt hat, weil wir in Deutschland festgehalten haben an der Vertragspolitik, die traditionell bei uns ist. Wie schädigend das System des autonomen Tarifs für Staaten, die infolge ihrer geographischen Lage auf einen regen Güterverkehr angewiesen sind, wirkt, dem könnte ich 120 Aktenbände: „Schädigung der deutschen Industrie durch russische Zolltarife“, aus meinem Amte zur Verfügung stellen. Fünfmal hat Rußland seinen Zolltarif erhöht und dazwischen läuft noch die differentielle Behandlung von deutschem Eisen und deutscher Kohle. Wir haben 1879, 1885 und 1887 die Zölle auf russische Waaren erheblich erhöht. Die Geschichte wird einst zeigen, daß der vielumstrittene 5-M.-Zoll nicht allein den Bedürfnissen entsprungen ist, sondern in erster Linie Rußland ein Paroli für die Erhöhung der Zölle auf Eisen und Kohle bieten sollte. Die werthvollste Errungenschaft dieses Vertrages finde ich darin, daß der Industrie gegeben wird, was sie bisher am schmerzlichsten vermißt hat und doch am nöthigsten gebraucht, wenn sie sich einen fremden Markt erobern will, nämlich Stabilität der Zollsätze. Es ist nicht zutreffend, wenn man gegen diesen Vertrag damit ankämpft, daß man ihm die Zölle anderer Länder gegenüberstellt. Unsere auswärtigen Absatzgebiete und überseeischen Märkte sind nicht derartig, daß wir leichthin auf ein aufnahmefähiges europäisches Absatzgebiet mit 100 Millionen Einwohnern verzichten können. Kein Theil unseres wirthschaftlichen Körpers kann gedeihen, wenn wir Rußland gegenüber auf die Entfernung von 1300 Kilometer eine Barriere errichten. Dennoch würde ich nicht für den Vertrag eintreten, wenn die deutsche Landwirthschaft auch denselben Schaden erlitte. Ich stehe fest auf dem Grundsatz, daß die Interessen von Landwirthschaft und Industrie identisch sind. Ein Ausgleich mag zuweilen schwer sein, aber wie die Industrie 1887 ohne jede Widerrede für die Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle eintrat, von denen sie keinen Vortheil zog, so sollte die Landwirthschaft diesem Vertrage gegenüber in gleichem Geiste handeln. Man muß die Frage: „Wie wirkt dieser Vertrag auf die Landwirthschaft?“ emporheben aus dem Wirrwarr der Stimmungen auf den Boden einer ruhigen Diskussion. Lehnt man den Vertrag nur auf grund des bisher beigebrachten Materials ab, dann setzt man die Gemeinschaftlichkeit der Interessen von Industrie und Landwirthschaft einer Belastungsprobe aus, unter der die Industrie zusammenbrechen muß, nicht zum Wohle der Landwirthschaft. Die Ermäßigung des Getreidezolles einem einzigen Lande gegenüber wirkt ganz verschieden, je nachdem das Land das erste ist, dem sie gewährt wurde, oder das letzte. Im ersteren Falle mag die Landwirthschaft Befürchtungen hegen, im letzteren hat sie keine Ursache dazu. Kein Mensch wird eine Waare mit 5 M. verzollen, wenn er dieselbe in gleicher Qualität zu 3,50 M. ins Land bringen kann. Die Gegner des Vertrages fürchten, mit russischem Roggen überschwemmt zu werden. (Sehr richtig! rechts.) Aber gerade der gegenwärtige Kampfzoll auf russisches Getreide hat einen Preisdruck hervorgerufen und läßt auch beim Roggen keine günstige Konjunktur aufkommen. Das springende Argument in den Ausführungen der Gegner ist, daß der Preis sich länderweis bilde. Diese Auffassung mag vor 50, 60 Jahren richtig gewesen sein, sie ist aber unhaltbar gegenüber den modernen Verkehrsmitteln. Wir sind nicht angewiesen auf den russischen Roggen, sondern haben den Produktionsüberschuß der ganzen Welt zur Verfügung. Sperre ich einer Provenienz die Grenze, so geht dieselbe auf den Weltmarkt und drückt den Preis. In diesem Sinne ist nicht nur der Weizen ein Weltmarkt-Artikel, sondern auch der Roggen. (Abg. v. Staudy: Nein!) Als vor drei Jahren in der Zeit der höchsten Roggennoth Rußland das Ausfuhrverbot erließ, sind wir von anderen Staaten, wie den Vereinigten Staaten, Rumänien mit Roggen versorgt. Auch sind wir nicht mehr die vornehmsten Abnehmer für russischen Roggen. Heute erhalten wir nur 30 bis 40 pCt. des Roggenquantums, welches Rußland in einem Jahre exportirt. die Differenz zwischen deutschem und russischem Getreide beträgt nicht 75, auch nicht 50, auch nicht 35 M., sondern sie variirt zwischen 20 und 30 M. Als der Kampfzoll von 75 eingeführt wurde, waren die Preise hoch und der Preissturz war eine Antwort Rußlands auf unseren Kampfzoll. Ungeheure Mengen von Roggen lagern nicht, der Vorredner ist da einer Legende zum Opfer gefallen (Widerspruch rechts); es ist also auch keineswegs zu befürchten, daß russisches Getreide Deutschland überschwemmen wird. Auf die Dauer wird es überhaupt nicht möglich sein, die direkte Zufuhr russischen Getreides fernzuhalten. Der Handel und der Verkehr würden Mittel finden, russischen Weizen, russischen Roggen nach meistbegünstigten Ländern zu fahren, um das dort hergestellte Mehl nach Deutschland zum billigen Zollsatze einzuführen. Dadurch wird die auswärtige Arbeit begünstigt, die Landwirthschaft wird geschädigt und die Industrie hat den Zollkrieg auf die Dauer; das würde die Bilanz der Verwerfung des russischen Handelsvertrages sein. Ein Differentialzoll bleibt ein Differentialzoll, auch wenn er sich in die Form einer Ausgleichung der Valuta verkleidet. (Sehr richtig! links.) Neben dem Rubelkurs giebt es doch noch andere Faktoren, welche auf den Preis einwirken. Der Rubelkurs ist niedrig gewesen und die Preise waren hoch. Das werde ich in der Kommission nachweisen. Uebrigens giebt es keinen Staat, welcher die Garantie übernehmen kann, daß er in zehn Jahren keine Schwankung der Valuta haben wird. Bei Rußland ist die Sicherheit gegen Schwankungen besser als bei manchem anderen Staat, weil Rußland durch Ansammlung großer Goldvorräthe seinen

Rubelkurs von den Schwankungen des Silbers freigemacht hat. Eine solche Skala, wie sie Herr von Kardorff beantragt hat, ist also vollkommen undurchführbar. Die Regierung und alle, die es mit dem Lande wohl meinen, werden nicht erlahmen, für die Landwirthschaft zu sorgen und für die Aufrechterhaltung eines gesunden Bauernstandes zu arbeiten. (Zustimmung rechts.) Die Regierung kann sich aber nicht den Bestrebungen hingeben, über deren Endziel sich die Führer der Bewegung nicht klar sind.

Abg. Graf **v. Moltke** (Rp.): Nicht ohne tiefe innere Erregung und nicht ohne patriotische Beklemmung trete ich an diesen Gegenstand heran; denn es handelt sich nicht um die Existenzbedingung eines einzelnen Standes oder Produktionszweiges, sondern vielleicht um die Existenzbedingungen unseres ganzen Vaterlandes. (Sehr richtig! bei der Reichspartei.) Für den rumänischen Handelsvertrag habe ich gestimmt, weil es sich darum handelte, der deutschen Industrie ein großes Absatzgebiet zu erhalten und weil die Nachtheile für die Landwirthschaft nicht so erheblich waren, um gegenüber diesen Vortheilen ins Gewicht zu fallen. Hier steht die Sache anders, hier handelt es sich wesentlich darum, der Industrie ein neues großes Gebiet erst zu erobern und zwar auf Kosten der Landwirthschaft. Die Sozialdemokraten stimmen natürlich für den Vertrag, aber nicht um unseren modernen Staat zu stützen, sondern weil sie durch Annahme des Vertrages die Lebensmittel für den Arbeiter verbilligen wollen. Durch die Annahme des Vertrages wird aber keine Preisherabminderung eintreten. Woher kommt es denn, daß der Landmann in Sachsen sein Getreide nicht los werden kann? Weil der Getreidehändler zurückhält mit seinen Ankäufen, bis der russische Handelsvertrag fertig ist. Die Preisbildung von 1873—93 ergiebt, daß 1893 mit Ausnahme des Hafers ein gewisser Tiefpunkt erreicht ist. In Schlesien haben vielfach die größeren Grundbesitzer ihre Ländereien parzellirt und kleinen Leuten in Pacht gegeben; die letzteren haben jetzt ihre Pachtstücke zurückgegeben, weil sie sich bei den jetzigen Preisen nicht mehr halten können. Die Besitzer müssen das Areal aufforsten lassen, was erst nach Jahren eine Rente abwirft. Die Produktionskosten der Landwirthschaft sind in steigender Tendenz; die soziale Gesetzgebung belastet die Landwirthschaft, die unter dem Mangel an Arbeitern leidet, welche ihr von der Industrie entzogen werden. Der Vertrag bringt der Industrie gewisse Vortheile, aber nicht allen Theilen derselben. Man sollte sich doch überlegen, ob die Industrie wirklich so große Vortheile aus dem Vertrage zieht einem Lande gegenüber, in welchem so schwankende Rechtsverhältnisse bestehen, wie in Rußland. Hätte die Regierung wirkliche Kompensationen der Landwirthschaft geleistet, so würde ein großer Theil meiner Freunde für den Vertrag gestimmt haben. Zu diesen Kompensationen gehört die Aufhebung des Identitätsnachweises und die Begrenzung des Vertrages auf nur drei Jahre. Aber selbst die erstere Maßregel würde nur einzelnen Landestheilen zu gute kommen und auf der andern Seite aufgehoben werden durch die Entwickelung der Staffeltarife.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Auch ich halte die östlichen Provinzen für feste Stützen des Staates und Reiches, und deshalb stimme ich mit Freuden für diesen Vertrag, denn in den letzten Dezennien ist niemals ein Werk von der Regierung vorgelegt worden, welches in dem Maße die Interessen des Ostens fördert wie dieser Vertrag. (Gelächter rechts.) Man sagt, die deutschen Vertreter hätten nicht genug erreicht. In Rußland ist man aber sehr wüthend darüber, daß die russischen Vertreter sich von den Deutschen haben über das Ohr hauen lassen. Herr v. Manteuffel sprach bei der Berathung des österreichischen Handelsvertrages aus, daß der vertragslose Zustand viel perniziöser sein würde als die Ermäßigung des Zolles von 5 auf 3,50 M. Nachdem der russische Vertrag abgeschlossen ist, kann man es ja sagen: Die Konzession an Rußland hätten wir machen müssen, auch wenn wir weniger Konzessionen erhalten hätten. Den Differentialzoll hätten wir auf die Dauer gar nicht aufrecht erhalten können. Das Schlimmste für Sie (rechts) wäre, daß der Vertrag abgelehnt würde, namentlich wenn die Landräthe nicht mehr gegen die Politik der Regierung ankämpfen dürfen. Die Regierung sollte einmal darauf achten, daß die Blätter des Bundes der Landwirthe in den Offizierkasinos gelesen werden, trotzdem sie so lebhaft Opposition gegen die Regierung machen. Wenn an stelle des Grafen Caprivi heute Fürst Bismarck säße, wenn er diesen Vertrag eingebracht hätte, wie würde dem blöden Hödur klargemacht werden, daß nach vielen Jahren endlich die zielbewußte Politik zu einem Null-Ergebniß geführt hat. (Heiterkeit.) Von 1862 an hat Fürst Bismarck fortgesetzt den Versuch gemacht, Rußland zu einer andern Wirthschaftspolitik zu bekehren; da müßte man sich doch Glück wünschen, daß endlich ein Abschluß erzielt worden ist.

Den Zollkrieg hat Fürst Bismarck schon früher empfohlen. Er ist jetzt von Wirkung gewesen. Der Kampfzoll hat trotz seiner exorbitanten Höhe von 7,50 M. keine Wirkung ausgeübt, das beweist der Locus-Preis (Große Heiterkeit.) . . . Ich glaube, meine Herren, Sie haben nicht richtig gehört. (Große Heiterkeit.) . . . der Loco-Preis (Große Heiterkeit) für Weizen und Roggen in Danzig. Die Landwirthschaft schreit laut. Die Schiffahrt leidet auch noth, aber sie klagt nicht, sie liegt am Boden. Unsere Rheder verstehen nicht, um Staatshilfe zu betteln. Nehmen Sie den Vertrag an, gehen Sie zurück auf die alten Grundsätze von 1803; dann wird die Landwirthschaft wieder erblühen. (Lachen rechts.) Denn kein Gewerbe hängt mehr von der allgemeinen Prosperität ab als die Landwirthschaft. Dieser Vertrag wird sie fördern, darum nehmen Sie ihn an.

Darauf wird um 5½ Uhr die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Auf Antrag des Abg. v. Kardorff wird auch dessen Antrag betr. die Zollzuschläge bei Valutadifferenz auf die Tagesordnung gesetzt.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 26. Februar. Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Miquel.

Die zweite Berathung des Etats wird mit dem Etat der direkten Steuern fortgesetzt.

Bei den Einnahmen aus der Einkommensteuer bittet

Abg. **v. Erffa** (k.) um eine Aenderung der Instruktion zu dem neuen Einkommensteuer-Gesetz, wonach für die Abnutzung von Gebäuden ¼—½ pCt. vom Gebäudewerthe vom Einkommen abgezogen werden, da dieser Satz für ländliche Gebäude viel zu niedrig sei.

Geheimrath **Wallach**: Es ist ein Irrthum, daß der Minister in einer Verfügung eine höhere Abzugsquote für unzulässig erklärt hat. Die Einschätzungsbehörden sind erst in diesem Jahre wieder angewiesen worden, die speziellen Verhältnisse in den einzelnen Fällen zu berücksichtigen.

Abg. **v. Schalscha**: Diese Theorie ist anzuerkennen, aber die Praxis der Einschätzungskommissionen folgt ihr nicht. Redner bemängelt die Einkommensteuer-Statistik, in welcher einfach zwischen Stadt und Land unterschieden werde. Das gebe kein zutreffendes Bild der Verhältnisse, es müsse auch die Vertheilung von Grundbesitz, Handel, Industrie und Gewerbe auf Stadt und Land unterschieden werden, da viele ländliche Ortschaften städtische Verhältnisse aufweisen.

Geheimrath **Wallach** sagt eine möglichste Berücksichtigung dieses Wunsches für die Zukunft zu.

Abg. **Krah** (frk.) bemängelt das Verfahren in Berufsangelegenheiten.

Abg. **v. Buddenbrock** (k.) beklagt den Bureaukratismus und Schematismus in den Fragen der Einschätzungsbehörden an die Zensiten; diese Fragen dringen viel zu sehr in die Privatverhältnisse, namentlich die Schuldverhältnisse der Grundbesitzer ein.

Finanzminister **Miquel** sagt dem Abg. Krah Remedur zu, wenn ihm solche einzelne Fälle bekannt gegeben werden. Allzu detaillirte Fragen an die Zensiten seien allerdings nicht gerechtfertigt, besser sei ein mündlicher Verkehr der Einschätzungskommissare mit den Zensiten.

Abg. **v. Schalscha** (Z.) fragt, ob man Ersatzneubauten ganz in Abzug bringen kann. Dadurch könnte das lästige Abschreibungsverfahren beseitigt werden. Redner wiederholt nochmals seinen Wunsch bezüglich der Statistik.

Minister **Miquel** hält diese Statistik für sehr schwierig, da dann den Lokalbehörden die Entscheidung überlassen werden müsse, welche ländliche Ortschaften städtische Verhältnisse zeigten; andererseits gebe es auch viele Städte mit ganz ländlichem Charakter. Der volle Absatz der Kosten für Neubauten sei bedenklich.

Abg. **Krawinkel** (natl.) hält es für den Fiskus nicht für bedenklich, einen Erneuerungsfonds in Abzug zu bringen, da ja die Zinsen solcher Fonds steuerpflichtig gemacht werden könnten; und wünscht, daß man bei der Höhe der Abschreibungen namentlich bei industriellen Werken nicht allzu ängstlich sei.

Minister **Miquel** erwidert, daß er diese letztere Ansicht schon bei der Berathung des Einkommensteuer-Gesetzes selbst ausgesprochen habe.

Abg. **Stötzel** (Z.) beschwert sich darüber, daß auch Arbeiter und kleine Handwerker zur Deklaration gezwungen seien.

Geheimrath **Wallach** erwidert, daß die einzelnen Fälle untersucht werden müßten.

Abg. **Schröder** beklagt sich über einzelne Vexationen der Einschätzungsbehörden in seinem Wahlkreise. Die Erledigung der Berufungen verzögen sich auch allzusehr.

Geheimrath **Wallach** bestreitet die allgemeine Wahrnehmung des fiskalischen Interesses durch die Berufungs-Kommissionen; mehr als die Hälfte der Berufungen sei im Sinne der Berufenden entschieden worden. Eine übermäßige Verzögerung der Berufungsentscheidungen finde auch nicht statt.

Nach einigen ähnlichen Beschwerden klagt

Abg. **v. Eynern** (natl.) über die den Zensiten vorgelegten Fragebogen, welche zu tief in die Privatverhältnisse eindringen, sowie über die Verzögerung von Berufungsangelegenheiten und Beschwerdesachen beim Ober-Verwaltungsgericht.

Minister **Miquel** entschuldigt dies damit, daß das Ober-Verwaltungsgericht mit diesen Beschwerdesachen überlastet sei; es seien aber zur Beschleunigung schon Kammern von drei Mitgliedern gebildet und ein neuer Steuersenat solle geschaffen werden, der wieder in Kammern eingetheilt werde. Wenn erst feste Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts vorliegen, werden manche Beschwerden von selbst aufhören. Zu vielen Beschwerden werde das Publikum nur durch herumreisende Winkeladvokaten verleitet.

Bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer erklärt auf eine Anfrage des Abg. **Sattler** (natl.), ob ein Gesetzentwurf über die Heranziehung des Hausirbetriebs zu den Kommunalabgaben ausgearbeitet werde, Geheimrath **Fuisting**, daß die Erörterungen darüber im Werke, aber noch nicht abgeschlossen seien.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) beklagt die Heranziehung des Handels mit denaturirtem Spiritus zur Betriebssteuer.

Geheimrath **Jacobi** erwidert, daß diese Besteuerung durch das Gewerbesteuer-Gesetz begründet sei.

Abg. **Eckels** (natl.) hält es für zweifelhaft, ob den Auswüchsen des Hausirhandels durch Besteuerung beizukommen sei.

Bei den Einnahmen aus Nebenbeschäftigungen der Katasterbeamten wünschen die Abgg. **Fritzen-Rees** (Z.) und **Mies** (Z.) eine anderweite Remunerirung der Katasterkontrolleure für nebenamtliche Beschäftigung.

Geheimrath **Gaus** hält eine prinzipielle Regelung nicht für möglich.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den dauernden Ausgaben bemerkt

Abg. **v. Schalscha** (Z.), daß allgemein die Befürchtung einer Kassirung der Kreiskassen bestehe.

Minister **Miquel**: An eine völlige Beseitigung der Kreiskassen denken wir nicht.

Abg. **Metzner** (Z.) bittet um definitive Anstellung der Vollziehungsbeamten der Kreiskassen.

Minister **Miquel**: Ein Theil dieser Beamten ist bereits definitiv angestellt.

Abg. **Martens** (ntl.) wünscht eine Erhöhung der Diäten der Mitglieder der Vereinschätzungskommissionen von 2,50 M. auf wenigstens 3 M., dagegen könnten die Gebühren für die höheren Kommissionen etwas ermäßigt werden.

Geheimrath **Wallach**: Die Thätigkeit der Mitglieder aller Kommissionen, der Berufungs-, Veranlagungs- und Voreinschätzungskommission, soll eine ehrenamtliche sein. Eine Aenderung der Entschädigung dieser Mitglieder würde nicht ohne Einfluß auf die Entschädigungsfrage bei anderen ehrenamtlichen Thätigkeiten bleiben können.

Die dauernden Ausgaben werden bewilligt, desgleichen ohne Debatte die einmaligen Ausgaben.

Es folgt der Etat der indirekten Steuern.

Die Einnahmen und dauernden Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt.

Die Berathung des Extra-Ordinariums wird um 3½ Uhr auf Dienstag 11 Uhr vertagt; außerdem Etat der Bauverwaltung.

Lokales.

Einen netten Geschäftskniff hat der „Confektionär" ausgeheckt. Bezugnehmend auf die gewerbegerichtliche Verurtheilung zweier Unternehmer zur Zahlung des Arbeitslohnes, schlägt derselbe in seiner Nummer vom 22. d. M. allen Geschäftsinhabern vor, bei Vergebung von Arbeit folgende Scheine seitens der Arbeiter unterzeichnen zu lassen:

„Falls die mir übergebene Probe-Arbeit nicht zur Zufriedenheit der Firma ..... ausfallen sollte, erkläre ich hiermit, trotzdem keine weiteren Ansprüche an die Firma zu haben."

Und einen zweiten Schein:

„Ich erkläre mich hiermit einverstanden, daß die Firma .... jeden Augenblick das Recht hat, mir die Arbeit zu entziehen, und ich dennoch keine weiteren Ansprüche an sie habe."

Das könnte ja zu netten Zuständen führen, und wir sind überzeugt, daß die Unternehmer sich nicht zweimal darauf hinweisen lassen. Es liegt nun lediglich an den Arbeitern und Arbeiterinnen, ob sie einen derartigen Schein unterzeichnen wollen. Wer die Verhältnisse in der Konfektionsbranche kennt und weiß, welche kargen Löhne bei peinlichster Genauigkeit der Arbeit gezahlt werden, der wird überzeugt sein, daß sich die Arbeiterin in besagtem Falle alles zu gewärtigen hat. Wie leicht kann es passiren, daß dem Unternehmer kein Stück als abnehmenswerth erscheint. Was die Arbeiterin dann thut, wenn sie keinen Pfennig Lohn für ihre saure Arbeit bekommt, das kümmert den Unternehmer nichts. Für ihn würde das nur eine „Hebung des Geschäfts" bedeuten. Man sieht aus dem Vorschlage des „Konfektionär", wie nothwendig es ist, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche sich gegen Vergewaltigungen, wie die von dem Kapitalistenblatt empfohlenen, nachdrücklich schützen. Wer sich daher von seinem Unternehmer nicht Alles gefallen lassen will, thue seine Pflicht und schließe sich seiner Berufsorganisation an. Nur durch gemeinsames Wirken sind die Arbeiter im Stande, ihre Unternehmer in Zucht und Ordnung zu halten.

Die bessere Gesellschaft. Die Prügelei zwischen den beiden Sportkavalieren Mosino und Dr. Hartgenstß, über die wir am Sonntag berichteten, ist am Sonnabend Mittag auf der Hindernißrennbahn bei Westend fortgesetzt worden. Statt des Stockes benutzte man diesmal Revolver, mit denen sich die beiden Helden vor Zeugen auf 15 Schritt Distanz anschossen. Der Erfolg war eine Verwundung an der Hand, die dem Dr. H. von seinem Gegner beigebracht wurde. Während dieser nach vollbrachter That ins Ausland auskniff, mußte sich der verwundete M. in ärztliche Behandlung begeben.

Volkskaffeehäuser. Die Wohlthätigkeit ist eine sehr schöne Sache, so lange das Geschäft nicht darunter leidet und die nöthigen Prozente für die „Wohlthäter" sich herauswirthschaften lassen — so ungefähr denkt die Volkskaffee- und Speisehallen-Gesellschaft, welche seit dem Jahre 1889 drei Hallen in Berlin errichtet hat, um dem „Branntweingenuß im Volke zu steuern und eine billige Ernährungsweise zu ermöglichen." — Wie es mit dieser Ernährung des Volkes gemeint ist, davon giebt die Thatsache Zeugniß, daß die Gesellschaft nur Margarine verwendet und zur Bereitung der so gepriesenen kräftigen Bouillon Kemmerich's Fleischextrakt. Die Früchte dieser „rationellen" Ernährung sind denn auch nicht ausgeblieben, denn die Gesellschaft — allerdings nur aus wenigen Personen bestehend, mit dem Grafen Dönhoff-Friedrichstein an der Spitze — welche statutenmäßig nur 5 pCt. Dividende vertheilen darf, hat aus dem erzielten Ueberschuß bereits zwei eigene Prachtbauten in der Neuen Schönhauser- und der Chausseestraße errichtet.

Seit zwei Jahren nun hat aber die Gesellschaft, deren Zweck es ist, das Netz ihrer Wohlfahrtseinrichtungen über ganz Berlin auszudehnen, keine neuen Hallen errichtet.

Fragt man nach dem Grunde dieser Zurückhaltung, so erklärt sich dieselbe dadurch, daß ein Theil der in den Prachtbauten vorhandenen Räumlichkeiten unvermiethet ist und daher vor allen Dingen die 5 pCt. Zinsen an die Kapitalsdarleiher herauswirthschaftet werden sollen. Erwägt man, daß eine sichere Kapitalsanlage bei den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen auf 1. Hypothek nur 4—4¼ pCt. bringt, so macht die Gesellschaft ein sehr gutes Geschäft, hat aber dann keine Ursache, sich als ein „Wohlfahrtsinstitut" aufzuspielen.

Wie übrigens die Gesellschaft die vom Vorstande s. Zt. aufgestellte und in die Zeitungen lancirte Behauptung, man könne in ihren Hallen für 90 Pf. täglich fünf Mahlzeiten einnehmen, zu rechtfertigen vermag, ist ein Räthsel. Freilich kann mancher arme Teufel auch nicht einmal diese geringe Summe für Nahrung ausgeben; wie man aber bei dieser Ernährung Arbeit und zum Theil schwere Arbeit zu leisten vermag, ist ein Problem, an dessen Lösung sich vielleicht ein Mitglied der Gesellschaft persönlich heranwagt; gelingt ihm diese Lösung in befriedigender Weise, so würde er sich sicher den Dank vieler erwerben.

Die Radau-Antisemiten und die „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" wetteifern seit einiger Zeit mit einander um die Palme des Anstands. Während der Radau-Antisemit mit urgermanischer Tolpatschigkeit Jeden, der sich durch seine Nase verdächtig macht, entweder in poetischer Verklärung in den Rhein hinein werfen oder doch zum mindesten prosaisch das Fell versohlen möchte, wenn sein Gegner ihm nicht zufällig an Zahl und Kraft überlegen ist, sucht der „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens" den urgermanischen Bären in einer Weise eins zu versetzen, die weniger durch offenbare Plumpheit als durch Perfidie hervorsticht. Statt in dem brutalen urgermanischen Knüppel möchte der „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens" in dem Staat oder vielmehr in dem Staatsanwalt eine gute Wehr und Waffen erhaschen. Er verlegt sich aufs Denunziren. Eine solche Denunziation steht nach der „St. Ztg." folgendermaßen aus: In letzter Zeit haben von den antisemitischen Parteien so grobe Ausschreitungen gegen „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens" in Wort und Schrift stattgefunden, daß der genannte Verein nicht anders kann (!), als gegen diese umstürzlerischen, anarchistischen (!) Aufreizungen ganz energisch vorzugehen. In der Kronenstr. 12/13 hat nun ein gewisser Beyer ein Deutsches Wirthshaus errichtet, wo die Aufreizung systematisch betrieben wird. Der Kanzlist Kasimir hat eines Tages das Lokal betreten und wurde demselben ein Exemplar antisemitischer Lieder überreicht; in diesen Liedern ist die schärfste Klassenaufreizung zu finden.

Pfui Teufel! Reicht diese Leistung nicht beinahe an die landläufigen patriotischen Hochs hinan, mit denen Sozialdemokraten überfallen worden sind, um sie als „Sitzengebliebene" wegen Majestätsbeleidigung denunziren und verurtheilen zu lassen? Ist ein solcher Erfolg diesmal ausgeblieben und hat der Staatsanwalt, wie berichtet wird, dem sauberen Verlangen der Denunzianten nicht stattgegeben, so ist seine Einsicht zu loben, da es an unseren Gesetzen bekanntlich nicht liegt, wenn an dem antisemitischen Schlachtgesang: „Nehmt die ganze Judenbande, werft sie in den Rhein hinein", keine Aufreizung zum Klassenhaß gefunden worden ist.

Nachdem sich die jüdischen Denunzianten durch ihre schäbige Leistung in der öffentlichen Achtung so erfolgreich herabgesetzt haben, wird es nur zu erklärlich, daß bei dem antisemitischen Janhagel der Muth in der Brust erneute Spannkraft übt.

Wirklich, zwei Gegner, die einander würdig sind.

Militaria. Anläßlich der Artillerie-Schießübung am Sonnabend schreibt ein hiesiges Blatt, das im übrigen vor dem Militarismus platt auf dem Bauch liegt — folgendes:

„Nicht blos in letzter Zeit, sondern seit Jahren, seit wir die weittragenden Gewehre haben, sind namentlich aus Tempelhof Klagen darüber laut geworden, daß häufig aus den Schießständen der Infanterie in der Hasenhaide Gewehrkugeln in die Häuser eingeschlagen haben, zum Glück bis jetzt wenigstens ohne Schaden anzurichten. Die in Tempelhof an Scheunenthoren und Häusern verschiedentlich sichtbaren Kugelspuren geben aber zu Befürchtungen Anlaß. Wenn es freilich auch nur veritrte Geschosse sind, so können dieselben doch Menschen tödten, zum mindesten aber verletzen. Beschwerden, die beim Landrathsamt eingelaufen sind, haben thunlichst Berücksichtigung gefunden; ob damit endlich die Gefahr geschwunden, ist zweifelhaft. Das einzigste und sicherste Mittel ist die Aufhebung der Schießstände in der Hasenhaide und Verlegung derselben in ein Terrain, in welchem Leben und Sicherheit der Bewohner weniger gefährdet sind."

Unter heutigen Verhältnissen wäre es wohl eher in Frage zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, die südlich der Hasenhaide gelegenen Dörfer in ein Terrain zu verlegen, wo sie der übenden Artillerie nicht im Wege sind. Eine Konzession vom Militarismus zu gunsten des „Zivilstandes" zu fordern, ist zum mindestens illoyal.

Eine Kollekte zur Beseitigung der „Kirchennoth" soll der Superintendent a. D. Eilen von der Johanneskirche in Moabit unter seinen Konfirmanden angeregt haben, damit diese die noch fehlende, auch durch eine Hauskollekte im vorigen Jahre nicht herausgeschlagene Geldsumme zum Bau der Heilandskirche zusammenbringen helfen. Die Annahme der „Volkszeitung", daß derartige oder ähnliche Geldsammlungen wenigstens in den Schulen verboten seien, trifft leider nicht zu. Geldsammlungen sind auch in den Schulen gestattet, bedürfen jedoch der Genehmigung des Schulleiters. Zur Veranstaltung einer Kirchenbau-Kollekte würde aber wahrscheinlich jeder Schulleiter sein Ja und Amen sagen. Man darf sich daher darauf gefaßt machen, daß die überaus fruchtbare Idee des sammeleifrigen Superintendenten über kurz oder lang auch auf die Schulen ausgedehnt werden wird, falls nicht die Hauskollekten doch noch das Fehlende aufbringen oder — der Berliner Magistrat mit einigen Millionen den Retter in der Noth macht. Mit einer ähnlichen Kollekte hat man sich in Berlin in der That schon einmal an die Schule gewandt. Im Jahre 1879 ist zu den Kosten des Obelisken, der im Dezember 1878 aus Anlaß des Einzuges des Kaisers nach dem Nobiling'schen Attentat auf dem Potsdamer Platz errichtet worden war und später in echtem Material ausgeführt werden sollte,

offiziell unter Schülern gesammelt worden. Vielleicht versucht man es mit einer gleichen Sammelei zunächst einmal für die Kaiser Wilhelms-Gedächtnißkirche, die vor anderen noch nicht gebauten oder noch nicht fertig gewordenen Kirchen den Vorzug hat, neben religiösen Empfindungen zugleich auch patriotische in den jugendlichen Nickelspendern hervorrufen zu können. Im Nothfalle kann man sich ja auch an das Militär wenden. Auch so etwas ist schon einmal dagewesen. Im Frühjahr 1889 wurde hier auf den Kontrollversammlungen offiziell zu den Kosten eines Denkmals für Kaiser Wilhelm (oder war's für Kaiser Friedrich?) gesammelt. Ein Gefreiter schritt, von einem Feldwebel begleitet und unter den Augen der Offiziere, die Front ab und sammelte die Beiträge in einem offenen Kästchen ein. Schreiber dieser Zeilen hat hierzu als Ersatzreservist seinen Beitrag geleistet, wie man ihm auch als Schüler seine Beisteuer zu dem famosen, bekanntlich nie zur Ausführung gekommenen Obelisken abgenommen hat. Aus beiden Kollekten hat er den Eindruck gewonnen, daß es sich nirgends so angenehm und ergiebig kollektirt als bei Leuten, die sich nicht auszuschließen wagen. Darum sollte man es wirklich einmal versuchen, Schule und Militär gegen die „Kirchennoth" mobil zu machen. Die Sache hat alle Aussicht auf Erfolg.

Zwischen Berlin und Düsseldorf ist jetzt direkte telephonische Verbindung hergestellt. Die Leitung, welche über Köln geht, soll gut funktioniren.

Postkasernen. Wie ein hiesiges Blatt mittheilt, wird beim Neubau des Postzeitungsamts Dessauerstr. 4 und 5 eine „anerkennenswerthe" Einrichtung getroffen. Die Ober-Postdirektion läßt danach nämlich für ihre Mittel- und Unterbeamten in diesem Hause eine Anzahl Wohnungen einrichten. Wir müssen dem betreffenden Blatt die Gewähr für die seltsam klingende Mittheilung überlassen, daß die Miethspreise für diese Wohnungen erheblich billiger als in Privathäusern sein sollen — es wird gemeldet, daß eine Parterrewohnung mit zwei Zimmern, Küche und Nebengelassen nur 240 M. per Jahr koste. Das eine aber steht wohl fest, daß es den im Posthause wohnenden Beamten auch während ihrer freien Stunden nicht an der beliebten Kontrolle fehlen wird, die sich bei denen, die in Privathäusern ihr Heim haben, bisher leider nur auf etwas unbequemen Umwegen ermöglichen ließ. Vielleicht gelingt es der Postverwaltung, durch eine Wohnungsreform ihre Beamten vom Zivil abzuschließen und sie dadurch vor der Beeinflussung durch die Sozialdemokratie gnädiglich zu bewahren. Auf den Versuch kommt es an!

Wer hätte vom Eisenbahnminister anderes erwartet? Die Mehrzahl der Berliner Weißbierbrauer wandte sich vor Jahresfrist mit der Bitte an den Eisenbahnminister, auf den Staatsbahnen dem Weißbier in Flaschen die Vergünstigung der Beförderung mit Eil- und Personenzügen zu einfachen Frachtsätzen zu gewähren. Trotzdem diese Bitte durch ein Gutachten des hiesigen Aeltestenkollegiums der Kaufmannschaft unterstützt wurde, ist dieselbe abschlägig beschieden worden.

Die Sammelliste Nr. 6 zur Gemeinderathswahl in Friedrichsfelde ist, wie uns der dortige Vertrauensmann, Paul Kette, Bahnhofstr. 1, mittheilt, verloren gegangen. Man wolle sie an die vorstehende Adresse abgeben.

Die Diphtheritis, welche in Velten die Schließung sämmtlicher Schulen veranlaßt hat, ist jetzt auch in Hermsdorf an der Nordbahn aufgetreten. In zwei Familien hat die heimtückische Krankheit sämmtliche Kinder dahingerafft. Dabei hatten die Eltern auf ärztlichen Rath die Vorsicht geübt, nach Erkrankung des ersten Kindes die übrigen, noch gesunden, sofort abzusondern und in eine Berliner Klinik zu bringen.

Die Influenza verschwindet immer noch nicht aus den Tabellen des Statistischen Amts. In der Woche vom 4. bis 10. Februar sind 7 und in der folgenden Woche sogar noch 11 Todesfälle an dieser tückischen Krankheit in Berlin vorgekommen.

Alles, was zur besten „Gesellschaft" zählt, dürfte arg verschnupft sein durch einen Erlaß, in dem das Betriebsamt der Stadt- und Ringbahn sich gegen gewisse Gepflogenheiten wendet, die vielfach von Angehörigen der „feinen" Welt auf der Eisenbahnfahrt geübt werden. Der Erlaß lautet:

„Nach den gemachten Wahrnehmungen scheint sich die Sitte einzubürgern, daß die Wagenabtheile der Personenzüge, namentlich diejenigen der zweiten Klasse, auf der Ringbahn zur Vornahme unzüchtiger Handlungen benutzt werden. Es liegt auf der Hand, daß derartigen, ein öffentliches Aergerniß erregenden Handlungen mit aller Strenge entgegenzutreten ist. Die Stations- und Zugbegleitungsbeamten sind daher mit Anweisung zu versehen, hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und vorkommende Fälle zur Anzeige zu bringen. Bei der protokollarischen Vernehmung der betreffenden Beamten ist anzugeben, ob durch die Handlung ein Aergerniß gegeben, d. h. das Sittlichkeitsgefühl des die That Wahrnehmneden verletzt wurde, damit gegen die Betreffenden auf grund des § 183 des Reichs-Strafgesetzbuches vorgegangen werden kann."

Wem drängt sich hierbei nicht der Unterschied der bemerkenswerthen Anläße auf, aus denen die Eisenbahndirektion mit den verschiedenen Klassen ihres Publikums in Konflikt gerathen ist. Die Arbeiter, die Passagiere der dritten Wagenklasse, wurden im letzten Herbst verfolgt, weil sie wegen des Schließens der Koupethüren über die Schnur gehauen haben sollten, also wegen Handlungen, durch die sie dem Gefühl der Solidarität mit ihren Klassengenossen von der Bahn Ausdruck geben wollten.

Dem besseren Publikum muß dagegen wegen der überhandnehmenden Unzuchtsvergehen, die bekanntlich zu 99 Hundertstel in der für dasselbe reservirten zweiten Wagenklasse begangen werden, mit dem Strafgesetz gedroht werden.

Dieser Unterschied spricht Bände über die Entwickelung der beiden für die verschiedenen Wagenklassen prädestirten Gesellschaftsklassen. Die eine, wegen Verletzung des Unzuchtsparagraphen unter bahnpolizeiliche Obhut genommen, stützt bekanntlich nach landläufiger Doktrin die Ordnung und Sitte von heute, und die andere, die wegen unbeliebter Bethätigung ihres Solidaritätsgefühls verfolgt ist, untergräbt in ihrer Mehrzahl diese Ordnung und Sitte.

Wer will noch daran zweifeln, daß die „Stützen der Gesellschaft" ihrer Ordnung und Sitte würdig sind?

Das Wegwerfen von Apfelsinenschalen auf der Straße hat einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. Der 45 Jahre alte Kutscher Johann Ruhnau aus der Stralsunderstr. 50 ging am Sonntag Abend um 10 Uhr an dem Hause Neue Hochstr. 39 vorbei, trat auf ein Stück Apfelsinenschale und stürzte zu Boden. Er zog sich einen so komplizirten Bruch des rechten Beines zu, daß er nach einem Krankenhause gebracht werden mußte.

Die Leichen der Frau Klahm und ihrer kleinen Tochter Frida sind auch bis heute nicht aufzufinden gewesen. Es scheint demnach, daß die Mutter mit ihrem Kind in das Wasser gegangen ist, das die Leichen oft erst lange Zeit darauf zurückgiebt.

Bei einem Feuer um das Leben gekommen ist am Montag früh der am 21. April 1818 geborene Kutscher Karl Hoffmann. Seit vielen Jahren war er in der Essigfabrik von Karl Kühne in der Neuen Grünstr. 2, als Wächter beschäftigt, wurde aber in der letzten Zeit als invalide von der Firma „versorgt". Seine Schlafstelle befand sich im ersten Stock des Quergebäudes, wo er als Wittwer allein wohnte. Seine erwachsenen Kinder befinden sich nicht bei ihm. Als der Greis am vorgestrigen Abend sein Bett aufsuchen wollte, muß er unvorsichtig mit einer Lampe umgegangen sein und dadurch die Holzfäßne, die zur Herstellung von Essig benutzt werden und in den Fabrikräumen vor der Schlafkammer lagerten, in Brand gesteckt haben. Kurz nach 5 Uhr früh bemerkten Hausbewohner, daß dicker Qualm aus der Fabrik drang. Die Feuerwehr wurde alarmirt und gab aus drei Rohren Wasser. Als gegen 6 Uhr der Zugang zu den Räumen ermöglicht war, fand man den Alten in seinem Bette bewußtlos auf. Sowohl die Samariter der Feuerwehr, als auch zwei hinzugezogene Aerzte stellten Wiederbelebungsversuche an, hatten aber keinen Erfolg; da trotzdem die Möglichkeit vorhanden war, daß Hoffmann noch lebte, so wurde er mittels Kopp'schen Krankenwagens nach der Charitee gebracht. Hier ergab sich, daß der Tod bereits eingetreten war und die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Ein Ringuepper ist am Sonnabend Vormittag in der Jägerstraße verhaftet worden. Er hatte gerade einen Hausdiener um 6 Mark betrogen, als er von einem Schutzmann festgenommen wurde. In den Taschen des Gauners, der als der stellungslose Hausdiener Josef Zunofski festgestellt wurde, fanden sich noch zwei solcher Ringe, deren wirklicher Werth höchstens 10 Pf. pro Stück beträgt.

Die Leiche eines unbekannten zwanzigjährigen Mädchens ist am Sonntag Morgen 6¼ Uhr an der Mehlbrücke gelandet worden.

Vom Unglück verfolgt scheint die Familie des in der Dresdenerstraße wohnhaften Arbeiters Brügge. Die Familienglieder begaben sich vorgestern nach dem Kirchhofe am Rollkrug, um das noch frische Grab der Mutter zu besuchen. Sie befanden sich auf dem Rückwege, als der Vater über Unwohlsein klagte und kaum in der Wohnung angelangt, verschied. Um das Unglück voll zu machen, kam der 12jährige Sohn des Verstorbenen auf der Straße so unglücklich zu Fall, daß er sich einen doppelten Bruch des Beines zuzog.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Nachmittags fiel ein Hausdiener in der Fruchtstraße von dem von ihm geführten Arbeitswagen herab und so unglücklich vor die Räder desselben, daß er an der linken Hand überfahren wurde. — Auf der Kreuzung der Schönhauser Allee und der Lothringerstraße wurde ein Fabrikant durch einen übermäßig schnell fahrenden, von einem Schlächtermeister geführten Wagen umgestoßen und anscheinend innerlich verletzt. — Unter einem Stadtbahnbogen an der Klopstockstraße wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. — Abends sprang in der Nähe der Grünauerstraße eine Frau in den Landwehrkanal, wurde aber von einem Schiffer alsbald wieder herausgezogen. — In der Nacht zum 25. d. M. wurde ein Kutscher in der Gneisenaustraße von einem Klempner überfallen und mit einer Weißbierkrule niedergeschlagen. Er erlitt eine schwere Verletzung des linken Auges und mehrere Wunden an der Stirn und Schläfe. Der Thäter, der sich anfangs geflüchtet hatte, wurde bald darauf festgenommen. — Am 24. d. M. brannten auf dem Grundstück Stralauerstr. 16 der Dachstuhl und Bodenverschläge. — Am 25. d. M. Morgens wurde im Spreekanal, bei der Mehlbrücke, die Leiche einer etwa 20jährigen Frau angeschwemmt. — An der Ecke der Friedrich- und Leipzigerstraße wurde Abends eine 62 Jahre alte Frau durch eine Droschke überfahren und anscheinend innerlich bedeutend verletzt. — Am 26. d. Morgens brach in der Essigfabrik von Kühne, Neue Grünstr. 2, Feuer aus, das das Gebäude theilweise zerstörte. Infolge des starken Qualmes erstickte ein in einem Bodenverschlage schlafender Kutscher. — Außerdem fanden am 24. und 25. d. M. sechs kleine Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Unser Parteigenosse Gustav Kessler hatte sich gestern in seiner Eigenschaft als Redakteur des „Volksblatt für Teltow-Beeskow" vor der 136. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten. Im November vorigen Jahres enthielt das „Volksblatt" eine aus Oderberg stammende Notiz, worin mitgetheilt wurde, daß dem dortigen Bürgermeister und Amtsanwalt Dieck ein tragikomisches Abenteuer begegnet sei. Derselbe habe mit anderen Wahlmännern nach Prenzlau reisen müssen, um seiner Wahlpflicht zu genügen. Nach Beendigung der Wahl hätten sich die Herren, froh ob des in Aussicht stehenden Sieges ihrer Partei, auf dem Bahnhofe zu Prenzlau gestärkt. Als sie dann auf der Rückfahrt begriffen gewesen, sei dem Bürgermeister, wohl infolge der zu reichlich genossenen Getränke, unwohl geworden. Er habe sich zum Fenster hinausgebeugt und dabei, um sich zu halten, die Nothleine erfaßt, wodurch der Lokomotivführer genöthigt worden sei, das Signal zum Bremsen zu geben. Wegen dieser Uebertretung sei der Bürgermeister mit einem Strafmandat in Höhe von 30 Mark bedacht worden. — Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Inhalt des Artikels zum Theil unrichtig war. Der Zeuge Dieck hatte auf dem Bahnhofe zu Prenzlau nur 10 Minuten auf den Abgang des Zuges warten müssen. Er war mit mehreren Herren in einen Wagen neuester Bauart gestiegen, hatte frischen Luftwechsel herbeiführen wollen und dabei aus Versehen an die Kurbel gedreht, welche das Zeichen zur Anwendung der Nothbremse giebt. Ein Schaffner war erschienen, der Zeuge hatte den Irrthum aufgeklärt und seinen Namen und Stand mit dem Bemerken angegeben, daß er bereit sei, etwaige Folgen seines Irrthums auf sich zu nehmen. Die Bremse sei aber nicht angezogen worden und ebenso wenig habe er ein Strafmandat erhalten. Der Angeklagte bedauerte, daß er das Opfer eines unzuverlässigen Berichterstatters geworden sei und führte aus, daß in dem fraglichen Artikel wohl eine Hänselei, aber keine Beleidigung zu finden sei.

Der Staatsanwalt hielt die Beleidigung dagegen für eine so schwere, daß er gegen den Angeklagten drei Monate Gefängniß in Antrag brachte. Der Gerichtshof hielt eine Geldstrafe von 50 M. für eine ausreichende Sühne.

Der Siegener Bankkrach vor Gericht. Ein Wolff'sches Telegramm meldet aus Siegen vom 26. Februar: Der Prozeß wegen Zusammenbruchs des Siegener Bankvereins nahm heute Vormittag unter großem Andrang des Publikums seinen Anfang. Angeklagt sind: Bankdirektor Brüggemann, Bankkassirer Kötzsch, das Mitglied des Aufsichtsraths Schröder und der Kaufmann Franz wegen Unterschlagung, Betruges, Bilanzfälschung und unerlaubten Betreibens von Differenzgeschäften mit Bankgeldern bezw. Beihilfe zu den Vergehen. Durch die Machinationen kam das Bankunternehmen, nachdem es um ca. 2 Millionen geschädigt worden, in Konkurs. Die Verhandlung wird vom Amtsgerichtsrath Kobbe geleitet. Die Anklage vertritt der erste Staatsanwalt Spengler aus Arnsberg. Der Prozeß dürfte drei Tage in Anspruch nehmen.

Für Annonceufehler, die infolge unleserlich oder undeutlich geschriebenen Manuskriptes entstanden sind, können Ersatzansprüche nicht erhoben werden. So hat das Reichsgericht jüngst entschieden und zwar mit der Begründung, daß Anzeigen, die man einer Zeitung zusendet, deutlich geschrieben sein müssen.

Ein arges Sittenbild mußte sich am Sonnabend vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I in einer Verhandlung entrollt haben, welche bei verschlossenen Thüren gegen den Schlächtermeister Emil Schneider stattfand. Wie aus der Urtheilsverkündigung hervorging, hatte der Angeklagte in verbrecherischen Beziehungen zu seiner minderjährigen Tochter gestanden. Der Staatsanwalt hatte 2½ Jahre Zuchthaus beantragt, das Urtheil lautete aber auf 4 Jahre Zuchthaus.

Ein Berliner Zuhälter, der Schiffer Martin Girschewsky, wurde gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Derselbe hatte als Beschützer einer Frau Krause geb. Herzog fungirt, war aber vom Landgericht I freigesprochen worden. Das Reichsgericht hatte auf die von der Staatsanwaltschaft beantragte Revision das Urtheil aufgehoben und die Sache an das Landgericht II verwiesen.

Versammlungen.

Die Agitations-Kommission der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Berlins und Umgegend hatte am 25. d. M. drei öffentliche Versammlungen einberufen, und zwar für Berlin, Rixdorf und Charlottenburg. Die Versammlung für Berlin fand im Norden (Wedding-Park) statt. Hierselbst sprach Reichstags-Abgeordneter Kühn-Langenbielau. Derselbe hatte sich die Aufgabe gestellt, klarzulegen, welchen Werth die Arbeit thatsächlich hat und welcher derselben bezw. den Arbeitern in der heutigen Gesellschaftsordnung zugemessen wird. Die Darlegungen des Referenten wurden mit großem Beifalle entgegengenommen. Nach einer längeren Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten, den Ausführungen des Referenten entsprechend, verpflichteten, für Aufklärung unter den Arbeitermassen zu sorgen und zur Erreichung des großen Endzieles der Arbeiterbewegung zuvörderst für eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende gewerkschaftliche Organisation zu sorgen, um demzufolge dem Vereine der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins und Umgegend immer neue Mitglieder zuzuführen. Demnächst soll wiederum eine Versammlung einberufen werden mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter der chemischen Industrie und der städtischen Gasanstalten.

In der Versammlung in Charlottenburg sprach der Abg. Schultze über den Nothstand und die Bestrebungen der Arbeiterklasse. Redner erntete für seine treffenden Ausführungen lebhaften Beifall. Die Schilderungen, welche die Diskussionsredner von Zuständen in der chemischen Fabrik von Schering gaben, lassen vermuthen, daß die Herrschaft der Werkführer und Aufseher getreu nach Stumm'schen Rezept ausgeübt wird. Es waren Familienväter anwesend, welche vor acht Jahren mit 15 M. Wochenlohn eingetreten und jetzt schon in ihrem Lohn auf — 19 M. „gestiegen" sind, und das bei höchst schmutziger und gesundheitsschädlicher Arbeit. Sehr geklagt wurde auch über die Entlohnung in der Gebauer'schen Fabrik. Die Genossen Läpple, Baake und Frau Müller ermunterten die Anwesenden zum Beitritt in die Organisation und erzielten auch insoweit einen Erfolg, als sich mehrere der Versammlungstheilnehmer sofort in den Hilfsarbeiterverein aufnehmen ließen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen; zu der nächsten Versammlung sollen die weiblichen Arbeiter besonders eingeladen werden.

Die Versammlung in Rixdorf konnte leider des schwachen Besuches wegen nicht tagen.

Rixdorf. Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter und -Arbeiterinnen tagte hier am 25. d. Mts. In derselben referirte Kollege Boesch über die wirthschaftliche Lage. Dem interessanten Vortrag schloß sich eine längere Diskussion an und gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der die Versammlung sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und zum Anschluß an den deutschen Metallarbeiter-Verband auffordert. Als Delegirter zum Rixdorfer Gewerkschafts-Kartell wurde Ambrosi und zu dessen Stellvertreter Pook gewählt.

Friedrichshagen. „Die bevorstehende Gemeindewahl" bildete das Thema zu einem Vortrage, den Stadtverordneter Theodor Metzner-Berlin in der am Sonnabend, den 24. d. M. abgehaltenen öffentlichen Gemeindewähler-Versammlung hierselbst hielt. Redner erläuterte in seinem Vortrage die für die Arbeiter in Betracht kommenden Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung und charakterisirte dann verschiedene am Orte vorhandene Mißstände, so namentlich die schlechte Beschaffenheit der Straßen, die jämmerliche Beleuchtung derselben, sowie die völlig unzureichende Besoldung der Schullehrer. Der Referent vertrat in sehr entschiedener Weise den Standpunkt, daß die Arbeiter überall ohne Kompromiß mit einer anderen Partei da, wo ein Erfolg zu erzielen ist, für die Wahl eintreten müssen. Mit der Aufforderung an alle Anwesenden, sich bei der im nächsten Monat stattfindenden Wahl der Gemeindevertreter recht rege zu betheiligen, damit auch die Friedrichshagener Arbeiter Männer in die Vertretung bekommen, die die Interessen der ärmeren Bevölkerung wahrnehmen, schloß Genosse Metzner seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion, an der sich auch einige der anwesenden Gegner betheiligten, sprachen die Genossen Heyfelder, Wartmann, Köhler, Markow, Sonnenburg u. a. Nach dem Schlußwort des Genossen Metzner wurde eine Resolution, in der sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Genossen Metzner einverstanden erklären und sich verpflichten, bei der bevorstehenden Wahl von Gemeindevertretern an stelle der beiden ausscheidenden Vertreter der 3. Abtheilung mit allen Kräften dahin zu wirken, daß auch in Zukunft sich Vertreter in der Gemeindevertretung befinden, die für die Interessen der Arbeiterschaft sorgen, einstimmig angenommen. Hierauf folgte die Aufstellung von Kandidaten und fiel die Wahl auf die Genossen Sonnenburg und Wartmann. In das Wahlkomitee wurden gewählt die Genossen Paatz, Zillmann, Wartmann, Karossak, Rose. Genosse Sonnenburg gab noch bekannt, daß der Tag der Wahl mindestens acht Tage vorher bekannt gemacht und in zwei Bezirken gewählt werden wird. An der nun beginnenden Agitation müssen sich alle Genossen so viel als möglich betheiligen, damit es uns gelingt, unsere Kandidaten in die Gemeindevertretung zu bekommen. Jedenfalls findet vor der Wahl noch eine Versammlung statt, zu der in gewohnter Weise eingeladen werden wird.

Literarisches.

Oesterreich im Jahre 2020. Sozialpolitischer Roman. Von Dr. Josef von Neupauer. Dresden. C. Pierson. 4 Mark.

Vor einigen Tagen trat in einer Wählerversammlung des ersten Wiener Bezirkes ein Mann auf und sprach ungefähr Folgendes: Meine Herren! Ich bin Kollektivist, aber ich werde mich der „Vereinigten Linken" anschließen, wenn Sie die Güte haben, mich an Stelle des verstorbenen Herrn Dr. Jaques in den Reichstag zu senden. Ich bin selbstverständlich für das allgemeine Wahlrecht, aber es wird am besten sein, wenn wir eine Arbeiter-Kurie einrichten und ihr 80—100 Reichstags-Mandate zuweisen. Ich bin Kollektivist, wie ich Ihnen schon gesagt habe, aber das Handwerk und die Mittelstände müssen geschützt werden. Ich könnte Ihnen noch einen ganzen Sack von Forderungen auskramen, aber ich bescheide mich: es werden noch viele Reichstagssessionen kommen, es bleibt uns genügend Zeit zu allerlei Reformen, denn was nicht heute geschieht, geschieht morgen. — Der Mann, der so sprach, war ein Rechts-Anwalt und nannte sich Dr. Josef v. Neupauer. Im letzten Winter hat er ein Buch erscheinen lassen, und was er in der Wiener Versammlung nur angedeutet, das hat er in diesem seinem Werke in ein ganzes System gebracht. Im Jahre 2020 kommt der aus Bellamy's „Rückblick" bekannte Dr. Julian West auf eine Einladung hin nach Oesterreich; und was er hier gesehen und gehört, das bildet den Inhalt des vorliegenden 344 Seiten starken Bandes. Alle europäischen Staaten sind — mit Ausnahme Englands — in einen Bund zusammengefaßt. Die Vormacht für das Landheer bildet Rußland, die Seewehr kommandirt der österreichische Kaiser. Ja, dieses Land hat noch einen Kaiser, der alle Beamten auswählt und ernennt, und einen Adel, der nichts weiter zu thun hat, als zu repräsentiren. Im übrigen ist Oesterreich ein sozialistisches Gemeinwesen, wie der Verfasser sagt. „Der Staat ist Eigenthümer der Materie durch alle Stadien der Produktion und betrachtet die Arbeiter, wie sie ehemals der Unternehmer betrachtet hat." Nur ein Unterschied

gegen früher ist: der Staat ist nur die Gesammtheit der Arbeiter, der Arbeiter herrscht als stimmberechtigter Bürger im Staate, das ganze Produkt muß unter die Arbeiter vertheilt werden nach Grundsätzen, die die Gesammtheit der Arbeiter gutheißt. Ein Prozent des Gesammtprodukts ist für Krone und Adel ausgeworfen, mit 3 bis 4 pCt. werden Beamte, Lehrer und Aerzte erhalten, 5 pCt. werden dazu verwandt, um Künste und Wissenschaften zu fördern, Erfinder zu belohnen und eine Abstufung in der Entlohnung unter den Arbeitern nach Fleiß, Geschicklichkeit und Opferwilligkeit zu begründen, und endlich, um das Kapital zu erhalten und zu vermehren. Der Arbeiter erhält nur das zugewiesen, was er verbrauchen muß. Vom 6.—18. Jahre geht er in die Schule, die volle Arbeitsleistung beginnt für ihn mit dem 19. und endet mit dem vollendeten 65. Lebensjahre. Die Staatsbeamten für die Gemeinden haben die eigentliche Exekutive und das Disziplinarstrafrecht. Die Disziplinarstrafen bestehen in Entziehung von solchen Genüssen, welche nicht zum nothwendigen Unterhalt gehören, Herabsetzung des Ranges, Verweigerung des Urlaubs, Verlängerung der Arbeitszeit; die Strafen wegen Vergehen und Verbrechen: in der Versetzung in Strafgemeinden, Entziehung des Stimmrechtes, „und wird bei den allerschwersten Verbrechen die Todesstrafe verhängt". Die Frauen bilden eine eigene Kurie und pflegen eine „Geheimwissenschaft". Ohne Bewilligung des Staates darf niemand heirathen u. s. w. u. s. w.

Herr von Neupauer ist ein Genie. Er hat uns in seinem Buche zwar keinen guten Roman geschenkt, dafür aber etwas anderes, eine funkelnagelneue Sorte von Sozialismus: den Bureau-Sozialismus. Das Vergnügen des Lesers würde ein vollständiges sein, wenn das Ding nur in einem etwas besseren Deutsch geschrieben wäre. Das ist überhaupt kein Deutsch mehr.

Briefkasten der Redaktion.

Pappel-Allee 74. Als größter Saal gilt der Sagebiel'sche in Hamburg, welcher etwa 12 000 Personen faßt; der zweitgrößte ist unseres Wissens im Gürzenich zu Köln.

Neu-Ruppin. Ihre Anfrage ist zu spät gekommen. Zu empfehlen ist nur die, Versammlung nicht abzuhalten.

Bäcker Berlins!

Heute, Dienstag, den 27. d. Mts., Nachmittags 3½ Uhr, im großen Saale der **Brauerei Friedrichshain,** am Königsthor:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. **Berichterstattung über die Verhandlungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik.** Berichterstatter: Kollege **Most.** 2. Verschiedenes. — Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 2028b **Der Einberufer.**

Gesangverein Männer-Chor St. Urban.

Sonnabend, den 3. März 1894:

Grosser Wiener Masken-Ball

in den Sälen des **Etablissement Sanssouci,** Kottbuserstr. 4a.
Anfang 8½ Uhr. Um 12 Uhr: Demaskirung.
Um 1 Uhr: **Grosser humoristischer Aufzug** sowie **Aufführung.**
Allen Anwesenden einen gemüthlichen Abend versprechend, ladet zu regem Besuch ein 447/12 **Der Vorstand.**

Buchhandlung des „Vorwärts"

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Neu erschienen:

Internationales aus dem „Volksstaat"

Von **Friedrich Engels.**

72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Wiederverkäufer Rabatt.

Die Broschüre enthält u. A. die längst vergriffene Schrift: **„Die Bakunisten an der Arbeit"** und das **„Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge"**, deren Neudruck gerade in der heutigen Zeit den Genossen um so willkommener sein muß, weil hier an der Hand der historischen Ereignisse eine vernichtende Kritik des arbeiterschädlichen Treibens der Anarchisten und ihrer bombastischen Deklamationen geliefert ist.

Sammlung illustrirter sozialistischer Jugendschriften.

Soeben erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen: Die dritte Schrift:

Haß und Liebe.

Der reiferen Jugend erzählt von **Theobald Werra.**
36 Seiten mit farbigen Bildern und zahlreichen Holzschnitten.
Preis **20** Pfennige.

Früher erschienen:
Hans Röder's Abenteuer. Preis 10 Pf.
Treu bis in den Tod. „ 10 „

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Die außergewöhnliche Nachfrage nach diesen Jugendschriften, die eine so rasche Aufeinanderfolge nöthig macht, spricht am besten für ihre Gediegenheit. Es sind die spannendsten und belehrendsten Erzählungen, die der Jugend des Proletariats geboten werden. 5664L*

Ernst Wiest, Leipzig, Verlags-Buchhandlung.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. **Muster**-**Kinderwagen,** bücher gratis. **Theilzahlung** gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** ha be. **F. Metzner.**

Berliner Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg. **55. Bock-Saison.** Tempelhofer Berg.
2065b Täglich:
Grosses Militär-Konzert.

Zu Sommerfesten

empfehle **Vereinen und Gesellschaften** den prachtvollen, schattigen Garten der „Bock-Brauerei" mit **Theaterbühne** und **Tanzsälen** ab 1. April ds. Js. 5591Q*

unentgeltlich.

Umgehende Bestellungen erwünscht
A. Tiedemann, Oekonom der Bockbrauerei Tempelhofer Berg.

Presskohlen

beste **Senftenberger Marie,** 5 Mark frei Keller mit Fuhrlohn und Packen. Probekohlen gratis frei Haus.

628M **Frischeisen & Co.,** Wienerstr. 18.

ITALIEN in BERLIN.

Grosse volkswissenschaftliche Ausstellung

auf dem Terrain der West-Eisbahn, Station Zoologischer Garten.

Eröffnung 1. Mai 1894. Schluss 30. September cr.

Meldungen auf Pachtungen von **Restaurants, Cafés, Conditoreien** und **Verkaufsständen** werden im Bureau: **Georgen-Strasse, Central-Hôtel,** entgegengenommen. Situationspläne liegen dort aus.
653M **Die Direction.**

Im Verlage von **Wörlein & Comp., Nürnberg,** erscheint Anfang März:

Volks-Lexikon.

Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von
Emanuel Wurm.

60 Hefte à 3 Bogen in 14tägigen Lieferungen à 20 ₰.

Den großen Volkskreisen, welche nicht höhere Schulen besucht haben und daher allgemeinverständliche Erklärungen beanspruchen müssen, bietet das **Volks-Lexikon** ein sorgfältig zusammengestelltes Nachschlagewerk für alle Gebiete des Wissens und berücksichtigt besonders **Arbeiterrecht,** (Gewerbeordnung, Gewerbegerichte, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Gesindeordnungen) Handelswissenschaft, (Buchführung, Wechselrecht, Handelsgesetze) Gesundheitspflege (Naturheilkunde) und

Sozial-Politik,

ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständlich geschriebenes **Staatslexikon** geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Wörterbuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen **60000 Stichworte** umfassende **Generalregister** so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagebuch für die vielen Tausende von Einzelfragen bildet, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Lehrbuch ist, das den Lehrstoff nicht alphabetisch zerpflückt, sondern in zusammenhängender klarer Uebersicht bietet.

!! Probehefte erscheinen am 1. März !!

Zu beziehen durch die
Buchhandlung des „Vorwärts"
Beuthstr. 2, Berlin SW.

Empfehle mein Geschäft in **frischen Blumen und Kränzen.** 5441 L*
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Wichtig für jede Dame!

Elegante Regenmäntel 7—10 M., Modell-Regenmäntel, hochelegant, 10 bis 18 M., Backfisch-Jaquets 2,50 M., elegante Neuheiten in Jaquets und Umhängen 10—16 M. Ladenpreis das Doppelte. 5682Q*
Mäntel-Bazar
Leipzigerstr. 91, 1 Treppe.

---

5 ¾ Pfund Brot für 30 Pfennig **Albrecht's Bäckerei,** liefert **Wrangel-Strasse 8** Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

5058Q*
Bestes Nähgarn!

---

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **37**
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 **Admiral-Straße** **37**

Damen-Mäntel

Jaquets, Capes ꝛc. der neuesten Mode werden von heute ab zu billigsten Engrospreisen einzeln verkauft in der **Fabrik, Unterwasserstr. 9 pt.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein **Porzellan-Glas- u. Seifengeschäft** eröffnet habe u. bitte um regen Zuspruch.
Auguste Schneider, Georgenkirchstraße 17.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Kleiderspind. nußb., neu, sof. spottbillig Oranienstr. 153, 3 Tr. rechts. 649M*

Sophastoff-Reste

in Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Plüsch und Moquett, ferner:
Teppiche, Portièren, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe,
spottbillig i. **Konkursmassen-Ausverk.**
J. Adler Söhne
Spandauerstr. 30, 2032b
gegenüber dem Rathhause.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Sehr hohe Preise

zahle ich für **Briefmarken** aus alten Briefschaften und für ganze Sammlungen. **Tausch erwünscht.** Große Auswahl in Briefmarken-Albums.
Julius Kaim, Cigarren-Import, SW., Friedrichstr. 236. VI. 2295.

W. Potsdamerstr. 20, Hof part. VI. 4024.
Kein Laden.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Blücherstraße 69, Berlin SW. 5547Q*
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Rechtsbureau des Königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b

---

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Saal für 120 Personen frei, Alte Jakobstr. 83. 2001b

Pfandleihe, Invalidenstr. 15, I.

Polsterwaaren und Möbel,

solide Arbeit, in eigener Werkstatt gefertigt. 5625Q*
A. Mann, Tapezier und Dekorateur, **Prinzenstr. 74** (n. d. Moritzplatz).

1000 Damen-

Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. s. w. **Landsbergerstr. 48, I, zum Ausverkauf.**

Aug. Krause,

Wienerstr. 13. 5618Q*
Blumen-Geschäft und Kranzbinderei.
Vereinskränze mit Widmung
in bester Ausführung
zu billigsten Preisen.

Masken-

und Theater-Garderobe
billigst empfiehlt 5573Q*
Werbelow,
Große Hamburgerstraße 34, I.

Musikinstrumente.

Alle Blas-, Streich- u. Schlaginstrumente, **Spieldosen,** z. Drehen u. selbstspielend,
Musik-Automaten
fertigt **Aug. Kessler,** 51. Lausitzerstr. 51.

---

38 **38**

Admirals-Garten.

Vereinszimmer von 20 bis 50 Personen, sowie **Säle** für Hochzeiten u. Versammlungen empf.
Schönherr, Koch,
1993b Admiralstr. 38.

38 **38**

B. Nieft's Säle

Weber-Strasse 17.

März noch Sonnabend den 17. und Sonntag den 18. frei. Vereinszimmer sind noch täglich zu vergeben.

Louisenstädt. Klubhaus,

Annenstraße 16.

Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt 5183Q* **L. Ehrenberg.**

Ein Winterpaletot verloren Strelitzer- oder Bernauerstraße. Gegen Belohnung abzugeben Ackerstraße 89 im Zigarrenladen. 2026b

---

Drei hübsche Damenmasken verleiht billig **Rieschick,** Pücklerstraße 49, vorn 4 Tr. r. 2027b

---

Maskenkostüme verleiht 2021b
Klaar, Oranienstr. 18 (Heinrichsplatz).

Kanarienhähne 6,00, Weibchen 1,25, Heckbauer 2,50. **Schnelle, Skalitzerstr. 132.**

Heckbauer und Drahtgitter jeder Art, Nester ꝛc. empfiehlt zum Kostenpreise 2033b] **R. Herda,** Wallstr. 23.

Swinemünderstr. 45/46
billige, freundl. **Wohnungen,** Stube u. Küche von 162 Mark an. Näheres beim Verwalter 45. 1874b

---

Schlafstelle zu vermiethen Mantenffelstraße 90, 1 Tr. r. 2035b

---

Schlafst. (mit Benutzung einer groß. sozialist. Bibliothek) ist zu verm. bei **Bosse,** Landsbergerstr. 90, H. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Goldleisten.

Wirklich tüchtige **Farbigmacher** finden dauernde Beschäftigung **Köpenickerstraße 109a.** 2024b

---

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 48. Dienstag, den 27. Februar 1894. 11. Jahrg.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer V. Vorsitzender: Assessor Dr. Herzfeld. Sitzung vom 22. Februar.

Der Techniker (Zeichner) N. klagt gegen Herrn Brandt, Inhaber eines Patentbureaus, auf Zahlung einer Entschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Kläger war gegen Mitte Oktober 1892 entlassen worden und hatte bald darauf beim Amtsgericht eine Entschädigungsklage eingereicht, die er mit Erfolg durchführte. Die geforderte Vollbezahlung des Monats Oktober — er hatte ein monatliches Gehalt von 150 M. — wurde ihm zugebilligt. Die Einwände des Beklagten, nach denen Kläger im Dienste untreu gewesen und sein Vertrauen mißbraucht haben sollte, was einen Grund zur sofortigen Entlassung abgegeben hätte, wurden zum Theil als nicht stichhaltig, zum Theil als unbewiesen vom Gericht erachtet. Kläger beantragt nun unter der Behauptung, außer der zweiten Hälfte des Oktobers auch noch den November und Dezember hindurch engagementslos gewesen zu sein, die Verurtheilung des Beklagten zur weiteren Zahlung von 300 M. Er stützt sich auf den § 133a der Gewerbe-Ordnung, welcher lautet: „Das Dienstverhältniß der von Gewerbe-Unternehmern gegen feste Bezüge beschäftigten Personen, welche nicht lediglich vorübergehend mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Abtheilung desselben beauftragt (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte) oder mit höheren technischen Dienstleistungen betraut sind (Maschinentechniker, Chemiker, Zeichner und dergleichen) kann, wenn nicht etwas Anderes verabredet ist, von jedem Theile mit Ablauf jedes Kalendervierteljahres nach sechs Wochen vorher erklärter Aufkündigung aufgehoben werden.“ Der Beklagte erhebt dieselben Einwände, wie seinerzeit vor dem Amtsgericht. Außerdem behauptet er, Kläger habe während der beiden Monate, welche er bezahlt verlangt, für ein anderes Patentbureau gezeichnet. Letzterem gelingt der Nachweis, daß er nur Abends für das betreffende Bureau gearbeitet hat. Das Gewerbegericht schloß sich dem amtsgerichtlichen Urtheil an und verurtheilte den Beklagten zur Zahlung der 300 M. Den vom Kläger selbst zugegebenen, im November und Dezember 1892 (durch Abendarbeit) erzielten Verdienst hielt das Gericht für einen solchen, den als Nebenverdienst sich zu verschaffen Kläger auch in der Lage gewesen wäre, wenn er bei Brandt in Beschäftigung gestanden hätte. Deshalb wurde die betreffende Summe vom Klageanspruch nicht in Abzug gebracht.

Der Mechaniker H. hatte einen guten Freund und Vereinsbruder im Maschinenfabrikanten St., dem wollte er gern eine Arbeit zuschanzen. Der in der bekannten Buchdruckerei von Kühn angestellte Maschinenmeister R. kam ihm deshalb mit dem Auftrag gelegen, doch für seine Maschine einen Bandwächter (automatischer Apparat) zu fertigen oder fertigen zu lassen. Die „Sache“ wurde gemacht: St. erhielt von dem Beauftragten des Herrn Maschinenmeisters den Auftrag, den Apparat herzustellen. Der Beauftragte und Auftraggeber in einer Person, der Mechaniker H. wurde schließlich noch Arbeiter bei seinem Lehrkollegen, Freunde und Vereinsgenossen St., und zwar arbeitete er an dem Automaten, dessen Herstellung er im Auftrage des anderen Freundes und ebenfalls Vereinsgenossen, dem St. übertragen hatte. Der Apparat paßte nicht, ein zweiter sollte angefertigt werden. Die Bezahlung desselben blieb aus. Jetzt weigerte sich St., seinem Freunde, in dem er neben dem Arbeiter noch den direkten Auftraggeber sah, 33 M. auszuzahlen, welche er ihm noch an Arbeitslohn schuldete. Und die Folge? — Gewerbegericht hilf! rief der Beauftragte, Auftraggeber und Arbeiter, pardon, Mechaniker H., und das Gewerbegericht half. Das Urtheil desselben ging, nach möglichster Klarstellung des einfachen und doch verwickelten Sachverhalts, dahin, daß Beklagter dem Kläger die Stunden zu bezahlen habe, welche dieser bei ihm gearbeitet hat. (Macht 33 M.) Die wegen Nichtbezahlung des Apparats geltend gemachte Gegenforderung — Beklagter wollte seinen Anspruch gegen die Forderung des Klägers kompensiren — sei nicht auf dem Gewerbegericht zum Austrag zu bringen, zu ihrer Erledigung besitze dasselbe nicht die Kompetenz. Wenn Beklagter den Kläger als seinen eigentlichen Auftraggeber betrachte, müsse er ihn beim Amtsgericht auf Bezahlung des Apparats verklagen.

Kammer II. Vorsitzender: Assessor v. Schulz. Sitzung vom 23. Februar.

Gegen eine Lohnentschädigungsklage des Filzschuharbeiters F. wendet der Filzschuhfabrikant Struck ein, er habe den Kläger unter der Bedingung engagirt, daß er so lange bei ihm arbeiten könne, wie Arbeit da sei. Ein Zeuge des Beklagten bestätigt das. Der Kläger behauptet, bei seiner Entlassung sei noch Arbeit vorhanden gewesen. Der Gerichtshof legte dem Beklagten folgenden Eid auf: Es ist wahr, daß ich den Kläger im Oktober vorigen Jahres unter der ausdrücklichen Bedingung engagirt habe, daß er so lange beschäftigt werden solle, wie Arbeit ist. Es ist ferner wahr, daß, als ich den Kläger entließ, keine Arbeit mehr für ihn da war. Leistet Beklagter den Eid, ist Kläger abgewiesen; leistet er ihn nicht, dann ist er verurtheilt, dem Kläger 36 Mark zu zahlen. — Durch dieses bedingte Urtheil wird ausgesprochen, daß Aeußerungen, wie die vom Beklagten beim Engagement des Klägers angeblich gebrauchte, als Arbeitsbedingungen anzusehen sind, die durch stillschweigendes Daraufeingehen des Arbeiters (worunter zu verstehen ist, daß derselbe ohne Protest dagegen zu arbeiten anfängt), zu einer rechtsgültigen Vereinbarung werden.

Acht Monate unschuldig in Untersuchungshaft. Einen hartnäckigen Kampf um seine Unschuld hatte der Fuhrherr Ernst Matschke, welcher gestern zum vierten Male in einer und derselben Straffache vor der Strafkammer des Landgerichts I stand, zu führen. Er sollte sich 5000 M. angeeignet haben, die ein Fahrgast, ein Reichstags-Abgeordneter, der in einer Mainacht des vorigen Jahres die Droschke des Angeklagten benutzt hatte, in dem Wagen oder beim Aussteigen verloren haben mußte. Matschke wurde bald darauf in Haft genommen, da er sich durch große Geldausgaben verdächtig gemacht hatte. Er hatte alte Schulden bezahlt, obgleich er garnicht gedrängt wurde, er hatte sich eine neue Droschke und acht Pferde gekauft und auch in seinem Hausstande bedeutenden Aufwand gemacht. Im Oktober vorigen Jahres fand die Hauptverhandlung statt. Matschke betheuerte unentwegt seine Unschuld und ließ durch seinen Vertheidiger, Rechtsanwalt Th. Friedmann, einen umfangreichen Entlastungsbeweis antreten. Er behauptete, daß er seit einer langen Reihe von Jahren heimlich gespart habe. Selbst seine Frau habe nichts davon gewußt, daß er seine Ersparnisse in einem Guttapercha-Umschlag auf der Brust getragen habe. Als er den Betrag von 3600 Mark erreicht hatte, habe er gedacht: „Nun ist's genug: Er habe dann angefangen, sich ein größeres Geschäft einzurichten. Der Gerichtshof hielt den angetretenen Entlastungsbeweis für verfehlt und verurtheilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängniß. Die eingelegte Revision hatte Erfolg, die Sache wurde zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurückgewiesen. Der Entlastungsbeweis wurde in noch umfangreicherer Weise angetreten und immer neue Thatsachen gab Matschke an, woraus hervorgehen sollte, daß er schon vor dem angeblichen Funde eine größere Geldsumme besessen. Zweimal mußten die Termine deshalb vertagt werden. In der gestrigen Verhandlung trat ein neuer Umstand zu Tage, der augenscheinlich von Angehörigen des Angeklagten zu seiner Entlastung herbeigeführt war, aber zu seinem Nachtheile diente. Es war nämlich ein Brief beim Gericht eingegangen, worin ein Mann Namens Kuhnert erklärt, daß er das Geld an der Stelle gefunden habe, wo kurz zuvor der Verlierer ausgestiegen sei, er wolle nicht, daß ein Unschuldiger dafür büßen solle. Der Schreibsachverständige, Gerichtssekretär Altrichter, begutachtete, daß der Brief von zwei Personen geschrieben sei, welche sich bemüht hätten, ihre Handschrift möglichst zu verstellen. Der Angeklagte erklärte, von dem Briefe nichts zu wissen. Der Vorsitzende wies ihn auf die Durchsichtigkeit des Manövers mit dem Briefe hin und ermahnte ihn, doch lieber ein Geständniß abzulegen, als seine Untersuchungshaft zu verlängern, Matschke blieb aber dabei: Ich bin unschuldig und wenn ich 10 Jahre in Untersuchung bleiben soll. Nochmals wurde in die umfangreiche Beweisaufnahme eingetreten. Der Staatsanwalt beantragte wiederum die Bestrafung des Angeklagten, während der Vertheidiger darauf hinwies, daß doch einzelne Umstände für die Wahrheit der Angaben des Angeklagten sprächen.

Nach kurzer Berathung fällte der Gerichtshof ein freisprechendes Urtheil mit der Begründung, daß zwar ein schwerer Verdacht gegen den Angeklagten vorliege, in einzelnen Fällen sei aber eine völlige Aufklärung nicht zu erzielen gewesen und deshalb vorgezogen worden, auf Freisprechung zu erkennen. Der Angeklagte befand sich seit 8 Monaten in Untersuchungshaft.

Der Kaufmann Schlüßler, welcher s. Z. nach Veruntreuung von ca. 5000 M. von hier verschwunden war, wurde am Freitag von der VII. Strafkammer des Landgerichts I zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt, auf Antrag des Rechtsanwalts Wronker ihm aber ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet. Schlüßler hatte die Veruntreuungen in seiner Eigenschaft als Rendant des Konsumvereins Friedrichshain begangen. Er hatte sich von hier nach Dresden, dann nach Breslau begeben, war in Noth gerathen und hatte sich im Januar der Behörde freiwillig gestellt.

Eine bemerkenswerthe prinzipielle Entscheidung betreffend die Handhabung des preußischen Vereinsgesetzes fällte nach der „Volks-Zeitung“ am 21. d. M. der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts. In einer Versammlung eines Kranken- und Sterbekassenvereins zu Hannover, die richtig angemeldet war und überwacht wurde, trat ein welfisch gesinnter Redner bei dieser Gelegenheit auf und wies auf die bevorstehende Wiederkehr des „angestammten Königshauses“ hin. Infolge dieser Rede wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst; auf die eingelegte Beschwerde wurde die Auflösung vom Polizeipräsidenten gebilligt. Auch die Beschwerde beim Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten war von Erfolg nicht begleitet. Der Oberpräsident machte geltend, daß die Auflösung sich nicht aus § 5 des Vereinsgesetzes, wohl aber aus § 10, Theil 2, Titel 17 des Allgemeinen Landrechts rechtfertigen lasse. Auf die Klage des Leiters jener Versammlung wurde jedoch vom Ober-Verwaltungsgericht der angefochtene Bescheid aufgehoben und die Auflösung der Versammlung für ungerechtfertigt erklärt. Der Senat ging von der Ansicht aus, daß in der That die angefochtene Verfügung sich nicht aus § 5 des Vereinsgesetzes rechtfertigen lasse. Nach dem Allgemeinen Landrecht könne zwar die Polizei eine Versammlung auflösen; § 10 berechtige jedoch die Polizei nur, die nöthigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Das Maß des Nöthigen dürfe aber nie überschritten werden. Im Allgemeinen berechtigen ordnungswidrige Aeußerungen in einer Versammlung nur zum Vorgehen gegen den Redner, nicht aber gegen die übrigen Theilnehmer derselben Versammlung. Die Polizei sei nur dann befugt, aus anderen Gründen, als sie im Vereinsgesetz bezeichnet sind, eine Versammlung aufzulösen, wenn von der letzteren eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei, und wenn eine solche Störung sich durch andere Mittel nicht verhindern lasse.

Soziale Uebersicht.

Der Antrag der Arbeiterschaft von Burgstädt in Sachsen betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Amtsgerichtsbezirk Burgstädt ist von der Amtshauptmannschaft Rochlitz abgelehnt worden, da ein Bedarf nicht vorhanden sei.

Die Eisen- und Metallarbeiter Ungarns halten während der Pfingstfeiertage in Budapest eine Landeskonferenz ab.

Die Abrechnung vom Streik der Weißgerber in Magdeburg ergiebt, daß im Ganzen vereinnahmt wurden: 4779,44 M. und an Unterstützung verausgabt: 4879 M.

Die Bescheinigung, daß sie den Anforderungen des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung vom 10. April 1892 genügen, ist folgenden Krankenkassen ertheilt werden:

Der Krankenkasse der Klempnergehilfen der Klempner-Innung zu Kiel (E. H.), der Gegenseitigen Tischler-Kranken- und Sterbe-Kasse für Hannover und Linden (E. H.), der Kasse „Nazeburger Arbeiter-Krankengilde“ (E. H.), dem Schönningstedter Krankenverein (E. H.), der Providentia, Kranken-Unterstützungs- und Beerdigungs-Kasse für Kutscher, Gärtner und Diener in Breslau und Umgegend (E. H.), der Kasse Neuendorf-Wallersheimer Krankenverein (E. H.) in Koblenz-Neuendorf, der Kranken- und Sterbekasse der Zimmergesellen zu Friedrichshagen.

Arbeiterschicksal. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde der Müllergeselle Wolff in der Berg'schen Mühle zu Groß-Schachwitz in Sachsen vom Räderwerk erfaßt und buchstäblich zerrissen. Der Geselle war 17 Stunden hinter einander thätig gewesen. Die Glieder mußten einzeln aus dem Werk herausgesucht werden. Gegen 2 Uhr ist derselbe noch beim Arbeiten gesehen worden und um 5 Uhr erst fand man den Leichnam zerstückelt in dem noch gehenden Getriebe hängen, und zwar ließ der Befund darauf schließen, daß sich das Unglück beim Auflegen eines Treibriemens ereignete. Mag es nun geschehen sein, wie es will, jedenfalls steht fest, daß die übermäßig lange Arbeitszeit ganz wesentlich dazu beigetragen hat. Ist es nicht eine Schmach für unser als „human“ gepriesenes Zeitalter, wenn in so gefährlichen Berufen, wie es das Müllergewerbe unstreitig ist, 17 Stunden pro Tag gearbeitet werden muß? Wer weiß, ob der Unglückliche nicht vielleicht noch zu retten gewesen wäre, wenn schnelle Hilfe bei der Hand war. Und die Bezahlung? 8 bis 12 Mark pro Woche nebst Kost und Bett, das ist im Allgemeinen das Loos des Müllers. Dem gegenüber scheint das Loos eines Arbeitslosen, der auf der Landstraße sein Brot zusammen betteln muß, fast noch als ein Glück. Er läuft wenigstens nicht Gefahr im Dienste des Kapitals elendiglich ums Leben zu kommen.

Wie Gerichtsvollzieher sein müssen. In einer unserer Berliner Lokalnotizen war kürzlich an der Hand eines Beispieles gesagt worden, wie ein Gerichtsvollzieher nicht sein dürfe; es wurde erläutert, daß er das Gefühl des Mitleids aus seiner Brust zu bannen habe. Gelinge es ihm, jede Regung des Bedauerns mit dem Aermsten, denen er die letzte Habe abzupfänden beauftragt sei, zu ertödten, nur dann könne er seines Amtes im Sinne seiner Auftraggeber, gleichviel, ob dieselben nun Privatunternehmer sind oder staatliche oder kommunale Behörden, richtig walten.

Ueber eine Auspfändung wegen restirenden Schulgeldes wird aus Leipzig folgendes geschrieben: Ein in Leipzig-Volkmarsdorf wohnhafter, seit lange arbeitsloser Familienvater war mit dem Schulgeld im Betrage von 13 Mark im Rückstand geblieben. Eine Gestundung der Steuer war ihm anfangs bewilligt worden; da der Mann aber auch später noch ohne regelmäßigen Verdienst war, blieb er auch ferner zahlungsunfähig. Das Schulsteueramt übergab deshalb die Forderung dem Vollstreckungsamt, letzteres pfändete und nahm den letzten Gegenstand, einen Kleiderschrank, der noch dazu der Ehefrau Eigenthum war, an sich. Alles Flehen des Gepfändeten, der fünf Kinder hat, half nichts. Gerührt durch das Elend — der Mann lag in Krämpfen — erbot sich ein menschenfreundlicher Nachbar, die 13 Mark für den Schuldner vorzustrecken. Auch das half nichts! Es fehlte ja noch Deckung für die Vollstreckungsgebühren. Die nothleidende hungernde Familie sah ihr letztes Besitzstück schwinden — auf Geheiß des Vollstreckungsbeamten wurde es davongetragen, um der Stadt Leipzig als Deckung für ihre Forderung zu dienen.

Von der amtlichen Anstellung von Prügelmeistern in Sachsen, von der wir kürzlich Mittheilung machten, ist nunmehr auch der betreffende amtliche Erlaß bekannt geworden. Das Verdienst gebührt dem „Leipz. Tageblatt“, welches die Gepflogenheit hat, sich an die behördlichen Stellen um Auskunft zu wenden, über deren Handlungen die sozialdemokratische Presse Mittheilung macht oder sie kritisirt. Es geschieht dies natürlich, um die Kritik „widerlegen“ zu können. In dem Falle der Prügelmeister hat sich also das „Tageblatt“ das Verdienst erworben, den Wortlaut des die Anstellung derselben bestimmenden „Erlasses“ der königl. Bezirksinspektion zu Grimma der Vergessenheit zu entreißen. Er lautet: In mehreren der unterzeichneten königl. Bezirks-Schulinspektion unterstellten Schulgemeinden ist neuerdings der Fall vorgekommen, daß körperliche Züchtigungen, welche von den Schulvorständen als Schulstrafen gegen Schulkinder wegen gröberer Vergehen, namentlich Entwendungen von Feld- und Gartenfrüchten sowie anderen Diebereien ꝛc., verhängt worden sind, deshalb nicht sofort haben vollzogen werden können, weil eine Persönlichkeit zur Vollstreckung der erkannten Strafen nicht vorhanden gewesen ist. Um derartige Uebelstände zu beseitigen und gleichzeitig die Autorität der Schulbehörden aufrecht zu erhalten, werden die Schulvorstände daher hiermit angewiesen, für jeden Schulbezirk, insoweit dies noch nicht geschehen, eine geeignete Persönlichkeit auf Kosten der Schulkasse als Schuldiener anzunehmen und mit entsprechender Instruktion zu versehen. Der auf diesen Erlaß gefaßte Beschluß ist binnen 3 Wochen anher anzuzeigen.

Das „Leipziger Tageblatt“ druckt den „Erlaß“ ab, ohne ein Wort dazu zu bemerken. Mit der Widerlegung war es also auch diesmal Essig.

Die letzte Gewerbe-Ordnungs-Novelle setzte bekanntlich eine Uebergangszeit fest bis zur endgiltigen Einführung der Neuerungen in bezug auf die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in Fabriken. Diese Uebergangszeit erreicht nun mit dem 31. März d. J. ihr Ende. Bis dahin ist es möglich, daß noch schulpflichtige Kinder in Fabriken und in Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Anwendung gelangen, beschäftigt werden. Vom 1. April 1894 ab wird kein schulpflichtiges Kind mehr in den Fabriken und in den bezeichneten Werkstätten zur Arbeit herangezogen werden dürfen. Für die jugendlichen Arbeiter, d. h. diejenigen im Alter zwischen 14—16 Jahren tritt nunmehr die 10stündige Arbeitszeit in Kraft.

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Ostbezirk) hielt am Sonntag, den 18. Februar in Schmiedel's Festsälen eine Versammlung ab, in der Dr. Lux über „Technische Revolutionen der Neuzeit“ sprach. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Die nächste Versammlung findet am 4. März statt. Ferner wurde bekannt gegeben, daß zu gunsten der Arbeiter-Bildungsschule in demselben Lokale am 11. März ein Konzert mit Ball, arrangirt vom Verein „Einigkeit“, stattfindet.

Der Verband der Kürschner (Filiale Berlin) hielt am 12. Februar seine Mitgliederversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Kollegen Riem wurden die Delegirten aufgefordert, in der Generalversammlung den Beitritt zu einem Industrieverbande zu befürworten. Als Delegirte zu der Ostern in Berlin tagenden Generalversammlung des Verbandes wurden die Kollegen Regge, Michaelis und Thomsen gewählt. Der Vorsitzende theilt ferner mit, daß in der Zeit vom 13. bis 16. Mai d. J. ein internationaler Kürschnerkongreß in Brüssel einberufen ist. Ferner wurde beschlossen, für die Märzgefallenen einen Kranz zu spenden. Der Streik bei der Firma S. Wachtel in Hamburg hat durch das feste Zusammenhalten der Kollegen mit einem glänzenden Siege geendet. Bei B. Mannheimer hier, Oberwallstraße, ist nach Angabe mehrerer Kollegen die Mittagszeit um ½ Stunde gekürzt, ebenfalls muß Sonnabends eine Stunde früher angefangen werden. Außerdem sollen den Kollegen ca. ¼ Jahr lang mehr Krankenkassen-Gelder abgezogen sein als zulässig ist. Die Angelegenheit soll in der nächsten öffentlichen Versammlung näher behandelt werden.

Der Verband der Korbmacher hielt am 18. Februar eine Versammlung ab. Der Vortragende Dr. Heymann gab in seinem Referat über das Thema: „Schule und Kirche“ eine sehr eingehende Darstellung unseres heutigen Schulwesens, der eine ausführliche Begründung derjenigen Reformen folgte, die im Interesse einer wirklichen guten Volksschule nöthig sind. Nach einer kurzen Diskussion giebt der Vorsitzende bekannt, daß derartige Versammlungen jetzt oft einberufen werden und im „Vorwärts“ zur Kenntniß der Kollegen gelangen.

Der Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin) beschäftigte sich in seiner Versammlung vom 18. d. M. mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Kollege Kaulich hielt das einleitende Referat in dieser Angelegenheit und unterbreitete der Versammlung das von ihm zusammengestellte Material. In der Diskussion äußerten einige Redner Bedenken gegen eine solche Ausdehnung des Unterstützungswesens. Besonders aber wegen der nothwendiger Weise damit in Verbindung stehenden Erhöhung der Beiträge. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind aber garnicht derartige, um solche Maßnahmen befürworten zu können. Die Versammlung nahm sodann folgende Resolution an:

„Die Versammlung ist mit dem Referenten Kaulich einverstanden, sie verpflichtet sich dahin zu wirken, daß der nächste deutsche Töpferkongreß sich mit der Arbeitslosen-Unterstützungsfrage beschäftigt und spricht den Wunsch aus, daß der Kongreß sich eingehend mit dieser Sache beschäftigt, um dadurch unsere

Organisation zu stärken. Sie wünscht ferner noch, daß sich die Filialen überall vor dem Kongreß mit dieser Frage befassen, um dem Kongreß genügendes Material zu bieten."

In der Bezirksversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes (S.O.), die am 19. d. M. tagte, hielt der Reichstagsabgeordnete Förster ein Referat über das Thema: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung." Dem beifällig aufgenommenen Vortrage schloß sich eine kurze Diskussion an, und erledigte hierauf die Versammlung einige Ergänzungswahlen zur Werkstatt-Kontrollkommission.

Der allgemeine Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein tagte am 20. Februar im ständigen Vereinslokal bei Scheffer, Inselstr. 10. In anbetracht, daß die Statutenberathung eine längere Zeit in Anspruch nehmen würde, stellte der Vorsitzende den Antrag, vom Vortrag Abstand zu nehmen, dem nach kurzer Debatte zugestimmt wurde. Mit dem Bericht der Kommission wurden die einzelnen Paragraphen mit einer kleinen Aenderung fast einstimmig angenommen. Ein vom Kollegen Arndt eingebrachter Antrag wurde der Kommission und dem Vorstand überwiesen, desgleichen einige interne Vereinsangelegenheiten.

Die freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen hielt am 20. Februar eine Versammlung ab. Nach einem recht beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Adler, beschäftigte sich die Versammlung mit den Verhältnissen in der Müller'schen Werkstatt. Da die Informationen der Versammlung nicht genügten, so wurde eine Kommission beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen. Sodann gab das von Herrn Baruch Mitinhaber der Firma Chr. Schmidt, Ziegelstr. 3, versandte Zirkular an die Fabrikanten Veranlassung zu einer längeren Diskussion, in der eine eingehende Kritik an dem Machwerk geübt wurde. Sämmtliche Redner wiesen darauf hin, wie nothwendig es wäre, daß sich die Stahlinstrumentenmacher mit den Bandagisten solidarisch erklären, um so den Fabrikanten zum Nachgeben zu zwingen. Die Kollegen versprachen hierzu Stellung zu nehmen. Der Arbeiter-Bildungsschule wurden 10 M. bewilligt.

Die selbständigen Barbiere und Friseure hielten am 20. Februar eine Versammlung ab. Der Reichstags-Abgeordnete Zubeil hatte das Referat übernommen. In einem beifällig aufgenommenen Vortrage sprach Redner über das Thema: „Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung". Nach einer kurzen Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden für den Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Organisation erklären. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Innung oder freie Vereinigung" kritisirte der Vortragende an der Hand eines Innungsstatuts eingehend die Bestrebungen der Innung.

In einer öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter, die am 22. Februar tagte, referirte der Reichstags-Abgeordnete Schultze-Königsberg über das Thema: Der 1. Mai und die Beschlüsse des Parteitages. Dem Vortrag folgte eine sehr rege Diskussion. Neumann verurtheilt den Beschluß, der in der letzten Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes gefaßt wurde und behauptet, derselbe sei über's Knie gebrochen und bedeute eine Rückwärtsbewegung, wodurch sich die Metallarbeiter Berlins blamiren. Näther erklärt, er sei jederzeit für strikte Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Unmöglich könne die Durchführung aber jedem einzelnen überlassen werden. Mag die Form des Beschlusses auch schlecht gewählt sein, so habe man sich doch jetzt dem Beschlossenen anzupassen. Er beantrage für den Vormittag des 1. Mai eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter einzuberufen. Domitzki empfiehlt die Annahme der von der Gewerkschaftskommission gestellten Resolution. Pleß schlägt vor, kurz vor dem 1. Mai ein Flugblatt zu verbreiten. Gutzeit verwirft ebenfalls das Vorgehen des Verbandes und beantragt, jede Branche des Metallarbeiterverbandes möge eine öffentliche Versammlung einberufen und in derselben selbst über den 1. Mai beschließen. Nachdem noch die Kollegen Thal, Thate, Näther und Freitag in längeren Ausführungen ihre Meinung vertreten hatten, wurde der Antrag Näther einstimmig angenommen, der Antrag Gutzeit abgelehnt und gegen eine Stimme die bereits im „Vorwärts" veröffentlichte Resolution der Gewerkschaftskommission angenommen. Zum Schluß wurden von der Versammlung drei Revisoren: Näther, Berger und Muhde gewählt.

Steglitz. Am 15. d. Mts. tagte hier eine gutbesuchte Versammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Zubeil über die neuen Steuervorlagen sprach. In der Diskussion äußerten sich die Redner zustimmend zu dem Referat und gelangte hierauf eine Resolution zur Annahme, die ihr Einverständniß mit dem Referenten bekundete. Bei der Berichterstattung der Lokalkommission bemerkt Genosse Kluth, daß es der Kommission bis jetzt nicht gelungen ist, den Saal im Restaurant zur Krone für immer zu erhalten. Dabei empfiehlt Redner den Genossen, die Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen hergeben, so viel wie möglich zu unterstützen.

Schöneberg. Eine Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter tagte hier am 18. Februar. Der der Versammlung unterbreitete Kassenbericht weist eine Einnahme von 23,20 M. auf, der eine Ausgabe von 27 M. gegenüber steht. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Vereinsangelegenheiten. Nach einer längeren Debatte, in der die einzelnen Redner besonders den Anschluß an die Organisation befürworteten, gelangte ein Antrag zur Annahme, der bestimmt, daß in der im März stattfindenden Generalversammlung eine Ergänzungswahl derjenigen Vorstandsmitglieder, die auf grund des § 10 des Status ausgeschieden sind, stattfinden soll.

Eine am Dienstag, den 20. Februar, in Pankow von einem Mitgliede des Zentralvereins der Gärtnergehilfen Deutschlands einberufene öffentliche Gärtnerversammlung ließ, außer der traurigen Lage, in der sich die Gärtnergehilfen befinden, auch deutlich erkennen, mit welchen Mitteln und Mittelchen man es versucht, jede freie Regung der Gehilfen von seiten ihrer Ausbeuter und deren Gehilfen zu unterdrücken. In Pankow bestehen zwei „wissenschaftliche" Gärtnervereine, in denen Gärtnereibesitzer und Gärtnergehilfen einträchtig über „die beste Kultivirung der Kohlrabi" berathen und daneben Geselligkeit pflegen und auch von Zeit zu Zeit Vergnügungen veranstalten. In der erwähnten Versammlung waren denn auch die Mitglieder jener beiden „wissenschaftlichen" Vereine in einer stattlichen Zahl angetreten. Ein gewähltes Bureau bestand demgemäß auch aus Gegnern des „Zentralvereins". Nachdem der Referent, ein Zentralvereinsmitglied, seinen Vortrag, in dem er die anwesenden Gärtnergehilfen ersuchte, ihren eigenen Interessen gemäß in den Zentralverein einzutreten, beendet hatte, forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, zur Diskussion das Wort zu nehmen. Kein Gärtner meldete sich. Nun wendete sich der Vorsitzende in längeren, nicht gerade zu sachlichen Redewendungen gegen die Ausführungen des Referenten. Als hierauf einer der Pankower Genossen, von denen eine Anzahl erschienen waren, das Wort erbat, verweigerte der Vorsitzende dasselbe. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erhielt der gemeldete Genosse dennoch das Wort und wurde ihm „fünf Minuten Redezeit" von dem rathlosen Vorsitzenden zugebilligt. — Der Geschäftsordnungs-Redner erhob sich wieder und verwies dem Vorsitzenden diese Geschäftsordnung in so energischer Weise, daß das ganze Bureau nach dieser Rede die Geschäftsführung niederlegte. Der Vorsitzende verließ das Lokal und mit ihm ungefähr die Hälfte der Versammlungstheilnehmer. Aber auch jetzt, nachdem der Einberufer den Vorsitz übernommen, hatte keiner der anwesenden Gärtnergehilfen den Muth, für den Eintritt in den Zentralverein einzutreten. Der Grund hierfür war leicht zu erkennen: ein Redner führte an, daß, wer heute dem Zentralverein beitrete, in vierzehn Tagen arbeitslos sein würde.

Aber auch die Gärtnergehilfen werden ihre Klassenlage begreifen lernen und sich der Kapitalmacht gegenüber als kämpfende Klassengenossen zusammenschließen, jede unwürdige Bevormundung abschütteln, ihre eigensten Interessen selbst verfechten und energisch Anerkennung derselben erzwingen.

Weißensee. Die Kommission, die seiner Zeit in einer Versammlung der Arbeitslosen gewählt war, um beim Ortsvorsteher vorstellig zu werden, ob er gedenke, in größerem Umfange Arbeit zu beschaffen, erstattete in einer Versammlung am 21. d. M. Bericht über die ihr übertragene Aufgabe. Nachdem der Genosse Völkel in einem Referat die Ursachen der Arbeitslosigkeit dargelegt hatte, wurde in die Diskussion eingetreten, die sich insofern interessant gestaltete, als zwei von den eingeladenen Gemeindevertretern, die Herren Münsberg und Büttner, erschienen waren. Beide Herren betheuerten, daß sie unschuldig seien, daß bei der Vergebung der Wasser- und Kanalisations-Arbeiten fremde Unternehmer den Auftrag erhielten, die nun mit billigen Arbeitskräften von auswärts diese Arbeiten ausführen. Herr Büttner versucht auch den Beweis zu bringen, daß eigentlich die Juden an all dem gegenwärtigen Uebel schuld seien. Dieser Erguß rief in der Versammlung nur ein allgemeines Gelächter hervor. Als aber dann ein anwesender jüdischer Arbeiter dem Herrn die Frage vorlegte, ob er denn auch den hungernden, arbeitslosen jüdischen Arbeiter als einen Wucherer und Ausbeuter betrachte? verließ der Herr den Saal, indem er mißstimmig äußerte: Er müsse sich schon genug in der Gemeindesitzung gefallen lassen und habe nicht Lust, sich auch noch in einer Versammlung von jedem dummen Jungen herunterfilzen zu lassen. Diese letzteren Bemerkungen gaben dem Referenten Gelegenheit zu einer energischen Abfertigung des Herrn. Die nachfolgenden Redner boten sowohl in ihrem Aussehen als in ihren Schilderungen ein Bild tiefen sozialen Elends.

Fachverein der Tapezierer. Dienstag, den 27. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Woltz, Alte Jakobstr. 76: Versammlung. Diskussion über „Spiritismus und Hypnotismus".

Berliner Naturheilverein 2. Heute, Dienstag Abends 8½ Uhr, in Stein's Festsälen, Rosenthalerstr. 39: Vortrag des Naturarztes Herrn Heindorf über Massagekuren.

Gauverein Berliner Bildhauer. Heute Versammlung. (Siehe Inserat der Sonntagsnummer.)

Moabiter Zitherverein. Uebungsabende Dienstags 9 Uhr bei Groth, Bremerstr. 71.

Privattheater-Gesellschaft „Romeo". Sitzung jeden Dienstag 9 Uhr bei Wartenberg, Metzerstr. 28.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr. Nord-Schule, Müllerstraße 179a: Unterricht in: Kaufm. Rechnen, Korrespondenz. Ost-Schule, Markusstraße 21: Unterricht in: Deutsch (unt.). Südost-Schule, Reichenbergerstraße 133. Unterricht in: Mathematik.

Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt, im Laufe des Semesters, eintreten.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Henkel, Bergmannstraße 14, Hof 2 Tr. **Dienstag.** Musikverein Hoffnung, bei Preßler, Eisenbahnstraße 6. — Geselliger Musikdilettanten-Verein Münkermann, bei Wilke, Hochstr. 32a. Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Theaterverein Freundschaft, Abends 9 Uhr beim Anhaltiner, Trompeterhofer Ufer. — Theater-Gesellschaft Liberte, Kottbuser Damm 103 bei Meier. — Theaterverein Freie Kunst, Blumenstraße Nr. 46 bei Wenk, 8½ Uhr. — Schützenverein Freikugel, Stallschreiberstr. 24 bei Henke. — Gesangverein Alpenrose Abends 9 Uhr bei Aschentscher, Schönleinstraße 23. — Rauchklub Gut gesinnte Freunde, Abends 9 Uhr, bei Müller, Georgenkirchstr. 65. — Musikverein Osiris, Mariannenstr. 32 bei Doberstein.

Arbeiter-Hungerbund Berlins u. Umg. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Dienstag,** Abds. 9 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — Freundschaft 1, bei Oswald Berliner, Brunnenstr. 114. — Olympia, Adalbertstr. 8 bei Sauermann. — Schildhorn, Usedomstr. 32 bei Mielke. — Allegro, Wrangelstr. 141, bei Schmidt. — Alpenglocke, Grüner Weg 29, bei Sorger. — Ihn'scher Humor, Straußbergerstr. 5 bei Birk. — Unverzagt 2, Moabit, Waldstr. 8 bei Janke. — Waldkapelle, Reichenbergerstr. 19 bei Roscher. Arbeiter-Maibund, Nowawes, Wallstraße bei Gärtner. — Sänger Lette, Kottbuser Damm 74 bei A. Hilke. — Kreuzberg, Lichterfelderstr. 7/8, bei Winter. — Alte Linde, Mariannenstr. 43 bei Güster. — Vorwärts 4, Rathenow, Restaurant zur Erholung bei W. Friesecke. — Einigkeit 2 Weinstraße 11 bei Feind. — Gesangverein der Böttcher Steineiche, Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Vorwärts 8, Marwitz, bei Wilhelm Nölte. — Hilaria, Frankfurterstr. 30 bei Haberecht. — Wiederhall, Köpenickerstraße 191 bei Voge. — Vorwärts 3, Friedrichsfelde, Wilhelmstraße 10 bei Blomber. — Gesangverein Rothe Nelke 2, bei Rabe, Ruppiner- und Schönholzerstraßen-Ecke. — Schneeglöckchen 1, Rixdorf, Karlsgartenstraße bei Hilpert. — Gesangverein Eintracht, Nieder-Schönweide, Restaurant Streitler, Grünauerstr. — Mehr'sches Doppelquartett, Neue Königstr. 72 bei Hahn. — Gesangverein Frohsinn in Stralau, Gräflich Reischach'sche Brauerei. — Sängergruß, Friedrichshagen, Blank's Restaurant. —: Epheu, Gerichtsstr. 10 bei Gebrandt. — Gesangverein Echo 2 9 Uhr Abends Uebungsstunde bei Reimann, Alte Schönhauserstr. 42. — Gesangverein Gerechtigkeit Westen, Bülowstr. 59 b. Werner. — Gesang- u. Theaterverein Acacie (gem. Chor), Zeughofstr. 8 bei Behlendorf. — Arbeiter-Gesangverein Freiheit 2, Adlershof, Oppenstr.-Ecke, Grünauer Chaussee, bei Paulig. — Freies Lied 1, Friedrichsberg, Friedrich-Karlstr. 11 bei Heinecke. — Wacht auf Schwedterstr. 23 bei Nagels. — Blumenlese, Sebastianstr. 3, bei Meier. — Freiheit 3, Bernau, im Schützenhaus. — Senefelder, Landsbergerstr. 31 bei Seehausen. — Echos, Zehlendorf, Karlstr. b. Regler. — Männergesangverein Wach' Auf, Pankow, Wollankstr. 116 bei Hermann Tonntag. — Männergesangverein Eichenkranz, Premslau, im Kaisergarten. — Männergesangverein Kottbuser Harmonie, Böckhstraße 9 bei Albert Möwes. — Weddinger Harmonie, Müllerstr. 7. — Männerchor Nord-Ost, Landsberger-Allee bei Ferd. Krause. — Harmonie Rixdorf, Bergstr. 120 bei Bartha (Deutsches Wirthshaus). — Heimathklänge, Köpenick, Rosenstraße bei Troppenz. — Almenrausch, Gräfestraße 34 bei Plötz. — Sängerfreiheit Naunynstr. 80 bei Zubeil. — Arion, Wittenberge, Thurmstr. 23, Zentralhalle. — Liedesfreiheit 2, Strausberg, Wilhelmstraße, Lieder's Kaffeehaus. — Froh' Hoffnung (E. V.) Kulmstr. 36 bei Naumann. — Zukunft 1, Steglitz, Ahornstr. im Gambrinus. — Edelweiß 1, im Restaurant Kasch, Oranienstr. 190. — Gleichheit, Lothringerstraße 81 bei Hagemann. — Männer-Gesangverein Wilmersdorfer Liedertafel Wilmersdorf, Berlinerstr. 49, Möller's Garten. — Gesangverein Concordia, Oranienstr. 109.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Dienstag. Gesangverein Anakreon, Abends 9—11 Uhr, bei Kehner, Annenstraße 16. — Gesangverein Kottbuser Harmonie, Böckhstr. 9 bei Albert Möwes. — Musikverein Nord 8½—11 Uhr, Wriezenerstr. 6, bei Sendke.

Turnverein Gesundbrunnen. Die 1. Männer-Abtheilung turnt von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstraße 9—10. — Berliner Turngenossenschaft, Die 9. Männerabtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag in der Gemeindeschule, Blumenstr. 62a. — Turnverein Fichte. Jeden Dienstag und Freitag, Abends 8—10 Uhr, Skalitzerstr. 55—56.

Theater-Verein Othello 2 Abends 9 Uhr, bei Jägers, Gartenstr. 13—14. — Privat-Theater-Gesellschaft Berliner Humor, Abends 9 Uhr, Köpnickerstraße 138 bei Buchs. — Privattheaterverein Crescendo. Abends, bei Nicolay, Elisabethkirchstr. 14. — Theaterverein Vulkania, Abends 8½ Uhr, bei Schütte, Alte Schönhauserstr. 23—24, Sitzung mit anschließendem Tanz. — Theaterverein Freundeskreis, Sitzung Abends 9 Uhr, Restaurant Kätzorke, Salmstr. 1. — Theaterverein Morgenroth zu Friedrichsberg tagt mit Damen, Abds. 9 Uhr im Vereinslokal bei Christen, Friedrich Karlstr. 20. — Fidele Geister, Sitzung bei Besseler, Wein- und Gollnowstraßen-Ecke. — Vergnügungsverein Amicitia, 8½ Uhr, bei Schönnagel, Barnimstr. 47. — Vergnügungsverein Nordwacht, Abends 9 Uhr, im Lokale bei Heinerschmidt, Perlebergerstraße 28. — Geselliger Verein Brüderschaft, Abends 9 Uhr, im Restaurant Dittmann, Perlebergerstr. 9. — Vergnügungsverein Saturnalia, Abends 9 Uhr, Andreasstr. 2, Sitzung. — Vergnügungsverein Fidelio, Abends 9 Uhr Sitzung mit Damen bei Seifert, Oranienstraße 21. — Geselliger Verein Mehr Licht, Abends 9 Uhr, Große Frankfurterstr. 133 bei Golds. — Touristenklub Wanderlust Abends 9 Uhr, Franzöfischstr. und Schönhauser-Allee-Ecke. — Geselliger Verein Regina Sitzung mit Damen Oranienstr. 153 bei Schönwalder. — Vergnügungsverein Luna. Sitzung bei Haberecht, Große Frankfurterstraße 30, Fidelitas. — Männerchor Waldesrauschen im Restaurant „Hohenzollern", Seydelstraße. — Vergnügungsverein Berolina Abends 9 Uhr im Restaurant Prog, Annenstr. 8. — Geselliger Verein Unter uns, Abends 9 Uhr, bei C. Fischer, Beusselstr. 66, Moabit.

Orientalischer Rauchklub Spar- und Kreditverein, Abends 9 Uhr, Reichenbergerstraße 94, bei Schröder. — Rauchklub Dämmerwolke, Böckhstr. 31. — Rauchklub Bruderbund, Abends 9 Uhr, bei Stadernack, Pücklerstr. 49. — Rauchklub Zeitgeist, Abends 9 Uhr bei Kaspar, Restaurant zum Zeitgeist, Bernauerstr. 72. — Rauchklub Unverzagt bei C. Ruppin, Blumenstraße 49. — Rauchklub Portorico, Abends 9 Uhr, bei Kehn, Orangenstraße Nr. 130. — Rauchklub Gemüthlichkeit 2, Abends 9 Uhr bei Achsel, Köpenickerstraße 141. — Rauchklub Blaue Luft, Abends 9 Uhr bei Bredlow, Bülowstr. 65. — Rauchklub Abguß, 8½ Uhr, bei Schulze, Weberstr. 10. — Rauchklub Grüne Quarte, Abends 9 Uhr, Münchebergerstr. 29, Restauration Schmeiß. — Rauchklub Eldorado Abends 8½ Uhr bei Gayer, Pallisadenstraße Nr. 66—67. — Rauchklub Tabaksblüthe, Sitzung, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 19. — Rauchklub Columbus, Abends 8½ Uhr, bei A. Utte, Oppelnerstr. 23. — Rauchklub Gut gesinnte Freunde, Georgenkirchstr. 65 bei Müller. — Rauchklub Sumatra, Abends 8½ Uhr, bei Krause, Gitschinerstr. 93. — Stammklub Eintracht Abends 9 Uhr bei Grande, Lausitzerstr. 30. — Stammklub Rother Junge, Sitzung alle Dienstage nach dem 15. und Spielabend alle Dienstage von 9—11 Uhr im Restaurant Boeckhstr. 7, bei Herrn Herrath. — Süglerverein Norden. Jeden Dienstag, Abends 9 Uhr, Sitzung, Kastanien-Allee 40, im Restaurant. — Kartenklub Lustige Brüder, bei Restaurateur E. Nauke, Kreuzstraße 42. — Kegelklub Holzmuskel Abends 9 Uhr, im Restaurant Hahn, Ratiborstr. 18.

Vermischtes.

„Ich bin ein rechtes Rabenaas" — so lautet der Anfangsvers eines alt protestantischen Kirchenliedes, das unseren modernen „Glattgescheitelten" etwas zu „ruppig" erscheint und ihnen schon viele Verlegenheit bereitet hat. Als ehrliche Leute sollten sie ohne weiteres die Echtheit dieses Liedes zugeben, das ganz in dem Stile des 17. Jahrhunderts gehalten ist und in deutscher wie englischer Sprache gar manches erbauliche Seitenstück hat. Das fällt den Herren Glattgescheitelten aber nicht ein; sie verleugnen das unbequeme Geistesprodukt und seit Jahren sind sie bemüht, es als eine Mythe oder als einen schlechten Scherz hinzustellen. In der „Kreuz-Zeitung lesen wir, daß ein gewisser „Dr. J. M." das Lied für das Werk unseres verstorbenen Genossen, des „Kasematten-Wolf", dem Marx das „Kapital" gewidmet hat, ausgeben will. Und zwar mit welchem Grund? Weil Wolf Anfangs der 40er Jahre das Lied zur Verhöhnung der altlutherischen Gesangsbücher benutzt hat! Das ist ein ebenso unverschämter wie alberner Fälschungsversuch. Wir selber kennen das Lied aus unserer Jugendzeit und haben es später in den Gesangbüchern verschiedener Gefängnisse: notorisch der alten Berliner Stadtvoigtei und des Leipziger Gerichtsgefängnisses vorgefunden. Der erste Vers lautet vollständig:

„Ich bin ein rechtes Rabenaas
Ein wahrer Sündenkrüppel,
Der seine Sünden in sich fraß,
Als wie der Nuß' die Zwippel.
Herr Jesu, nimm mich Hund beim Ohr,
Wirf mir den Gnadenknochen vor
Und schmeiß mich Sündenlümmel,
In Deinen Gnadenhimmel.

Damit keiner der glattgescheitelten Verleugner des „Kernliedes" uns eine Ungenauigkeit zeihen kann, wollen wir bemerken, daß der Wortlaut des zweiten, dritten und vierten Verses in verschiedenen Gesangbüchern ein verschiedener ist. Die fünf anderen Verse sind aber ohne abweichende Varianten.

Der Nußbaum. (Ein altes Märchen in neuer Facon.)

Die Bäume hatten einmal Streit unter einander, welcher der nützlichste von ihnen sei.

Da trat der Pfirsichbaum hervor und sagte:

Seht mich an! Ich bin hoch und schlank und habe viele Aeste und meine Zweige sind reich an Blättern und prächtigen Früchten.

Früchte hast Du wohl, sagte die Eiche, aber es sind nur Früchte für die reichen Arbeiter, auch dauern sie nur wenige Wochen, dann sind sie faul und niemand kann sie mehr gebrauchen.

Da bin ich ein anderer Baum!

Meine Blätter werden zu den höchsten Ehrenzeichen verwendet und meine Früchte retten Tausende von nothleidenden Agrariern vom Hungertod!

Das ist Alles nicht übel, sagte die Tanne, aber ich bin auch noch da.

Mit meinem Holze baut man Kriegsschiffe und heizt Maschinen, man schneidet es zu Brettern und macht Pritschen für Wachtstuben und Arrestlokale, selbst Fässer kann man daraus bereiten und dieselben im fernen Afrika zu Kulturzwecken verwenden.

Ich habe aber noch einen Vorzug, fuhr die Tanne fort, indem sie einen salbungsvollen Ton annahm:

Wenn es Weihnachten wird, dann kommt das Christkindchen, setzt mich in — — —

Aber ich bitte dich! sagte der Gummibaum, das ist doch heutzutag Nebensache!

Wozu so rührselig? Wir sind doch ganz unter uns!

Seht mich an!

Ich liefere der Polizei die bekannten Gummischläuche, welche dann nach Kräften zur Linderung des gegenwärtigen Nothstandes verwendet werden.

Ich bin überzeugt daß — — —

Unsinn! brummte der Nußbaum verächtlich, Gummischläuche allein thun's noch lange nicht!

Da bin ich doch noch nützlicher! Ich liefere prächtige Nüsse, meine Blätter werden gegenwärtig allgemein geraucht, im übrigen habe ich noch einen ganz ungeheuren Vorzug! Aus meinem Holze werden die Schäfte zu den kleinkalibrigen Gewehren hergestellt! Was aber wäre die Welt ohne Gewehre??

Es wollten zwar noch einige andere Bäume etwas sagen, aber der Gummibaum und der Nußbaum machten solchen Spektakel, daß man nichts mehr verstehen konnte.

Hertzka's „Freiland". Von einem Theilnehmer an dem bekannten Freiland-Unternehmen, welcher enttäuscht zurückgetreten ist, gehen der „Kölnischen Volks-Zeitung" folgende Mittheilungen zu: „Man thut den Führern des Freiland-Unternehmens am Kenia in Britisch-Ostafrika Unrecht, wenn man annimmt, daß sie ihre Mitmenschen absichtlich ins Verderben führen wollen, sicherlich ist man aber berechtigt, sie als unverbesserliche Schwärmer zu bezeichnen. Obwohl es klar ist, daß sie nicht in der Lage sind, ihre Ideale in die Wirklichkeit umzusetzen und ihre Versprechungen zu erfüllen, halten sie doch an ihrem Plane fest. In der That fehlt es an allen Grundbedingungen, um den erträumten freien und unabhängigen Zukunftsstaat in dem geplanten Umfange ins Leben zu rufen. Zunächst mangelt das Nothwendigste für eine Niederlassung, der Grund und Boden. Denn gerade diejenigen Landstrecken, welche allein für europäische Niederlassungen in Frage kommen können, sind nach Auskunft der an Ort und Stelle befindlichen Vertreter der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft dicht bevölkert und noch dazu mit den Europäern feindlichen Eingeborenen, die zunächst unterworfen und von ihrem Eigenthum vertrieben werden müßten, damit Platz für die Freiländer geschaffen würde. Ein solches Vorgehen würde aber nicht nur ganz erhebliche Mittel erfordern und dadurch schon von vorn herein die Existenzfähigkeit des Unternehmens in Frage stellen, sondern auch einem Hauptpunkte des Programms, nämlich die Eingeborenen auf friedlichem Wege der Zivilisation entgegen zu führen, widersprechen. Außerdem ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß das Klima Europäern auf größeren und zusammenhängenden Gebieten die Beackerung des Landes ohne Hilfe der Eingeborenen gestattet. Das Merkwürdigste ist aber, daß die Freiland-Gesellschaft ihren eigensten und wichtigsten Prinzipien untreu geworden ist, indem sie sich der Britisch-ostafrikanischen Gesellschaft gegenüber verpflichtet hat, von den Organen derselben nach englischem Gesetz Recht zu nehmen und sich den von der Gesellschaft einzuführenden Steuern und Abgaben zu unterwerfen. Wo bleibt da der nach außen vollkommen freie und unabhängige Zukunftsstaat?"

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 4 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Gebt uns Waffen! — Der Nothstand vor dem Reichstag. — Die neueste Beschränkung der Koalitonsfreiheit. Von H. Rohrlack. — Weibliche Fabrikinspektoren. Aus der Schule. — Wir wollen Agitatoren sein. — Feuilleton: Kandidaten-Freuden. Von Mark Twain. (Schluß.) Eine Mahnung (Gedicht). — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2660) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW. Beuthstraße 2.